

45. Jahrgang
ISSN 0939-3099
1/2 2013

ao

aktuelle
ostinformationen



Tunesischer Herbst?

ao
1/2
2013

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

etwas ungewöhnlich, aber durchaus aktuell, erscheint in der vorliegenden Nummer der „aktuellen ostinformationen“ ein Beitrag zu Tunesien und dem „arabischen Frühling“ an erster Stelle. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass sich das GESW beim Auswärtigen Amt erfolgreich um die Förderung eines zweiwöchigen Seminars mit jungen Menschen aus Tunesien und Deutschland beworben hat, das in Vlotho und in Sousse stattfinden soll. Dabei kam unserem, gemeinsam mit dem Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE) in Vlotho entwickelten Konzept sicherlich zugute, dass wir uns in den vergangenen Jahren im deutschen und ostmitteleuropäischen Kontext intensiv mit revolutionären Entwicklungen, Systemumbrüchen und Transformationsprozessen beschäftigt haben.

Es schließen sich zwei Aufsätze an, die in erster Linie wirtschaftsethischen Fragen und das zukünftige Verhältnis von Kapital und Arbeit in der Postmoderne behandeln. Dabei dominiert die Diskussion von Desideraten und Theoremen der Sozialen Marktwirtschaft und der Katholischen Soziallehre. Sie passen nur zu gut in eine Periode, die sich durch eine weltweite Wirtschaftskrise sowie eine anhaltende EU-Krise auszeichnet, die ohne einen entschiedenen Neuanfang mit zielführenden wirtschaftspolitischen Reformen nicht nur die gemeinsame Währung, sondern ebenfalls die Existenz der Europäischen Union gefährdet. Schließlich folgt ein kurzer Aufsatz über Georgien, einem Land, um das es nach aufsehenerregenden kriegerischen Konflikten und Auseinandersetzungen sehr still geworden ist.

Ein Seminarbericht und zwei Dokumentationen, die unserem Nachbarland Polen gewidmet sind, behandeln einige Schwerpunkte unserer historisch-politischen Seminararbeit, in denen immer wieder die Frage aufgeworfen wird, ob die Menschen gewillt und in der Lage sind, aus einer düsteren Geschichte zu lernen, um gemeinsam eine humanere und gerechtere Zukunft zu gestalten.

Wie gewöhnlich bieten wir auch einen umfangreichen Buchreport und Rezensionsteil, in dem aktuelle Publikationen zu Geschichte, Politik und politischer Bildung besprochen werden.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Tunesien – vom Frühling zum Herbst?.....	4
<i>Elżbieta Mączyńska</i> Voraussetzungen für die Entwicklung Polens.....	23
<i>Theo Mechtenberg</i> Zur Aktualität von Józef Tischners „Etyka Solidarności“	37
<i>Michael Wiersing-Sudau</i> Georgische Avantgarde	45

Berichte

<i>Michaela Podschun</i> GESW erhält begehrtes Gütesiegel Weiterbildung.....	49
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Innere und äußere Sicherheit in Europa.....	50

Buchreport

<i>Klaus J. Bade</i> Kritik und Gewalt.....	59
--	----

Dokumentation

<i>Martyna Bunda</i> Demographie und Zukunftsszenarien für die polnische Gesellschaft	67
<i>Theo Mechtenberg</i> Neuer Streit um Auschwitz?	76
<i>Prof. Stanisław Luft</i> Offener Brief an die polnischen Bischöfe	80

Rezensionen

<i>Bertelsmann Stiftung (Hg.): Freiheit, Gleichheit, Solidarität.....</i>	82
<i>Rudolf A. Mark: Im Schatten des „Great Game“</i>	85
<i>Kunze, Vogel: Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit.....</i>	88
<i>Anna Morawska: Dietrich Bonhoeffer. Ein Christ im Dritten Reich.....</i>	92
<i>Kneip, Mack (Hg.): Polnische Gesellschaft.....</i>	96
<i>Peter Steinbach: Geschichte im politischen Kampf</i>	96

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Tunesien – vom Frühling zum Herbst?

Rencontre Tuniso-Allemande „Education à la démocratie dans les rangs des jeunes“ Tunis, 28. 10. bis 02. 11. 2012, Hôtel Le Pacha

Träume werden wahr

Ein alter Traum wurde zumindest in Ansätzen wahr – eine Reise nach Nordafrika. Bereits als Kind hatte mich das ferne Algerien fasziniert. Gespeist wurde dieses Interesse durch frühkindliche, sehr lose Nachrichten über den Befreiungskrieg der FNL (Front de Libération Nationale), die Bombenanschläge der OAS (Organisation de l'armée secrète), entsprechende Lektüre von Abenteuerbüchern mit algerischem Hintergrund. Aber auch später durch Filme über den Bürgerkrieg in Algerien, in denen die französischen Kolonialisten und ihre Streitmacht, darunter die berühmt-berüchtigten Fremdenlegionäre, in der Regel recht gut wegkamen. Ihre arabischen Gegner bzw. Feinde wurden als geheimnisvolle, listige, unzuverlässige und heimtückische Verschwörer dargestellt, die sich schon damals gegen Fortschritt und Zivilisation stellten. Erst sehr viel später begriff ich, dass es den arabischen nationalistischen Revolutionären etwa um Habib Bourguiba (1903- 2000) um Unabhängigkeit und Loslösung von der französischen Kolonialmacht ging und dass es sich um eine gerechte Sache handelte, durch die koloniale Unterdrückung und Bevormundung aufgehoben werden sollten. Die Unabhängigkeit Tunesiens – 1956 – war nur eine Konsequenz davon. Dass die arabischen Gesellschaften nach kolonialer Unterdrückung hausgemachten langjährigen und zählebigen Despoten unterworfen wurden, erschien mit in diesem Zusammenhang besonders tragisch. Und dass sie über lange Zeit Spielball der Großmächte blieben, die ihre Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen mit Hilfe nur wenig zimperlicher Diktatoren durchsetzten, machte die Sache nur noch schlimmer.

Insofern brachte das authentische Aufbegehren junger Araber/innen in Tunesien, Ägypten und Libyen einen lang ersehnten, kaum für möglich gehaltenen Hauch von Hoffnung auf Veränderung zum Besseren.

Und insofern schien es mir auch sehr sinnvoll seitens des Gesamteuropäischen Studienwerks (GESW) an einer Ende Oktober 2012 vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) in Tunis organisierten Konferenz teilzunehmen, die zum Ziel hatte, Kontakte zu tunesischen NGOs aufzubauen und nach eventuellen Partnern für deutsch-tunesische Projekte Ausschau zu halten.

Soraya Fersi erzählt und übersetzt

Knapp zwei Jahre nach der tunesischen Jasminrevolution vom Januar 2011, die den arabischen Frühling auslöste, höre ich Anfang November 2012 anlässlich der vom AdB in Tunis organisierten und vom deutschen Auswärtigen Amt geförderten Konferenz aus

berufenem Munde, dass Habib Bourguiba zwar ein Despot, aber auch ein „aufgeklärter Diktator“ gewesen sei, der dem Land viel Fortschritt gebracht habe: zum Beispiel als Volksaufklärer, der sich entschieden gegen den Analphabetismus in seinem Land gewandt habe. Die Tochter des bekannten tunesischen Schriftstellers Mustapha Fersi (1931-2008), der sich auch um den Aufbau des jungen unabhängigen Staates verdient gemacht hat, Soraya Fersi, erzählte mir u.a., dass Bourguiba seinen Landleuten während eines unerträglich heißen Ramadans empfohlen hatte, Wasser zu trinken. Um ihre Hemmungen zu überwinden, machte er es ihnen vor, indem er während des Ramadans öffentlich Wasser trank. Dies sollte verhindern, dass es zu weiteren durch die Gluthitze bedingten Todesfällen kam. Der Diktator war durchaus erfolgreich, hat mit seiner Intervention, allerdings viele seiner Landsleute schockiert!

Soraya Fersi war vom AdB als Dolmetscherin engagiert worden und absolvierte an zwei Tagen einen halbsprecherischen Job, denn sie übersetzte gewöhnlich vom Französischen ins Deutsche, aber auch vom Tunesischen ins Französische, Deutsche oder Englische. Eine sehr energische, kleine und schlanke Frau mit blonden Haaren und der ungeheuren Passion, den Deutschen ihr Land und die Besonderheiten der tunesischen Revolution zu erklären. Dabei überschritt sie des Öfteren die für einen Dolmetscher gebotene Neutralität und kommentierte das Vorgetragene, was sich daraus erklärte, dass sie selbst sehr stark in die Dinge involviert war und Anteil an der tunesischen Revolution gehabt hatte. Dass sie eine Tochter des bekannten tunesischen Schriftstellers Mustapha Fersi ist, erfuhr ich während einer Kaffeepause, als ich sie auf ihre ausgezeichneten Deutschkenntnisse ansprach. Mir dämmerte nämlich, dass Soraya deutsche Muttersprachlerin sein musste und ob ihrer hervorragenden landeskundlichen Kenntnisse wohl lange Zeit in Deutschland gelebt hatte. Meine Vermutung wurde bestätigt. Sorayas Mutter, die erste Ehefrau von M. Fersi war Deutsche und stammte ausgerechnet aus der Pfalz (Pirmasens!). Soraya hatte in Germersheim ein Dolmetscherstudium absolviert, kannte aber auch meine Heimatstadt Kaiserslautern, wo ihre Großeltern lebten, recht gut. Wir konnten beim Mittagessen problemlos ins pfälzische Idiom wechseln, was ich auch gerne tat, weil mir diese absolut zufällige Begegnung zwischen einer tunesischen Pfälzerin und einem pfälzischen Polen im fernen Tunis wie ein Märchen aus 1001 Nacht vorkam. Sie sprach viel über ihren Vater, der die Kinder aus erster Ehe zu Atheisten erzog und unter Bourguiba hohe Posten im Informations- und Kultusministerium inne hatte; auch war er lange Zeit Generaldirektor der staatlichen Filmagentur. So soll er als oberster Zensor nicht nur die Filme bekannter tunesischer Regisseure, sondern auch seine eigenen Werke und Theaterstücke zensiert haben! Fersi war häufig in der UdSSR, kannte Despoten wie Kim il Sung, Ceaușescu und Sadam Hussein persönlich und kam in seiner Pariser Zeit auch mit Jean-Paul Sartre und Albert Camus zusammen. Er soll Camus mehr verehrt haben als Sartre, obwohl sich Camus als in Algerien geborener pied-noir bekanntlich gegen die Unabhängigkeit Algeriens ausgesprochen hatte. Der Vater war ein strenger egozentrischer Künstlermensch, für den sein Schaffen ganz im Vordergrund stand. Nach dem Tod von Sorayas Mutter heiratete Fersi eine weitaus jüngere Tunesierin, mit der er eine zweite Familie gründete. Paradoxerweise – so die Tochter – näherte er sich nun dem Islam an

und wurde „gläubig“. Er sei eine faszinierende, gespaltene Persönlichkeit gewesen, denn er war gleichzeitig für und gegen die politischen Mächtigen, auch nach 1987, als Ben Ali an die Macht kam, verhielt sich der Schriftsteller dem neuen Diktatur gegenüber gefällig. Was wohl damit zusammen hing, dass Ben Ali ein Werk Fersis freigegeben hatte, das unter Bourguiba zensiert worden war. In der Tat wird der 1931 in Sfax geborene Fersi, der in Paris studierte und das Lizenziat der Arabistik erwarb, noch heute in Tunesien verehrt. Er hat als Mitbegründer des tunesischen Schriftstellerverbands so bekannte Novellen wie „Al qantara, c' est la vie“ oder „J' ai volé la lune“ verfasst, aber auch die in Tunesien viel diskutierten Theaterstücke „El Fitna“ (La discorde) oder „Affoufane“ (Le déluge). Er ist ebenfalls Autor des im Jahre 2010 ins Französische übersetzten Romans „Le tournant“. Wie wichtig Fersi für das tunesische Kulturleben war, bezeugt der Umstand, dass Ben Ali der Familie nach dem Tode des Schriftstellers (8. Februar 2008) offiziell kondolierte und dabei auf seine großen Verdienste abhob.

Soraya holt weit aus und erzählt mir, dass der autoritär regierende Bourguiba für eine entschiedene Modernisierung des Landes eintrat. Die Stellung der tunesischen Frau sei durch deren Gleichberechtigung (1956), durch die Legalisierung der Scheidung sowie des Schwangerschaftsabbruchs, aber auch durch das Verbot der Polygamie bereits in den 1950er Jahren entschieden verbessert worden. Bourguiba sprach sich auch entschieden gegen die Verschleierung der Frauen aus. Die Islamisten ließ er hingegen gnadenlos verfolgen. Ihnen wurde jegliche politische Betätigung untersagt. Radikale Islamisten, die in Tunesien Terrorakte verübten, wurden zum Tode verurteilt. Insgesamt vertrat der 1987 aufgrund seiner Demenz von Ben Ali abgesetzte Präsident eine entschieden prowestliche Politik und wird manchmal analog zu Atatürk in der Türkei als „Vater aller Tunesier“ titulierte.¹

Damit hat er – ähnlich wie sein Nachfolger Ben Ali – zum Mythos des laizistischen Tunesien beigetragen. Dass es sich dabei um Maßnahmen und Restriktionen handelte, die der tunesischen Gesellschaft, die natürlich islamisch geprägt blieb, aufgezwungen wurden und die man deshalb nur bedingt akzeptierte, trat nach den Wahlen im Oktober 2011 deutlich zutage, als die islamistische Ennahda (Wiedergeburt) 37% der Stimmen erreichte und zur stärksten politischen Kraft im Lande wurde. Die einst massiv unterdrückten Islamisten melden sich seitdem verstärkt zu Wort und fordern, dass die tunesische Gesellschaft zumindest in Teilen zu ihren islamischen Wurzeln zurückkehrt.²

Salafisten als größte Gefahr

Für das despotische Regime des aus Tunesien geflüchteten Diktators Ben Ali zeigt Soraya keinerlei Verständnis. Allerdings hebt sie hervor, dass Ben Ali immerhin die Islamisten und die rückwärtsgewandten fundamentalistischen Salafisten im Zaume

¹ Zur säkularen Haltung Bourguibas vgl. Werner Ruf: Der Islam. Schrecken des Abendlands. Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert. Köln 2012, S.35

² Francesco Cavatorta, Rikke Hostrup Haugbølle: „Dégagé!“ Das Ende des Autoritarismus in Tunesien. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Proteste und Potenzen. Die arabische Welt im Wandel. 1-2 2012, S.16-25, S. 21-22

gehalten habe. In den Salafisten und ihren jüngsten gewaltsamen Aktionen und Anschlägen (Erstürmung der US-Botschaft in Tunis am 14. 09. 2012) erblickt sie im Konsens mit unseren Seminarleiter Hedi Aissa (Professor für arabische Kultur an der Universität Tunis) und Moshen Hakiri (Vorsitzender der L'unité Euromed Jeunesse IV Tunis) die größte Gefahr für das Land. Während unseres Seminars, das in dem gut ausgestatteten und zentral in Tunis gelegenen Hotel Le Pacha – nur 15 Autominuten vom Flughafen Karthago entfernt – stattfindet, setzen die meisten tunesischen Referenten und Diskutierenden die Salafisten im Übrigen mit der mächtigsten der drei regierenden Parteien, der islamistischen „Ennahada“, gleich. Die regierende Troika besteht bekanntlich aus Islamisten, Sozialdemokraten (Ettakattol) und der Mitte-Links-Partei von Präsident Marzouki (CPR=Congrès pour la République). Die Ennahada wird von unseren tunesischen Referenten dafür verantwortlich gemacht, dass man dem gewaltsamen Vorgehen der Salafisten seitens des Staates zu wenig entgegengesetzt. Gleichzeitig wirft man deren Chef, Rachil al-Ghannouchi nicht unbegründet vor, ein verkappter Salafist zu sein. Berufen kann man sich dabei auf ein verdeckt gedrehtes Interview Ghannouchis mit Salafisten, in dem er den Extremisten rät, geduldig zu sein, da die Zeit für sie arbeite. Das Interview ist in Bild und Ton in arabischer Sprache auf You Tube abrufbar und hat somit einen hohen Grad an Authentizität. Demgemäß hat die westliche Presse dieses Dokument zum Anlass genommen, um den Anführer der religiös-konservativen Muslim-Brüder, die es bei den Wahlen im Oktober 2011 wie erwähnt auf immerhin 37 Prozent der Stimmen gebracht haben, Doppelzüngigkeit vorzuwerfen. Diese Einschätzung wird uns von den tunesischen Referenten bestätigt. Einige von ihnen, wie Hedi, Moshen und Abdallah Labidi hatten unter dem Diktator Ben Ali hohe Posten inne, sind also vielleicht opportunistische Wendehälse, vielleicht aber auch überzeugte, gewendete Demokraten? Wer von den anwesenden Deutschen will und kann das entscheiden? Wer von uns hat entsprechende Informationen und vor allem das moralische Recht, den Stab über Personen zu brechen, die dem ancien régime gedient haben? Besonders dann, wenn man sich die postrevolutionären, wenig übersichtlichen Entwicklungen nach 1989 in Polen und der Bundesrepublik in Erinnerung ruft!

Transition und Vergangenheitsbewältigung

Tatsächlich kommt es nach dem angenehm kurzen, in vorzüglichem Deutsch gehalten Vortrag von A. Labidi, einst Dolmetscher und Diplomat in Deutschland, heute Berater und Analyst zu einer entsprechenden Diskussion über Vergangenheitsbewältigung. Die Frage nach dem Umgang mit den Repräsentanten der verblichenen Diktatur wird kontrovers diskutiert. In Verlauf der Aussprache wird sich Labidi selbst als Opfer (victime) des Systems Ben Ali bezeichnen. Während seiner diplomatischen Karriere sei er kalt gestellt worden und habe u.a. einen sicher geglaubten Botschafterposten nicht erhalten. Außerdem müsse man immer die Verhältnismäßigkeit beachten, schließlich habe das Tunesien Ben Alis keinen Jaruzelski und kein Kriegsrecht erlebt, sondern einen relativ friedlichen Übergang zur Demokratie. Das ancien régime sei im Vergleich und Unterschied zur VR Polen und zur DDR ein „unblutiges“ gewesen. Man habe angesichts der wirtschaftlichen Probleme weit wichtigere Aufgaben zu lösen und solle

sich nicht mit den zwar drängenden, aber eher zweitrangigen Fragen einer Aufarbeitung der Vergangenheit aufhalten.

Dem wird allerdings seitens zweier jüngerer tunesischer Frauen, die unabhängigen NGOs angehören – „CNTL“ und „Club Culturel Ali Belhouane Tunis“ entschieden widersprochen. Sie erinnern an die Folteropfer des Systems Ben Ali und an die über Jahrzehnte praktizierte Unterdrückung und Unfreiheit in ihrem Lande. Dieses offene Auftreten der beiden jungen Frauen, sie dürften Anfang 20 sein, macht deutlich, wie stark sich die Verhältnisse im Lande verändert haben. Es herrscht in der Tat eine erfrischende Meinungsfreiheit, Angst hat man bestenfalls vor dem Terror der bärtigen und verummmt agierenden Salafisten! Die Atmosphäre im Seminarraum ist zu diesem Zeitpunkt knisternd, denn hier geht es um die Glaubwürdigkeit unserer tunesischen Gastgeber, die permanent die Worte Demokratie, Zivilgesellschaft und Revolution in den Mund nehmen. Wohl nicht zuletzt deshalb ergreift schließlich der durch seine zahlreichen Posten im Kabinett Ben Ali am meisten „belastete“ Hedi das Wort und fragt, ob es nicht möglich sei, seinem Land zu dienen, ohne das Regime zu stützen. Wir stochern zu diesem Zeitpunkt alle im moralischen Nebel herum! Ich erinnere mich an meine jugendliche Ungeduld in der 1968er Jahren, als ich den meisten Deutschen vorwarf, Hitler gedient und sich kaum verändert zu haben, aber auch an die Zeit der „Solidarność“ und ihrer Niederschlagung in Polen, als auch von meinen deutschen und polnischen Weggefährten immer wieder die Frage nach der juristischen und moralischen Aufarbeitung einer totalitären Vergangenheit aufgeworfen wurde. Schließlich muss ich auch an die Diskussionen im Zusammenhang mit der Schaffung der Gauck-Behörde denken und bringe während der Diskussion die diesbezüglich unterschiedlichen Konzepte der deutschen und der polnischen Regierung ins Spiel. Der vom damaligen polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki verkündete „dicke Strich“ wird in Polen noch heute lebhaft diskutiert, die Vergangenheitsbewältigung hält immer noch an – und ihre späte, nur unvollkommene Institutionalisierung hat dazu beigetragen, dass das Thema immer wieder für den politischen Alltagskampf instrumentalisiert wird. Da ist man in Deutschland mit der Schaffung der Gauck-Behörde m. E. einen besseren, weil konsequenteren Weg gegangen.

Ähnlich diskutieren wir in einer AG mit der deutschen Kollegin Ann Katrin Lebuhn (Rosa-Luxemburg-Stiftung) und zwei jungen Tunesierinnen sowie einem Tunesier mittleren Alters: Farah Mnakbi („I watch“), Ines Abid (Jeunes Indépendants Démocrates) und Morched Zahnoun (Association Tunisienne de l’Animation Audiovisuelle et Multimedia). Die Tunesier sprechen sich alle für eine gezielte Aufarbeitung der Vergangenheit, für eine Entschädigung der Opfer und für Gerichtsverfahren gegen die Täter aus. Auch glauben sie, dass die tunesischen Lehrbücher in den Fächern Geschichte und Politik demnächst umgeschrieben werden müssen, denn weiterhin herrsche eine personenzentrierte und etwas naiv anmutende Geschichtspolitik vor. Die Grundfrage lautet hier, wie man Geschichte unterrichten soll, um den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zu unterstützen und die Instrumentalisierung von Geschichte und Geschichtswissenschaft zu verhindern. Dass es

diesbezüglich entsprechende, länderübergreifende Anstrengungen gibt, erfahre ich etwas später, als ich den sehr lesenswerten „Special Report: History and Citizenship. Education in the Middle East and North Africa“ in die Finger bekomme, der die Ergebnisse einer Konferenz zusammenfasst, die am 4. April 2012 in Antalya durchgeführt und von EUROCLIO organisiert wurde.³

Eine Wirtschaftsstrategie für Tunesien?

Im Verlauf der weiteren Diskussion wird deutlich, dass das neue, revolutionäre Tunesien, das sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet, über keine eigene Wirtschaftsstrategie verfügt. Man ist weiterhin auf Direktinvestitionen aus dem Ausland und die Einnahmen aus dem Tourismus angewiesen, wo es entsprechende Einbrüche gegeben hat. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der unübersichtlichen politischen Lage, in der der Streit über die Form der zukünftigen Verfassung des Landes gegenwärtig im Vordergrund steht, kommt einer möglichst raschen wirtschaftlichen Sanierung des Landes höchste Priorität zu. Das sieht etwas später im Plenum auch der Wirtschaftsexperte Labidi so, der auf eine entsprechende Frage von mir antwortet, dass der Islam schon immer wirtschaftsliberal gewesen sei und dass er diesbezüglich auch für die Zukunft optimistisch bleibe. Immerhin habe man jetzt Ansätze zu einer Marktwirtschaft „ohne Diebe“, denn die hätten das Land verlassen müssen.⁴ Dass er das Tunesien Ben Alis zuvor allerdings als „soziale Marktwirtschaft“ charakterisiert hat, ruft bei so manchem deutschen Anwesenden zumindest verhaltenes Kopfschütteln hervor. Es wird deutlich, dass hier mit Begriffen hantiert wird, unter denen man Verschiedenes versteht. Man hat den Eindruck, dass der Referent den Mythos vom tunesischen „Wirtschaftswunder“ am Leben erhalten möchte. Von den Schattenseiten der wirtschaftlichen Prosperität wie Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt, Einkommensunterschiede und erhebliche regionale Diskrepanzen in der Ära Ben Ali ist in seinem Vortrag keine Rede.⁵ Wie zweischneidig freilich die Position der EU gegenüber dem Tunesien Ben Alis war, beweist die Tatsache, dass man aufgrund der guten Zusammenarbeit hinsichtlich der Eindämmung des Flüchtlingsstroms aus Afrika in die EU großzügig über die Menschenrechtsverletzungen des tunesischen Regimes hinweg sah. Offiziell bekannte sich das Regime Ben Alis zwar zur Achtung der Menschenrechte, allerdings dokumentieren zahlreiche Berichte von Human Rights Watch, Amnesty International und anderen Organisationen, dass die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt war und über 30.000 Islamisten zwei Jahrzehnte in Haft saßen, was im übrigen auch für säkulare Regimegegner galt.⁶ Auch der Freiheitsbegriff beinhaltet mehrere

³ Steven Stegers: History and Citizenship Education in the North Africa and the Middle East. Challenges and Opportunities for History and Citizenship Education from the Viewpoint of Educators from the region. In: www.euroclio.eu/mediterranean-dialogues

⁴ Liberale und neoliberale Ansätze sind besonders unter den Muslimbrüdern weiter verbreitet. Vgl.: Gilbert Achcar: Kapitalismus im Namen des Koran. Ägyptens neoliberale Muslimbrüder. In: *Le Monde diplomatique*, Februar 2013, S. 5

⁵ Cavatorta, op.cit., S.19

⁶ Cavatorta, op.cit., S.23; Edith Kresta, Renate Fisseler-Skandrani: Wir teilen viel, lachen viel. Gespräch mit dem oppositionellen Ehepaar Hamma Hammami und Radhia Nasraoui. In: *taz*, 12./13. 01. 2013, S. 30-31;

Interpretationsmöglichkeiten. Geht es um die bürgerschaftlichen Freiheiten des Einzelnen und ganzer Gesellschaftsgruppen oder geht es um die Freiheit der Märkte und der wirtschaftlichen Betätigung? Immerhin unterhält die Bundesrepublik als ehemaliger Exportweltmeister zu zahlreichen Regierungen, die die Menschenrechte mit Füßen treten, ausgezeichnete Wirtschaftsbeziehungen. Die Proteste wegen eklatanten Menschenrechtsverletzungen klingen in der Regel eher verhalten, wenn es um die Sicherung eigener Wirtschaftsinteressen geht.⁷ Ob man bereits durch eine Liberalisierung der Märkte mehr Demokratie schafft, scheint zweifelhaft. Vielmehr sorgt man eher dafür, dass alte bzw. neue oder alt-neue wirtschaftliche und politische Eliten in den betroffenen Ländern im Sattel bleiben (Nomenklatura-Kapitalismus). Wie sich die soziale Situation in Tunesien weiter entwickeln wird, ist für wirtschaftsliberale Investoren aus dem Westen genauso zweitrangig wie es zuvor für die wirtschaftsliberal agierenden Despoten gewesen ist. Wichtig sind die Gewinne und Wettbewerbsvorteile der involvierten westlichen (deutschen) Firmen. Die Sozialpolitik und die Bekämpfung der weithin sichtbaren Armut und Perspektivlosigkeit der vielen arbeitslosen Jugendlichen bleibt naturgemäß Aufgabe der tunesischen Regierung.

Wachsende Verunsicherung der Gesellschaft

Immerhin unterstreicht Labidi in seinem Vortrag, dass Deutschland mit einem Volumen von 1,5 Mrd. Euro Tunesiens drittgrößter Handelspartner sei, dass 280 deutsche Unternehmen im Lande aktiv seien und dass das deutsche Auswärtige Amt insgesamt 30 Mio. Euro für Kooperationen – auch mit dem Ziel einer Verbesserung der beruflichen Bildung – zur Verfügung gestellt habe. Zahlreiche Projekte seien schon angelaufen, die von Bundesaußenminister Guido Westerwelle im Februar 2011 in Aussicht gestellte Hilfe werde realisiert, im September 2012 habe es deutsch-tunesische Regierungskonsultationen in vertiefter Form auf Staatssekretärebene gegeben. Er selbst sei zuversichtlich, da er vom Durchhaltevermögen des tunesischen Volkes und seinem Willen zum Neuaufbau überzeugt sei! An den Gesichtern der jungen tunesischen Kolleginnen kann man ablesen, dass sie da wesentlich skeptischer sind, Labidis Verhalten vorgetragener Optimismus wirkt keinesfalls ansteckend. Denn ein Jahr nach den Wahlen vom Oktober 2011 sind die politischen Verhältnisse weiterhin labil, und niemand weiß, wohn die Reise mit der tunesischen Gesellschaft und ihrem Staat gehen wird. Alexander Göbel vom ARD-Hörfunkstudio in Rabat bringt das Problem auf den Punkt, wenn er in einer Reportage vom 23. 10. 2012 berichtet: „In diesen Tagen ziehen Tausende Oppositionsanhänger wütend über die Avenue Bourguiba. Die Polizei ist in Alarmbereitschaft. Vor dem Innenministerium stehen Panzerfahrzeuge, das Gebäude ist mit zwei Reihen Stacheldraht gesichert. Eigentlich müssten die Tunesier in diesen Tagen die historische Parlamentswahl feiern, mit der sie vor einem Jahr den ersten Schritt in Richtung Demokratie gewagt hatten. Doch die Stimmung ist auf dem Tiefpunkt.“⁸

⁷ Vgl.: Michael Lüders: Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt. München 2011, S. 54-58

⁸ <http://www.tagesschau.de/ausland/tunesien612html>

Wie stark die Verunsicherung ist und wie stark moralische Fragen drücken, wird mir während eines feierlichen Abendessens in einem der besten Restaurants von Tunis bewusst, als mir die Nichte von Hedi Aissa, die Soraya Fersi als Dolmetscherin abgelöst hat, von ihrer Familie und von ihrem unter Ben Ali einst so hoch gestellten Onkel erzählt, der sich derweilen einige Sitzplätze weiter intensiv mit einer deutschen Kollegin unterhält. Es ist eine entschiedene Verteidigungsrede, die Rym Aissa da – ganz unaufgefordert – für ihren Onkel hält. Rym betont immer wieder, dass ihr Onkel absolut integer sei und dem Diktator Ben Ali durchaus nicht in allen Punkten folgte. Sie erzählt mir, dass Hedi bei einem öffentlichen Fernsehauftritt eine Aussage Ben Alis im Unterschied zu allen anderen Teilnehmenden nicht beklatscht habe. Dazu habe in dem despotisch regierten Land, in dem jede Abweichung registriert wurde, durchaus Mut gehört. Ich versichere Rym, dass ich das gut nachvollziehen könne und dass ich aus eigener Erfahrung wisse, dass die wenigsten Menschen zu Helden geboren seien. Es ist überdeutlich, dass moralische Fragestellungen die junge Generation besonders stark bewegen.

NGOs und Zivilgesellschaft

Das trifft auch die Opportunisten, Karrieristen und Mitläufer der älteren Generation, mit denen neue NGOs wie „I watch“, die sich die Bekämpfung der Korruption und die Überwachung der Wahlen in Tunesien zum Ziel gemacht haben, nichts zu tun haben wollen. Wir haben Gelegenheit, eine Gruppe dieser Aktivisten zu besuchen, uns zu informieren und intensiv zu diskutieren. Dabei wird uns mitgeteilt, wie wenig Ansehen die Demokratie und das parlamentarische Parteiensystem im Lande genießen. Die Menschen seien müde, sich das Gerede der egoistischen Politiker und das Parteiengezänk weiter anzuhören. Man streite über Nebensächlichkeiten, die mit den eigentlichen Problemen des Landes wenig zu tun hätten. Notwendig sei, der Gesellschaft elementare demokratische Abläufe und Gepflogenheiten zu vermitteln. Deshalb organisiere „I watch“ unter anderem Planspiele, bei denen Wahlen simuliert werden. Auch in Zukunft wolle man bei den wieder anstehenden Wahlen wachsam sein. Darüber hinaus mache man auf die Menschenrechtsverstöße aufmerksam und organisiere Veranstaltungen mit Opfern der Gewalt. Mit den alten NGOs werde nicht zusammengearbeitet, weil man eine Vereinnahmung fürchte: Viele der alten Organisationen stellten ihr Fähnlein jetzt in den Wind und möchten mit den Logos der neuen, demokratisch aufgebauten NGOs punkten. Ansonsten arbeitet „I watch“ mit dem tunesischen Ministerium des Innern und mit dem Ministerium für Menschenrechte eng zusammen. Dies sei schon deshalb notwendig, um allmählich nachhaltige Strukturen zu etablieren. Sicherlich absolut notwendig – denke ich -, denn die jungen Leute, die da um den Tisch sitzen, sind Studenten und arbeiten absolut ehrenamtlich. Ihr Sitz befindet sich im zweiten Stock eines einst herrschaftlichen Wohnhauses in französischem Stil. Der Raum ist zugig, das Haus wird gerade renoviert und es herrscht ein Höllenlärm. Trotzdem ist das Gespräch sehr ergiebig, denn darin spiegelt sich viel vom Geist und der Haltung der jungen kritischen Generation in Tunesien wider. Ich fühle mich von diesem revolutionären Reden und Tun angesteckt, denn ich muss an die hektische Zeit der

Solidarność-Ära zurückdenken, wo ich selbst Feuer und Flamme war, wenn es um die Überwindung des abgetakelten real existierenden Sozialismus polnischer Prägung ging. Die hitzigen Gespräche in der im August 1980 bestreikten Danziger Werft, an denen ich einige Monate später im Mai 1981 teilnahm, haben sich tief in mein Denken und Fühlen eingepreßt und selbst gut dreißig Jahre später bin ich ganz und gar auf Seiten der jungen Tunesier, die zwar etwas cooler wirken als die schnauzbärtigen polnischen Gewerkschafter von damals, aber denen es ähnlich leidenschaftlich aus den Augen blitzt. Man darf gespannt sein, wie lange sich dieser Elan noch erhalten wird. Nur gut, dass es in Zeiten des Internets auch internationale Formen der Vernetzung und des Informationsaustauschs gibt, so dass man sich nicht allein gelassen zu fühlen braucht. Überdies entnehme ich der frankophonen Tagespresse, dass gerade die deutschen politischen Stiftungen vor Ort sehr rege sind. Und das ist auch gut so, denn Demokratie und Menschenrechte sind universelle Anliegen, die immer wieder und überall auf der Welt aufs Neue abgesichert werden müssen.

Den Weg zum Sitz von „I watch“ legen wir im Übrigen zu Fuß zurück. So erhalten wir die Möglichkeit, den Schauplatz der tunesischen Revolution, die schöne, baumbestandene Avenue Bourguiba, auf der die Massendemonstrationen und die Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften stattfanden, kennenzulernen. Das Gebäude des Innenministeriums, der Platz der Freiheit sowie die französische Botschaft werden überaus gut bewacht, überall Stacheldrahtabsperungen, Panzerspähwagen, Wasserwerfer und Militäranghörige mit Maschinenpistolen im Anschlag. Die starke Präsenz von Sicherheitskräften, die strategisch wichtige Gebäude schützen, ist nicht zu übersehen. Gegenüber der französischen Botschaft erhebt sich die katholische Kathedrale von Tunis, die wir interessiert besichtigen. In ihr wird an den aus dem Gebiet des heutigen Tunesiens stammenden heiligen Augustinus und an den Besuch Johannes Pauls II. erinnert. Der Kirchenraum ist fast leer, es herrscht eine angenehme Stille. Draußen empfängt uns trotz der frühen Morgenstunde wieder reges Treiben, wobei die Menschen die martialisch wirkenden Sicherheitsmaßnahmen nicht wahrzunehmen scheinen. Im Übrigen fühle ich mich in Tunis keinen einzigen Moment unsicher, auch nicht bei meinen alleine unternommenen morgendlichen Spaziergängen, bei denen ich ausgesprochen arme, heruntergekommene Straßenzüge und Bezirke passiere. Die Menschen – selbst die Straßenhändler – verhalten sich ausgesprochen zuvorkommend und höflich, sind keinesfalls aufdringlich und akzeptieren ein einmal ausgesprochenes „Non, merci“ ohne weiteres.

Erloschener demokratischer Elan?

Natürlich stehen die Hauptstadt und das Land noch unter Schock, denn jüngst habe es drei Ereignisse gegeben – so Hedi Aissa – die ganz Tunesien erschütterten. Beim Angriff der Salafisten auf die amerikanische Botschaft und Schule gab es vier Tote und mehrere Verletzte. Deutlich demonstriert wurde dadurch die Macht der Salafisten und die Schwäche des Staates, der nicht in der Lage war, die Angegriffenen zu schützen. Ebenso erschreckend war das schon erwähnte Video mit den an die Salafisten gerichteten Ratschlägen Ghannouchis, was in der Konsequenz zur Errichtung eines

Kalifats und der Einführung der Scharia als verbindlicher Rechtsordnung führen könnte. Überdies sprechen sich die Salafisten ganz offen gegen den tunesischen Staat, seine Symbole (Staatswappen und Nationalhymne) aus. Drittens kam es in Tataouine, im Süden des Landes, zum ersten politischen Mord an einem lokalen Funktionär der neuen, nicht unumstrittenen Oppositionspartei „Nida Tounes“. Diese Untat versuchten die drei regierenden Parteien zu vertuschen, indem sie den gewaltsamen Tod des Funktionärs zunächst als Herzversagen hinstellten. Dies erinnere – so Aissa – auf fatale Weise an die Verschleierungsversuche der Regierung im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die jüdische Synagoge in Djerba am 11. April 2002.

Bisher sei es nicht einmal in Ansätzen gelungen, die erträumte Bürgergesellschaft zu schaffen, an vielen Schulen stünden die Lehrenden nicht hinter der Demokratie, sondern folgten einem „eigenen Lehrplan“. Die Jugend, bis vor kurzem noch Träger der Revolution, habe sich weitgehend zurückgezogen. Ganz deutlich sei dies anlässlich der Wahlen vom 23. Oktober 2011 geworden, als die jungen Menschen kaum präsent waren. Im Moment bestehe die Gefahr, dass ein doppelzüngiger, nicht-demokratischer Politiker das demokratische System nutzen wolle, um endgültig an die Macht zu kommen.

Trotz dieser Frustrationen und Bedrohungen bleibe er aber Optimist, denn Tunesien sei schon immer eine durch den Dialog geprägte Konsens-Gesellschaft gewesen. Die Menschen seien noch immer zuversichtlich, dass eine demokratische Zivilgesellschaft aufgebaut werden könne. Und schließlich seien die Tunesier reifer geworden. Deshalb solle man an sie glauben und ihnen vertrauen, zugleich aber wachsam bleiben.

NGOs und Vereinswesen

In arabischer Sprache referiert der beim Innenministerium beschäftigte Jurist und Vorsitzende des tunesischen Jugendherbergswerkes Alaa Soltani über die Situation der NGOs in Tunesien. Die direkte Übersetzung ins Deutsche erweist sich für Soraya als mühsam, zumal deutlich zwischen dem Hocharabischen und dem Tunesischen unterschieden werden muss. Die Unterschiede seien zum Teil gravierend, für uns Europäer ist das nur daran zu bemerken, dass die sich des Tunesischen bedienenden Sprecher häufig einzelne französische Wörter oder ganze Sätze in ihre gutturale Suada einfließen lassen. Soltani gibt einen kurzen historischen Abriss über das tunesische Vereinswesen, das bereits 1888 einen gesetzlichen Rahmen erhielt. 1901 erfolgte eine Anpassung an die französische Vereinsgesetzgebung und 1906 wurde der erste (universitäre) Verein gegründet. Nach errungener Unabhängigkeit wurde im November 1959 ein neues Vereinsgesetz erlassen und unter Bourguiba gab es bis 1987 ca. 1.800 Vereine. Danach wurden unter Ben Ali zahlreiche weitere Vereine gegründet, die allerdings in erster Linie der Selbstdarstellung der Diktatur dienten. Vor der Flucht Ben Alis bestanden 9.800 Vereine, also hatte sich deren Zahl im Laufe von 23 Jahren vervielfacht. Das Innenministerium entschied darüber, ob eine Vereinsgründung genehmigt werden konnte. Vereine mit vom Regime abweichenden politischen Auffassungen gab es nicht, der Begriff Demokratie blieb ein Fremdwort. Nach der

Revolution seien eine Vielzahl von Vereinen und NGOs entstanden, es gebe ein enormes Nachholbedürfnis, vergleichbar mit der Parteienlandschaft, in der man momentan auf eine Zahl von 200 komme. Es sei nicht ganz einfach zu überprüfen, ob sie alle den neuen rechtsstaatlichen Normen Tunesiens entsprechen. Undemokratische oder zur Gewalt aufrufende Vereine seien zwar verboten, aber entscheidend sei die Praxis und nicht der vielleicht einwandfrei formulierte Text einer Vereinssatzung. Auch bestehe die Tendenz, dass Vereine von politischen Parteien gegründet würden, um von ihnen zusätzliche Unterstützung zu erhalten. Dies sei nicht ganz ungefährlich. Kürzlich wurde ein Verein verboten, der sich den „Kampf gegen die Schiiten“ als Ziel gesetzt hatte.



In der Diskussion frage ich nach der rechtlichen und materiellen Verankerung tunesischer Vereine. Können sie mit staatlicher Unterstützung rechnen, wenn sie dem Gemeinwohl dienen, also gemeinnützig sind? Beim Begriff gibt es bei der Übersetzung ins Tunesische zunächst Probleme. Soraya versucht es mit „karitativ“, aber ich bitte um Präzisierung. Schließlich findet sie das Pendant für diesen so wichtigen Begriff. Außer der juristischen Stellung der tunesischen Vereine interessiert mich, wie stark der Einfluss der entstehenden tunesischen Zivilgesellschaft auf die Gründung und Kontrolle von Vereinen ist? Ich

weiß, wovon ich rede, denn in unseren zahlreichen Seminaren mit ostmitteleuropäischen und russischen Kollegen habe ich im Kontext mit der Transformation dieser Gesellschaften immer auf ein funktionierendes Vereinswesen als Nucleus für die Zivilgesellschaft abgehoben. Und immerhin ist es uns in Vlotho als „Bündnis gegen das „Collegium Humanum“ – also als sehr breit aufgestellte Bürgerinitiative – gelungen, das Verbot dieser neonazistischen „Bildungsstätte“ durchzusetzen, nachdem diese über lange Jahre vom Land NRW und vom Bund toleriert worden war und sogar den Status der Gemeinnützigkeit inne hatte! Bei Vereinen handelt es sich in der Regel um demokratisch strukturierte Organisationen, die zudem auf Ehrenamtlichkeit und einem guten Schuss Idealismus basieren. Sie können zu idealen Brutstätten von Demokratie und Zivilgesellschaft werden. Dies gilt natürlich auch für die zahlreichen tunesischen NGOs, die sich gegenwärtig drei übergeordneten Themen widmen: Menschenrechte, Wohltätigkeit und – nach den Wahlen vom Oktober 2011 – Islam. Ausländische Vereine sind in Tunesien zugelassen, sofern sie über ein demokratisches Statut verfügen und es sich um Länder handelt, mit denen diplomatische Beziehungen bestehen. Die tunesischen Vereine können Mitgliedsbeiträge erheben und Spenden erhalten, dagegen ist die Form der staatlichen Förderung bisher noch nicht geregelt.

Kultur und Revolution

Über die Rolle der tunesischen Kunst in Zeiten der Revolution berichtet der bekannte Schauspieler und Regisseur Moez M'Rabet, der auch einem deutschen Publikum nicht ganz unbekannt sein dürfte, da er im Oktober 2011 in Bochum im Rahmen einer deutsch-tunesischen Kooperation das Drama „Der Prozess“ von Kafka inszeniert hat. In seiner dramaturgischen Ausbildung wurde er von Brecht, Ionesco und dem modernen amerikanischen Theater geprägt. Der Referent hebt eingangs hervor, dass es Anfang der 1960er Jahre seitens Bourguibas entscheidende Impulse für die Stärkung der Rolle von Kunst und Kultur gegeben habe. Dabei ging es dem Staatschef in erster Linie um die Stärkung der tunesischen Identität. Das Kunstschaffen sollte durch entsprechende universitäre Bildungsgänge professionalisiert werden, entsprechende Gesetze wurden erlassen, es entstand ein beachtliches Avantgarde-Theater und auch der tunesische Film sorgte nicht nur im nordafrikanischen Raum für Aufsehen. Diese durchaus positive Entwicklung wurde durch Ben Ali unterbrochen, der ab 1986 die Ära der „Culture Violette“ einläutete. Die Farbe Lila wurde dabei zum Symbol des Regimes und war in der Öffentlichkeit überall wahrzunehmen. Im Polizeistaat Ben Alis herrschten Misstrauen, Überwachung und Bespitzelung, Künstler wurden instrumentalisiert und verfolgt. Man war bemüht, eine populistische Kultur zu schaffen, es gab keine echte Kulturpolitik und das Kulturleben war korrupt. Ein Stück wie „Hamsun“ (50 Jahre Unabhängigkeit) – thematisiert wird der Konflikt zwischen Islamisten, dem Regime und der Linken – blieb über acht Monate im „Kühlschrank“, wobei 284 Stellen zensiert wurden. Nur der internationale Druck auf das Regime machte es möglich, dass es aufgeführt werden konnte. In dem am 2. April 2010 in Tunis in der Regie von Jalila Bacar und Fadhel Jaïbi uraufgeführten Theaterstück „Yahia Yaïch Amnesia“ wird der einige Monate später erfolgende revolutionäre Umschwung quasi vorweggenommen, weshalb es als theatralische Voraussage der „Jasminrevolution“ gilt.⁹ Die Politisierung namhafter Künstler und ihr Protest gegen die Diktatur wurden aber nicht nur auf die Bühnen, sondern ebenfalls auf die Straßen der Hauptstadt getragen. Der 14. Januar 2011 verband sich für die Künstler mit großen Hoffnungen, er war – so M'Rabet – etwas in der Art eines freiheitlichen „Sauerstoffschocks“. Eine neue Generation alternativer, politisch engagierter Künstler (Tanz, Musik, Graffiti, Filme) trat nunmehr auf den Plan. Es fand etwas in der Art einer „Kulturrevolution“ statt.¹⁰ Allerdings setzten ab März 2011 gefährliche Tendenzen ein, die zu Unruhen führten. Etwa im Kontext mit der Ausstrahlung des Films „Weder Allah noch Herr“ im Juli 2011, als Salafisten das Kino „Afrika“ in Tunis stürmten.¹¹ Auch die Ausstrahlung des französischen Zeichentrickfilms „Persepolis“ aus dem Jahre 2007, die im staatlichen Nessma TV erfolgte, sorgte am 14. Oktober 2011 für Gewaltexzesse, die von Salafisten geschürt wurden. Immerhin kam es zwei Tage später zu einer Gegendemonstration, bei der das Recht auf freie Meinungsäußerung eingefordert wurde. Nach den Wahlen vom 23.

⁹ <http://archiv2.berlinerfestspiele.de/de/archiv/festivals2011/08>

¹⁰ Einen guten Überblick über die unterschiedlichen Tendenzen und die Politisierung des tunesischen Kulturlebens liefert der Beitrag von Beate Seel: Frühling der Kunst? In: taz, 12./13. 01. 2013, S. 36-37

¹¹ <http://www.news24.com/print.Article.aspx?iframe&aid>

Oktober 2011, bei denen die Islamisten einen großen Erfolg erzielten, wurde die Situation für die freiheitlich agierenden Künstler immer schwieriger. Die Salafisten begannen das Land noch mehr zu verunsichern, die Künstler mit ihren kritischen und freiheitlichen Ansätzen wurden so zu einem expliziten Ziel ihrer gewalttätigen Angriffe.



Als zahlreiche Theaterleute am 25. März 2012 den Welttag des Theaters feiern wollten, wurden sie von einer großen Schar empörter, schwarz gekleideter und bärtiger Männer angegriffen. Das Innenministerium hatte sowohl diese Veranstaltung als auch eine Demonstration der Salafisten genehmigt. Die Polizei griff nicht ein, um die in friedlicher Form auftretenden Künstler zu schützen. Diese mussten fürchten vom gewalttätigen Mob gelyncht zu werden und standen Todesängste aus.

Die Ennahda und die Salafisten seien – so M'Rabet – im engen Bündnis und daran interessiert, den Verfassungsentwurf so zu beeinflussen, dass es zu einer Beschränkung der Meinungsfreiheit kommt. Allerdings glaube er – trotz einer momentan spürbaren Angst bei vielen Künstlern – nicht daran, dass sich die starke, selbstbewusst gewordene tunesische Zivilgesellschaft einschüchtern lasse.

Leider hatten wir kaum Zeit über diesen brisanten Vortrag des weit über die Grenzen seines Landes bekannten Regisseurs zu diskutieren. Natürlich drängte sich die Frage auf, ob die Kunst in erster Linie die Funktion hat, eine kritische und engagierte Magd der Politik – hier einer wünschenswerten und herbeigesehnten demokratischen Zivilgesellschaft – zu sein? Ich selbst hatte auf diese Frage durchaus eine Antwort: Ohne die Dissidenten in Ost- und Ostmitteleuropa und ohne die zahlreichen Samizdat- und Tamizdat-Initiativen hätte es die demokratische Opposition im Ostblock viel schwerer gehabt. Auch hier haben entschiedene Verfechter der Bürgergesellschaft und Demokratie den Umstürzen und einsetzenden Transformationsprozessen den Boden bereitet. Hinterher haben sie allerdings sehr bald ihre kritische, zivilgesellschaftliche Funktion verloren und wurden Teil eines hart umkämpften Kunstmarktes. Mit dem Zusammenbruch der autoritären Staatsstrukturen zog sich auch der staatliche Mäzen zurück. Nicht nur die von den Despoten unterstützten Künstler, sondern auch Dissidenten und Kritiker mussten sich nun in Gänze mit den komplizierten und wenig durchsichtigen Regeln des freien Marktes auseinandersetzen, um ihre Existenz zu sichern. Man kann deshalb nur hoffen, dass die neue Demokratie in Tunesien ihr Kulturleben und ihre Künstler zukünftig besser vor extremistischen Angriffen schützen wird und dem Kulturleben auch eine angemessene materielle Ausstattung zukommen lässt.

Frau und Demokratie

Die Gewerkschafterin und Juristin Saida Garach, ehemals im Vorstand der NGO „Demokratische Frauen“, Aktivistin bei Amnesty International und potenzielle Parlamentsabgeordnete, sprach zum Thema „Frau und Demokratie“. Die Referentin hob zunächst hervor, dass die tunesischen Frauen nicht auf ihre einmal erkämpften Rechtspositionen verzichten wollen. Dies beziehe sich besonders auf den Arbeitsmarkt, wo die Frauen auf dem grauen Markt sowieso schon zwei Drittel der Leistungen erbringen würden. Bereits im Jahre 2008 seien tunesische Frauen im Zusammenhang mit den massiven Arbeiterprotesten in der Phosphatindustrie auf die Straße gegangen, um für die Erhaltung der Arbeitsplätze ihrer Männer zu kämpfen. Der Beitrag der Frauen an der tunesischen Revolution des Januars 2011 sei beachtlich und nachdem der Einfluss von Ennahda nach den Wahlen vom 23. Oktober 2011 so stark zunahm, habe eine weitere Mobilisierung der Frauen stattgefunden. Sie sei Ergebnis der nunmehr gegen die Frauen ausgeübten physischen und verbalen Gewalt der gegenwärtig auftrumpfenden Salafisten und eine Folge des zeitweiligen Rückfalls in eine von islamistisch argumentierenden Männern dominierte Diskussionskultur, die man nicht tolerieren dürfe. Es werden Themen in den Vordergrund gestellt, die mit der sozialen Realität im Lande und den drängenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen in keinem Zusammenhang stünden. Schließlich müsse man sich vor Augen halten, dass gegenwärtig 30% der Tunesier in Armut leben und etwa 200.000 Familien mit weniger als 2 Dollar am Tag auszukommen hätten. Überdies sei der Anteil an Analphabeten/innen so hoch, dass es viele Menschen gebe, die nicht in der Lage seien, Formulare auszufüllen. Die Verbesserung ihrer Bildung und Qualifikation habe deshalb im Vordergrund des politischen Handelns zu stehen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spiele dabei auch die Einführung einer das weibliche Geschlecht nicht diskriminierenden Sprache, die die Geschlechter gerecht behandle. Die patriarchale Ausrichtung der Gesellschaft finde auch in einer die maskulinen Formen bevorzugenden Grammatik ihren Ausdruck. Unabhängig von dieser sicherlich auch für Europa und Deutschland geltenden Gender-Problematik gebe es weiterhin massive Probleme hinsichtlich des Erbrechts, das Frauen diskriminiere. Und auch die tradierte Vorstellung vom Mann als dem Haushaltsvorstand, der das materielle Wohl der Familie sichere, habe mit der Realität nur wenig zu tun. Während die tunesischen Männer – unabhängig von ihrem Alter – einen Großteil ihrer Freizeit bei Kaffee, Tee und Shisha in Cafés verbringen, was sich natürlich auch aus der hohen Arbeitslosenrate ergebe, sei die Doppelbelastung der Frau, die sich um die Familie kümmern müsse und sich aufgrund des Mangels an regulären Jobs auf dem grauen Arbeitsmarkt unter Wert verdinge, unübersehbar. Das Ansinnen der reaktionären Salafisten bestehe offensichtlich darin, diese Rolle der Frau nicht nur in der gesellschaftlichen Realität zu zementieren, sondern auch im neuen Verfassungsentwurf zu kodifizieren. Dass sprachliche und grammatische Feinheiten dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, machte Saida Garrach am Artikel 6 des Verfassungsentwurfs deutlich. Da hier nur die maskuline Form benutzt werde, gelte die Bestimmung – nach Auslegung der Islamisten – nur für Männer, nicht für Frauen. Hierin komme die „komplementäre“ Rolle der Frau zum Ausdruck. Weitere Beispiele lieferte die Referentin im Kontext des umstrittenen

Textvorschlags für Artikel 28, der ihrer Auffassung nach auf wahhabitischen Einfluss aus Saudi Arabien zurückgehe. Hierin heißt es: „Der Staat gewährleistet den Schutz der Rechte der Frau und ihrer Errungenschaften unter Achtung des Prinzips ihrer Ergänzung des Mannes innerhalb der Familie und als seiner Begleitung in der Entwicklung des Landes.“ Damit – so der Kommentar von Saida Garrach, werde die Frau über den Mann definiert und eine nicht akzeptable Hierarchie festgelegt. Ferner beinhalte der Eintrag eine Kausalität, bei der der Staat die Rechte der Frau nur dann schütze, wenn sie diese komplementäre Rolle erfüllt. Drittens würden durch die Hervorhebung der Familie ledige Frauen und Mütter diskriminiert, da sie dann über ihre männliche Verwandten (Brüder, Väter, Söhne) definiert würden. Dieser Vorschlag verstoße eindeutig gegen die Artikel 21 und 22 des Verfassungsentwurfes, in denen die gleichen Rechte und Pflichten aller Bürger postuliert würden.¹²



Auch bei der Diskussion über die Präambel zur Verfassung insistiere man seitens der Islamisten darauf, dass die Werte des Islam –was auch immer darunter zu verstehen sei – nicht verändert werden dürften. Die zahlreichen Kritiker dieser Position sprechen sich gegen einen theokratischen Staat aus, konzedieren zwar, dass der Islam als Staatsreligion der Tunesier in der Verfassung verankert bleiben könne, fragen aber nach dessen Charakter: „Mais il faut préciser quel type d’Islam allons-nous promouvoir. Pour moi, c’est l’Islam qui garantit les libertés fondamentales et qui n’est pas en contradiction avec les aquis de l’humanité.“¹³ Der von den Islamisten in diesem Kontext verwendete Begriff

„Tedefa“ sei nicht weniger umstritten, denn er impliziere – so die Referentin – dass sich das Recht aus dem Kampf ergebe: demnach verfüge der Sieger über die Definitionsmacht und setze das Recht.

In diesem Zusammenhang erfahre ich überdies von unserer Dolmetscherin Soraya, dass Hocharabisch eine sehr reiche Sprache mit vielen Feinheiten sei. Man benutze im Arabischen fast keine Lehnwörter, sondern Übersetzungen fremder Begriffe. Die orientalischen Araber greifen dabei auf englische Begriffe zurück, die maghrebischen Araber auf französische. Demnach benutzen die Tunesier nicht dieselben „arabischen“ Begriffe wie die Araber aus dem Nahen und Mittleren Osten. Deshalb wird gegenwärtig im Zusammenhang mit der Abfassung der Verfassungspräambel um etliche Begriffe, deren Bedeutung nicht eindeutig sei, heftig gestritten. Die Ratschläge erfahrener Arabisten/innen und Juristen/innen seien sehr gefragt, ihr Wissen habe große Konjunktur. In diesem Kontext ist auch erwähnenswert, dass im Jahre 2012 ein

¹² Elisabeth Braune: Islamischer Herbst statt demokratischer Sommer. FES Tunis, September 2012

¹³ A. Dermech: Les constituants à l’épreuve des points de discord. In: La Presse de Tunisie, 29. 10. 2012, S.4

Glossarium zur Wahlterminologie erstellt wurde, mit dem sichergestellt werden soll, dass arabische Rechtstermini dem tunesischen „Hocharabisch“ entsprechen. Damit soll erreicht werden, dass alle Tunesier dieselbe Sprache sprechen. Abschließend hält Saida Garrach noch einmal fest, dass die große Mehrheit der tunesischen Frauen islamistisch inspirierte Rückschritte im Hinblick auf ihre rechtliche Lage nicht akzeptieren wird.¹⁴

Menschenrechte

Die tunesische Revolution als spontane Erhebung forderte vom Regime in erster Linie die Einhaltung der Menschenrechte und den Respekt vor der Würde des Menschen. Diese sahen die Demonstranten aufgrund der ausweglosen wirtschaftlichen und sozialen Lage zahlreicher Tunesier außer Kraft gesetzt. Hinzu kam, dass das Regime aufkeimende Proteste – etwa in der Bergbauregion des Landes – überaus brutal niederschlagen ließ. Eine ausbeuterische neoliberale Wirtschaftspolitik ohne sozialen Schutz bei Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte und schamloser Bereicherung der Familie des Despoten sowie seiner Günstlinge sollte beendet werden. Politische Unterdrückung, Haft und Folter, Zensur und Einschüchterung der Bevölkerung durch die Sicherheitskräfte ein Ende finden.

In dem in einem vornehmen Villenviertel von Tunis gelegenen „Arabischen Institut für Menschenrechte“, das auf Initiative von drei NGOs 1989 gegründet wurde und mit mehreren arabischen Staaten eng zusammenarbeitet, informierte uns dessen Präsident, Abdelbasset Ben Hassen, in fließendem Englisch über den aktuellen Stand des Dinge. Im Hinblick auf die Menschenrechtsdiskussion sei das tunesische Volk gegenwärtig geteilt: in Islamisten und Säkularisten. Was fehle, sei ein konstruktiver Dialog. Aufgabe des Instituts sei es, gegen die Marginalisierung der Menschenrechte Stellung zu beziehen. Angesichts der komplizierten Transitionsprozesse habe der Intellekt und nicht die Emotionalität im Vordergrund zu stehen. Um den langen Weg zur Demokratie erfolgreich zu beschreiten, müssten entsprechende Aktivitäten sorgfältig abgestimmt und gesteuert werden. Dieser Aufgabe widme sich das Institut seit seiner Entstehung und in diesem Zusammenhang sei es auch 1992 von der UNESCO ausgezeichnet worden. Insgesamt habe man in den letzten 20 Jahren vor vier grundsätzlichen Aufgabenbereichen gestanden:

1. Training von Menschenrechtsaktivisten/innen
2. Implementierung von Menschenrechten in die Politik
3. Propagierung von Menschenrechten, z.B. in Schulbüchern
4. Reform des Strafvollzugs und des Gefängniswesens in einigen arabischen Staaten

¹⁴ D. Ben Salem: Conférence internationale sur la participation de la femme à la vie publique, politique et à la prise de décision. La parité, toute la parité et rien que la parité! In: La Presse de Tunisie, 30. 10. 2012, S.4

Der Referent betonte, dass die tunesische Revolution, in der Gerechtigkeit und Gleichheit gefordert wurde, eine Menschenrechtsrevolution gewesen sei. Nach dem Sieg der Revolution stelle sich nunmehr die konkrete Frage, welche Gesellschaft entstehen soll? Im Kontext der Menschenrechte werden gleichzeitig mehrere Themen diskutiert und Fragen aufgeworfen: zum Beispiel nach der sozialen Gerechtigkeit, aber auch nach den Frauen- und Persönlichkeitsrechten. In der Transition müsse auch mit gängigen



(propagandistischen) Vorstellungen aufgeräumt werden, etwa mit der weit verbreiteten These, dass es im Volk eine Liebe zu den eigenen Unterdrückern und eine Abneigung gegen die Demokratie gegeben habe. Der Mythos vom weisen Despoten, der eigentlich nur das Beste für sein Volk wolle, müsse dekonstruiert werden. Im Hinblick auf die bis vor kurzem herrschenden Machtstrukturen müsse die Vertikale durch die Horizontale ersetzt, die Partizipation als Chance für eine echte Bürgergesellschaft begriffen, erlernt und praktiziert werden. Die unter Ben Ali herrschende Friedhofsruhe sei nun endgültig überwunden, statt Exklusion und

Marginalisierung bestimmter Gruppen sei Integration angesagt, denn immerhin habe man es mit knapp 11 Mio. Revolutionären zu tun, die nicht mehr ängstlich seien.

Bei diesen Ausführungen blitzt in mir die Erinnerung an die 10 Mio. Mitglieder der „Solidarność“ auf, die im August 1980 ebenso angstfrei agierten, despotische Strukturen in Frage stellten, aber schließlich durch den konterrevolutionären Putsch eines uniformierten Landsmanns für längere Zeit in die Knie gezwungen wurden. Ich hoffe sehr, dass sich dieses Szenario nicht auch in Tunesien wiederholt. Inzwischen spricht der Referent über die notwendige Reform des Justizwesens und der Polizei sowie die Gründung unabhängiger Körperschaften. Er erläutert, dass eine Zivilgesellschaft nur mit Hilfe nachhaltig arbeitender außerstaatlicher Organisationen geschaffen werden könne. Zwar werde Tunesien kein autoritäres Regime mehr haben, allerdings werde der Aufbau der Demokratie viel Zeit erfordern.

Das sehe ich auch so und vergegenwärtige mir gleichzeitig, wie lange die Deutschen, besonders die Ostdeutschen gebraucht haben, um in einer gefestigten demokratischen Staatsform leben zu können. Zwar – so Ben Hassen – lebe man in aufregenden Zeiten, da die tunesische Demokratie weiterhin sehr fragil bleibe. Beruhigend sei aber immerhin, dass es eine tunesische Schule des Islams gebe, die sich klar von dem in Saudi Arabien propagierten extremen Wahhabismus unterscheide. Zivilgesellschaftliche Ansätze hätten in Tunesien durchaus Tradition, man denke nur an die 600.000 libyschen Flüchtlinge, die man aufgenommen habe und versorge. Das alleine genüge aber nicht und insofern seien die Angebote ausländischer politischer Stiftungen überaus wichtig,

um Politiker und politische Parteien zu schulen, weitere Menschenrechtsorganisationen zu schaffen und sie zu unterstützen. Hier seien die bereits bestehenden (internationalen) Netzwerke von besonders großer Bedeutung. Es müsse allerdings auch von Seiten des Staates eine Erziehung zur Demokratie erfolgen, denn eine Demokratie ohne Demokraten sei ein Ding der Unmöglichkeit. Ein zentrales Thema politischer Bildung sei angesichts der Anschläge auf Politiker und Journalisten die Frage nach dem Umgang mit Gewalt. Auch die soziale Problematik sei ein wichtiger Bestandteil der Menschenrechtsproblematik. Hier müsse die ganze Gesellschaft mobilisiert werden.

Es schließt sich eine sehr engagierte Diskussion an, bei der aus Zeitmangel allerdings nur ein Bruchteil der gestellten Fragen beantwortet werden kann. Immerhin hat man uns sehr großzügig mit beachtlichen Veröffentlichungen des Instituts versorgt, in die ich später interessiert hineinschauen werde. Besonders hervorzuheben ist dabei die Publikation von Prof. Wahid Ferchichi „The transitional justice in Tunisia“, in der sich der Experte für Transitionsrecht und Mitarbeiter des „Arabischen Instituts für Menschenrechte“, der seit 1995 an der Universität von Tunis lehrt, mit dem Fehlen einer klaren Strategie und dem Vorherrschen von Improvisation auseinandersetzt.¹⁵ Die Darstellung umfasst den Zeitraum vom 14. Januar bis zum 23. Oktober 2011 und die dem arabischen Text vorangestellten Synthesen in englischer und französischer Sprache erlauben einen ersten Überblick über die Probleme der postevolutionären tunesischen Übergangsjustiz, wobei sich der Autor in vier Kapiteln mit Fragen der Verbrechenverfolgung, Wahrheitsfindung, Entschädigung von Opfern und den anstehenden politischen Reformen beschäftigt.

Fazit

Die tunesische Gesellschaft befindet sich weiterhin in einem fundamentalen Umbruch, dessen Ausgang ungewiss bleibt. Angesichts der aktuellen Krise in Ägypten, wo sich der Staatspräsident Ende November 2012 über die Parteien, das Parlament und das geltende Recht gestellt hat, ist der arabische Frühling mit seinem demokratischen und zivilgesellschaftlichen Anspruch ein weiteres Mal schwer erschüttert worden. In Tunesien haben wir es gegenwärtig mit ganz ähnlichen Erscheinungen zu tun. Die durch die Salafisten hervorgerufenen Unruhen und Anschläge sorgen für Verunsicherung und befeuern auch die so schon recht aufgeregte Debatte über die zukünftige Gestalt der Landesverfassung. Ob und inwieweit Elemente der Scharia Eingang in die tunesische Verfassung finden sollen, ist höchst umstritten. Wie weit die Trennung von Staat und Religion gehen soll, ebenfalls. Letztlich stellt sich auch die Frage, ob ein gemäßiger Islam mit demokratischen Strukturen zu vereinbaren ist und was dies zukünftig für die Einhaltung der Bürger- und Menschenrechte sowie die Rechtsstellung der Frau bedeutet.

¹⁶ Demgemäß wurde der zweite Jahrestag der tunesischen Revolution am 14. Januar

¹⁵ Wahid Ferchichi: The transitional justice in Tunisia. The absence of a clear strategy and the predominance of improvisation. Tunis 2012, S. 1-62

¹⁶ Hella Habib: Du préambule et des dispositions générales de la Constitution – Débat à l'ANC. Ennahada perd la majorité. In: La Presse de Tunisie, 30.10.2012, S.7; vgl. auch: Gudrun Krämer: Demokratie im Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt. München 2011, S. 117-123

2013 auch sehr unterschiedlich begangen. Einerseits konstatierte man die nationale Zerrissenheit im Lande und erregte sich über das kürzlich aufgedeckte „Sheratongate“ des Außenministers Rafik Abdessalem, andererseits wurde trotz Ernüchterung auf der Avenue Habib Bourguiba in der Hauptstadt ausgelassen gefeiert.¹⁷ Allerdings hat sich die Lage aufgrund massiver politischer Konflikte Anfang Februar 2013 wieder erheblich zugespitzt. Die Ermordung des links orientierten Oppositionellen und Menschenrechtsanwalts Chokri Belaid (06. 02.2013), der sich für eine klare Trennung von Islam und Staat aussprach, sorgte aufgrund der Polarisierung der Gesellschaft für massive Proteste der Anhänger der politischen Opposition, die die regierende Ennahda-Partei für das Verbrechen mitverantwortlich macht. Die Beerdigung Belaid, an der zehntausende von Tunesiern teilnahmen, geriet zu einer machtvollen politischen Demonstration, die auch von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet war.¹⁸

Die Situation bleibt auch für die Übergangsregierung aus Islamisten, Sozialdemokraten und Mitte-Links-Parteien weiterhin heikel, zumal sich an der Tatsache, dass die Islamisten, ob nun gemäßigte Islam-Brüder oder radikalisierte Salafisten – die eigentlichen Gewinner des politischen Umsturzes sind, nichts geändert hat.¹⁹

Der Aufenthalt in Tunis und die Gespräche mit den tunesischen Kolleginnen und Kollegen waren intensiv und aufschlussreich, aber zu kurz, um einen vertieften Einblick in die inneren Verhältnisse des Landes und der tunesischen Politik zu erhalten. Immerhin gab es die Gelegenheit, erste Kontakte zu knüpfen und im Rahmen der außerschulischen politischen Bildung Projektideen für gemeinsame deutsch-tunesische Vorhaben zu entwickeln. Dazu ist die Bereitschaft – wie unschwer festzustellen war – auf beiden Seiten vorhanden. Die nahe Zukunft wird zeigen, wie sich die Zusammenarbeit weiter entwickelt. Dass es sinnvoll ist, die entstehende tunesische Demokratie und Bürgergesellschaft seitens Deutschlands und der EU durch eine entsprechende Vernetzung und durch gemeinsames Planen und Handeln nachhaltig zu unterstützen, steht außer Frage. Das sollten wir Europäer schon im gut verstandenen eigenen Interesse überzeugt und mit Nachdruck tun, um Despoten keine neuen Chancen zu eröffnen, unsere Islamophobie zu hinterfragen und unsere eigene Glaubhaftigkeit zu stärken.²⁰

¹⁷ Reiner Wandler: Nationale Zerrissenheit. In: taz, 15.01.2013, S. 4; ders.: „Sheratongate“ erschüttert Tunesien“, ibd; Thomas Schmid: Freudenfest trotz Ernüchterung. In: FR, 15. 01. 2013, S.7

¹⁸ Julia Gerlach: Regierungskrise in Tunesien. Nach der Ermordung eines Oppositionellen versucht Jabali, die Unruhen einzudämmen. IN. FR, 08. 02. 2013, S.9; Reiner Wandler: Premier will mit Technokraten regieren. In: taz, 08.02.2013, S.2; ders.: Warten auf Touristen. Zwei Jahre nach der Revolution fehlen Tunesien Investoren und Jobs. Die Preise steigen, ibd;

¹⁹ Anne Béatrice Clasmann: Aufbruch ins Ungewisse. Mehr als zwei Jahre nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ bleibt die Lage in Tunesien und Ägypten gespannt. In: Das Parlament, Nr. 13/14, 25. 03. 2013; Alexander Heinrich/Bernard Bode: Die Früchte des Zorns. Islamisten sind bisher die Gewinner der arabischen Umbrüche. In einer Anhörung plädieren Experten für einen differenzierten Umgang mit den neuen politischen Akteuren. In: ebenda;

²⁰ Wolfgang Benz: Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet. München 2012, S. 86-89; Klaus J. Bade: Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.2013

Elżbieta Maćzyńska

Voraussetzungen für die Entwicklung Polens

Einführung

Angesichts gewaltiger Turbulenzen in der Weltwirtschaft, in der immer stärker das Syndrom einer Wirtschaft der Unbeständigkeit in Erscheinung tritt, sind sämtliche Überlegungen mit prognostizierendem Charakter überaus riskant, geradezu halsbrecherisch. Besonders dann, wenn die Perspektive mehrere Jahrzehnte abdecken soll. Man muss nämlich mit einer immer größer werdenden Zahl Talebscher „schwarzer Schwäne“ rechnen, also (übereinstimmend mit der Theorie des libanesischen Philosophen und Mathematikers Nassim Taleb) mit Erscheinungen, von denen man annahm, dass sie nicht auftreten können (Taleb, 2007). Davon, wie komplex diese Problematik ist, zeugt u.a. die Debatte „Was die Ökonomen über die Zukunft denken“ (*Co ekonomiści...* 2009, S. 72–98). Aufgrund einer beispiellosen Dynamik des technologischen Fortschritts und technischer sowie ökonomischer Innovationen, aber auch fiskalischer, sozialer sowie politischer Veränderungen, wird die Weltwirtschaft immer instabiler und immer „übertragbarer“. Weitere Innovationswellen führen nicht nur zu der erwünschten „kreativen Rekonstruktion“ also zur schöpferischen Zerstörung, sondern auch zu einer Destruktion, die irreversible oder nur bedingt reversible, weitreichende soziale, wirtschaftliche, ökologische und räumliche Folgen hat. Sie verändern die Lage und die Existenzbedingungen von Menschen, Unternehmen, Institutionen und Ländern radikal. Die Intensität der Veränderungen macht es notwendig, vertieft über das Thema Kreativität und Destruktion in der Wirtschaft nachzudenken. Dies ist umso wichtiger, da – trotz global eingeleiteter Maßnahmen, die auf eine Minderung der Disproportionen und Anomalien in der Wirtschaft zielen– es keinem einzigen Land in Gänze gelungen ist, zufriedenstellende und nachhaltige Lösungen für diese Probleme zu finden. Daher rufen auch Fragen der Sozialpolitik scharfe Kontroversen hervor, vor allem hinsichtlich der Rolle des Staates in der Wirtschaft, aber auch im Hinblick auf die Rolle verschiedener ökonomischer Strömungen sowie gängiger Wirtschaftslehren. Die Kontroversen und Diskussionen zu diesem Thema gibt es zwar seit langem, aber sie haben sich in letzter Zeit spektakulär verstärkt (*What Went Wrong*, 2009).

Im vorliegenden Beitrag wird davon ausgegangen, dass die Versuche, mit diesen Fragen fertig zu werden, auf Barrieren stoßen, die ihre Ursache in erster Linie in der Nichtanpassung der Sozial- und Wirtschaftspolitik an die Herausforderungen haben, die sich gegenwärtig aus dem globalen zivilisatorischen Umbruch ergeben. Dieser findet seinen Ausdruck darin, dass die Industriegesellschaften durch eine neue Wirtschaftsform und ein neues, noch nicht endgültig definiertes Wirtschaftsmodell verdrängt werden. Die Ursachen der Schwierigkeiten für eine befriedigende Lösung der sozioökonomischen Probleme sind also nicht konventionell, und deshalb sind auch nicht konventionelle Formen des Vorgehens notwendig. Währenddessen dominieren weiterhin Aktivitäten, die für das auslaufende Industriemodell typisch sind (Toffler, 1996; Beck, 2002; Toffler, 2003; Rifkin, 2003). „Marx wäre amüsiert“ – so kommentiert diese Phänomene z.B. der

italienische Philosoph Antonio Negri, und betont, dass „am amüsantesten ist, dass, während sich die Welt verändert, wir an Schemata von vor 100 Jahren festhalten. Das Finanzkapital sorgt für eine neue Akkumulation, also neue soziale Unterschiede und neue Armut, während die Aktiengesellschaften für den Kommunismus des Kapitals stehen“ (Interview mit A. Negri, 2010). Unterdessen versuchen Politiker sowie Manager ein neues Remedium zu finden, wobei sie nicht in ausreichendem Maße (bewusst oder unbewusst) die gegenwärtigen Trends in der globalen Wirtschaft berücksichtigen. Die Effizienz ihrer Aktivitäten wird dabei durch die Anpassung an die Besonderheit des zivilisatorischen Umbruchs, einer Zivilisation des Wissens und der mit ihr verbundenen Bedarfe, determiniert. Diese Problematik ist vor allem mit dem Modell der sozioökonomischen Ordnung verbunden. Allerdings werden diese Fragen weder in der sozioökonomischen Politik noch auf globaler oder lokaler Ebene entsprechend ernst genommen und berücksichtigt. Das belegen sowohl die wissenschaftliche Forschung als auch die Debatten der Experten. Aus ihnen ergibt sich, dass die Lösung der dringendsten Herausforderungen des XXI Jahrhunderts eine enge Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik, Unternehmen und Regierungen erfordert. Ein führender Repräsentant dieser Debatte, Dennis L. Meadows, der Mitautor des Buches *Grenzen des Wachstums (The Limits of Growth)*, meint, „dass man endlos über die Lösung der Zukunftsprobleme diskutieren kann, dass sich aber ohne die Umsetzung anderer als der bisherigen Maßnahmen global nichts ändern werde“ (Science...2009).

So betrachtet stellt die Zivilisation des Wissens kein Synonym für eine Zivilisation der Vernunft und Klugheit dar. Die bisherigen Erfahrungen mit der globalen Wirtschaft zeigen eine deutliche Dichotomie zwischen Wissen und Vernunft. Eine fundamentale Herausforderung besteht deshalb darin, dieser Dichotomie entgegenzuwirken. Hinsichtlich Polens hat diese Herausforderung eine doppelte Dimension. Erstens ist sie mit der Notwendigkeit verbunden, den Investitionsrückstand im Bereich wissenschaftlicher Forschung (B + R) aufzuholen, und zweitens, mit der Notwendigkeit einer auf den sozioökonomischen Wohlstand zielenden Intensivierung rationaler, auf globaler Ebene zugänglicher Wissensvermittlung. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, ist es vor allem notwendig, die Reserven des Entwicklungspotenzials Polens zu mobilisieren, um Entwicklungshemmnisse zu beseitigen. Hier bedarf es allerdings nicht nur des Wissens, vonnöten ist auch strategische Vernunft. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer futurologischen Reflexion, die frei ist von dem gegenwärtig charakteristischen allmächtigen *Kurzzeitdenken*, also der Priorität kurzlebiger Zielsetzungen.

Polen – zu nutzende Reserven

Die grundsätzlichen Voraussetzungen für die weitere zivilisatorische Entwicklung und den Erfolg Polens basieren auf den Eigenschaften, Qualitäten und sozioökonomischen Dimensionen seines Potenzials. Letzteres wird jedoch noch immer nicht adäquat genutzt. Die Möglichkeiten im Bereich der Wirtschaft und im Hinblick auf die intellektuelle Basis Polens veranschaulicht vor allem der Fortschritt, der sich in dem über 20jährigen Zeitraum der Transformation der Wirtschaftsordnung vollzogen hat:

durch die Einführung und Festigung der Marktwirtschaft. Dies spiegelt sich deutlich in den Statistiken wider. Zur Hervorhebung der wirtschaftlichen Vorzüge Polens hat paradoxerweise auch die jüngste globale Rezession beigetragen, von der Polen – als einziges Land in der EU – nicht betroffen war. Leider wird dies eher als einmaliges Ereignis denn als Symptom für die wachsende Wirtschaftskraft Polens wahrgenommen. Dies belegen die Kommentare zu diesem Thema, die u.a. von internationalen Forschungsinstituten veröffentlicht werden. Jüngst kommen allerdings immer mehr Meinungen zu Wort, bei denen die tieferen Ursachen für den polnischen Erfolg Berücksichtigung finden. Als Beispiel kann eine Bewertung dienen, die das Ergebnis einer der neuesten vergleichenden Forschungen, die vom IHS Global Insight Worldwide Office durchgeführt wurden, darstellt. Aus diesen Forschungen ergibt sich, dass Polen von der globalen Rezession nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde und als größtes Land unter den neuen EU-Mitgliedern über ein relativ starkes Wirtschaftspotenzial verfügt. „Die polnische Wirtschaft verzeichnete während der globalen Rezession sogar ein Wirtschaftswachstum. Dadurch spielte sie als größte Wirtschaft unter den neuen EU-Mitgliedern eine wichtige stabilisierende Rolle während der Weltwirtschaftskrise, zumal sie selbst eine Rezession verhindern konnte. Der minimale Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahre 2009 – bei gleichzeitigem Anstieg der Nominallöhne – erklärt in hohem Maße die relative Stärke der Wirtschaft Polens. Allerdings war die starke Inlandsnachfrage, die von einer Abwertung des Złoty zwischen Juli 2008 und Januar 2009 begleitet wurde, entscheidend. Dadurch verbesserte sich die Handelsbilanz Polens erheblich“ (*PlanEcon...*, 2010, S. 38).

Die Ansicht, dass Polen über eine starke Wirtschaft verfügt, setzt sich allerdings nur schwer durch, zumal sich historisch betrachtet der pejorative Begriff *polnische Wirtschaft* als Synonym für die polnische Unwirtschaftlichkeit verfestigen konnte. Er verliert allerdings immer mehr an Bedeutung. Hierfür gibt es zahlreiche Gründe. Sozioökonomische Quellen für die Entwicklungschancen Polens sind u.a.:

1. Ein großes Marktpotenzial und eine weiterhin steigende Binnennachfrage, die von einer Bevölkerung von über 38 Mio Menschen generiert wird.
2. Ein steigendes Niveau der Ausbildung, und damit auch ein wachsender Bevölkerungsanteil mit höherer Ausbildung, was der Produktivität und der sozialen Mobilität dient. (Während der vergangenen beiden Jahrzehnte ist der Bruttokoeffizient im Hochschulwesen um das Vierfache gestiegen – von 12,9% im akademischen Jahr 1990/1991 auf 52,7% im akademischen Jahr 2008/2009). Die historisch bedingte Fähigkeit flexibel auf Bedrohungen zu reagieren und sich an Veränderungen anzupassen (die berühmte – den Polen zugeschriebene – Fähigkeit zu improvisieren). Die Offenheit für neue Trends, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, Chancen zu nutzen, die der zivilisatorische Umbruch und das sich entwickelnde neue Wirtschaftsmodell, inklusive der virtualisierten Wirtschaft, eröffnen.

3. Verstärkte Investitionen in die Infrastruktur (auch aufgrund der Förderung aus EU-Mitteln), was die Investitionsimpulse generiert und das BIP, von dem das Wohlstandsniveau des Landes abhängt, wachsen lässt.
4. Multiplikatoreffekte, die der Ausbau des Wohnungsbausektors bringen kann, der aufgrund seiner Unterentwicklung und der steigenden Ansprüche der Polen, also einer potenziell großen Nachfrage nach Wohnungen, unabdingbar ist. Dies kann zukünftig einen zusätzlichen, starken Impuls für die Wirtschaft darstellen.
5. Die wirtschaftlich günstige, geografisch zentrale Lage Polens, die zu einem Anstieg unterschiedlicher Formen von Auslandsinvestitionen und der verstärkten Präsenz internationaler Konsortien und Informationszentren beiträgt.
6. Klimatische und rohstoffbasierte Vorteile des Landes, mit einer immer wahrscheinlicher werdenden Perspektive zur Gewinnung neuer natürlicher Ressourcen und Energien.
7. Kulturelle Faktoren, die auf dem historisch betrachtet hohen kulturellen Rang Polens in Europa und der Welt beruhen. Gleichzeitig Offenheit für neue Strömungen und Trends in verschiedenen Lebensbereichen, was der wirtschaftlichen Entwicklung immer zugute kommt.
8. Das Potenzial der noch immer mangelhaft genutzten, allerdings – nicht nur aufgrund des wirtschaftlichen Fortschritts, sondern auch aufgrund des Klimawandels – zunehmend wahrgenommenen touristischen Vorzüge Polens und der Entwicklungsreserven des Tourismus als wichtigem Wirtschaftszweig.
9. Das Potenzial, das aus der „Rückständigkeitsrente“ resultiert, und die Möglichkeit, in verschiedenen Bereichen den „Froschsprung“ zu vollziehen, also unter Auslassung von Durchgangsphasen, die einst die hoch entwickelten Länder zu durchlaufen hatten, unmittelbar zu höheren Stufen der Entwicklung zu gelangen. Dies ist möglich, indem die Erfahrungen anderer Länder genutzt werden. Es verkürzt den Zeitraum, um zu einem höheren Niveau zu gelangen und mindert das Fehlerrisiko, weil man von den Fehlern anderer lernt.

Gleichzeitig ist Polen allerdings nicht frei von ernsthafte Bedrohungen für eine ausgeglichene, nachhaltige sozioökonomische Entwicklung. Grundsätzlich handelt es sich dabei:

1. Um die demographische Gefährdung: die Alterung der Gesellschaft und den Bevölkerungsrückgang (aus den Prognosen ergibt sich, dass bis zum Jahre 2050 die Zahl der Bevölkerung in Polen von gegenwärtig über 38 Mio auf 31 Mio sinken kann, also um 7 Mio Menschen).
2. Die wachsende öffentliche Verschuldung und die Probleme beim Erreichen ausgeglichener öffentlicher Finanzen (was im Übrigen eng mit der demographischen Gefährdung und den aus ihr resultierenden steigenden Ausgaben für Renten und Pensionen sowie die Gesundheitsvorsorge verbunden ist).
3. Dysfunktionen im Bereich der Entwicklung und Nutzung des Potenzials wissenschaftlicher Forschungen und ihrer praktischen Anwendung, wodurch viele

wertvolle Erfindungen aus Polen „verschwinden“ (z.B. die Erfindung des blauen Lasers u.a.).

4. Die Ineffizienz der Rechtssetzung und -sprechung, unter anderem die Unterentwicklung des Gerichtswesens und die Länge der Gerichtsverfahren.
5. Dysfunktionen des politischen Systems, unter anderem das die Wirtschaft beeinträchtigende Syndrom der Wahlperiode und die damit verbundene Priorität der Wahlziele, die über der sozioökonomischen Effizienz steht. Dies sorgt für Unzulänglichkeiten bei der Rationalisierung der Sozialpolitik, die offensichtlich einen längeren Zeithorizont erfordert. Dies verstärkt das für demokratische Systeme bekannte Phänomen, das man mit folgender Sentenz beschreiben könnte: „Effektivität hat keine Wählerschaft“. Das Syndrom einer kurzen Wahlperiode und die sich hieraus ergebende Dominanz der kurzen Perspektive wird von einer Vernachlässigung der Kultur des strategischen Denkens begleitet, was Investitionen in die Wirtschaft – die einen längeren zeitlichen Horizont benötigen – keinesfalls begünstigt.

Man kann natürlich auch noch andere positive und negative Faktoren benennen, die für die sozioökonomische Lage Polens und seine Perspektiven in diesem Bereich von Einfluss sind. Am wichtigsten ist jedoch, dass man angesichts der polnischen Realitäten die adäquaten Schlüsse zieht, und aus den historischen Erfahrungen, etwa den Fehlern, die in anderen Ländern begangen wurden lernt. Gemäß dem Grundsatz: Lasst uns von den Fehlern anderer lernen, dann haben wir keine Zeit, um eigene Fehler zu begehen. Genauso wichtig ist, dass man nicht zulässt, dass das eigene Potenzial, besonders das wertvolle intellektuelle Humanpotenzial ,verschwendet wird. Leider immer noch aktuell ist die vor zwei Jahrhunderten – zu einer Zeit, als Polen noch geteilt war – formulierte Sentenz des polnischen Dichters und Geografen Wincenty Pol „Das Fremde lobt ihr, das Eig'ne kennt ihr nicht, was ihr besitzt, das wisst ihr nicht“¹. Mehr oder minder im gleichen Zeitraum konstatierte der polnische Dichterst Juliusz Słowacki im Kontext mit Polen: „Warst Pfau und Papagei der Völker, jetzt aber bist du fremder Mächte Magd“². Gegenwärtig hat Polen gute Chancen, um diese bitteren, historisch bedingten Sentenzen vergessen zu machen. Dies hängt allerdings in hohem Maße von der langfristigen Effektivität der sozioökonomischen Politik und der ihren Rahmen bestimmenden Sozialpolitik ab. Dieser Bereich ist aber noch weit davon entfernt, gut zu funktionieren. Daher die Bedeutung von Aktivitäten, die auf eine Rationalisierung des politischen Systems und des Regierungshandelns abzielen. Obschon supranationale Regelungen erfolgversprechend scheinen, etwa die Verpflichtungen im Rahmen der EU, so ist doch das Modell der sozioökonomischen Ordnung jedes einzelnen Staates entscheidend. In Polen erreicht man – trotz eines entsprechenden Verfassungsartikels (Art. 20), in dem es gleichlautend mit dem Artikel des Verfassungsvertrags der EU heißt, dass dieses Modell die auf den Ausgleich zwischen der ökonomischen und der sozialen Entwicklung gerichtete soziale Marktwirtschaft sei – noch immer nicht die

¹ W. Pol (1807–1872), *Kraj ojczysty*, http://www.glowy.bydgoszcz.pl/boguccy/wincenty_pol.htm

² J. Słowacki (1809–1849), *Grób Agamemnona* (1839 r.), <http://www.juliuszslowacki.grupaphp.com/grobagamemnona.php>

gesteckten Ziele. Dies ist eine Barriere für die Entwicklung einer Zivilisation des Wissens sowie eines vernünftigen Umgangs mit ihr.

Zivilisation des Wissens versus Zivilisation der Vernunft

Der Begriff Zivilisation des Wissens ruft – ähnlich wie der Begriff einer wissensbasierten Wirtschaft – Kontroversen hervor und wird von vielen Autoren als nicht besonders adäquat kritisiert. Die Aktivitäten des Menschen (nicht nur die wirtschaftlichen) basieren immer auf Wissen. Allerdings hat dessen Bedeutung im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zugenommen, dient es doch dazu, die Besonderheiten der Gegenwart zu beschreiben. Die Zivilisation des Wissens und eine wissensbasierte Wirtschaft sind Kategorien, in denen das Wissen zu einem „universellen Substitut“ wird, das andere Elemente produktiven Potenzials in den Hintergrund drängt. Gegenwärtig ist das Wissen eine Art universeller „Werkzeugmaschine“, deren unerschöpfliches Potenzial auf spektakuläre Weise durch die Genese und die Entwicklung solcher, bis vor kurzem unbekannter Aktivitäten und Unternehmen belegt wird, wie die Suchmaschine von Google oder das Portal von Facebook.

Gleichzeitig ist aber – was unter den Bedingungen einer Zivilisation des Wissens paradox scheint – eine der wohl beschämendsten Eigenarten der Gegenwart die zunehmende Dichotomie zwischen Wissen und Vernunft. Zutreffend hat dies José Ortega y Gasset in seinem – wie sich herausstellte – zeitlosen, wenn auch schon 1929 veröffentlichten Buch *La rebelión de las masas (Aufruhr der Massen)* beschrieben: „Für den gegenwärtigen Augenblick ist charakteristisch, dass mediokre und banale Geister, die um ihre Durchschnittlichkeit und Banalität wissen, unverfroren fordern, ein Recht darauf zu haben, medioker und banal zu sein, und diese Eigenschaften anderen aufzwingen (Ortega y Gasset, 2002, S. 15). Vieles weist darauf hin, dass der angesprochene „gegenwärtige Augenblick“ immer noch anhält. Trotz eines ungeahnten, unbestrittenen Fortschritts in der Wissenschaft und Technologie und trotz des anhaltenden Wissenszuwachses erfolgt kein hinlänglich befriedigender Transfer in Richtung sozialer Wohlfahrt. Das substitutive Potenzial des Wissens kommt leider auch – und das nicht zu knapp – in der Substitution der Vernunft zum Ausdruck. Dies geschieht, obwohl das Wissen unter den Bedingungen einer ansteigenden Dynamik der Veränderungen schnell veraltet, und dabei schlecht genutzt und schlecht verwaltet wird. Wenn es bei der Nutzung des Wissens an Vernunft fehlt, können die Folgen katastrophal sein.

Eine Konsequenz des Defizits an Vernunft ist das global beschädigte ökologische, ökonomische, demographische und politische Gleichgewicht (Thurow, 1999, S. 17). Eine Folge hiervon sind die immer weiter auseinanderdriftenden Pole von Reichtum und Armut. Die Beschädigung des sozialen Gleichgewichts bringt u.a. deviante Verhaltensformen, Kriminalität, Terrorismus und andere gefährliche Phänomene hervor, im Extremfall Kriege. Die Beschädigung des ökologischen Gleichgewichts spüren wir im Alltagsleben, wenn wir es z.B. mit der Verunreinigung des Wassers oder der Luft zu tun haben. Dies alles bedingt, dass der Lebensstandard beträchtlich abnimmt.

Paradoxerweise betrifft dies ebenfalls, vielleicht sogar vor allem, die reichsten Länder, trotz des dort steigenden BIPs, das doch den Anstieg des Wohlstandniveaus eines jeden Landes widerspiegelt. Reichtum schützt also nicht vor den negativen Folgen eines gestörten, insbesondere ökologischen Gleichgewichts. Mehr noch, die Degradierung der natürlichen Umwelt führt zu ökologischer Entwertung und Enteignung.

Eine unreflektierte Nutzung des Wissens überträgt sich dabei auf die Dysfunktion der Demokratie und des Rechts und erzeugt eine Inflation des Rechts. Demokratie und Recht – einst Synonyme – sind dies gegenwärtig nicht mehr. Hyperdemokratie und Hyperliberalismus können im Extremfall zum Entstehen ihrer eigenen Gegenteile führen – zu Diktatur und zu Monopolismus, und in der Konsequenz zu einer Abkehr von der Markt- und Wettbewerbsordnung. Die Veränderlichkeit und Komplexität der rechtlichen Regulierungen „weicht sie auf“³. Nicht selten sind sie übertrieben differenziert, was dazu führt, dass jede Veränderung der wirtschaftlichen Realitäten differenzierte Rechtsangleichungen notwendig macht. Dies erinnert an den sprichwörtlichen Wettlauf zwischen dem Hasen und dem Igel. Und diese Prozesse vertiefen die Globalisierung.

Obschon man davon ausgeht, dass unter den Bedingungen des Paradigmas einer wissensbasierten Wirtschaft „sie alles darstellt, so kann sie im Ergebnis erheblicher Veränderungen – indem sie ungewöhnlich schnell veraltet – leicht bedeutungslos werden“ (*Cytaty mądre...*, 2001, S. 179)⁴. Die Lebenszyklen des Wissens erweisen sich nämlich als immer kürzer, gleichzeitig währt das menschliche Leben immer länger. Deshalb wird das Wissen auch immer undemokratischer und differenziert die Subjekte und ihre Entwicklungschancen extrem aus. Die Zivilisation des Wissens „überschwemmt und ertränkt“ die sich mehrerenden Unqualifizierten, sichert Hochqualifizierten Beschäftigung, und verurteilt andere zur Arbeitslosigkeit.

Die Notwendigkeit, der Dichotomie zwischen Wissen und Vernunft entgegenzuwirken, korrespondiert mit dem vom Vorsitzenden der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Michał Kleiber, im Februar 2011 vorgelegten Dekalog für eine Gesellschaft des Wissens, der Fähigkeiten und des unternehmerischen Geistes, der den Titel *Vernünftiges Polen* trägt. Dieser Dekalog umfasst 10 Postulate, deren Realisierung die Grundlage für eine innovative Entwicklung des Staates bilden soll (Kleiber, *Mądra Polska*, 2011; Interview mit M. Kleiber, 2011). Nach Kleiber „hat der überwiegende Teil unserer Gesellschaft, der aufgrund der vor 20 Jahren wiedererlangten nationalen Souveränität glücklich ist, und aufgrund zahlreicher Errungenschaften aus dieser Periode Genugtuung empfindet, heute ständig das Gefühl, dass Gefährdungen für unsere weitere stabile Entwicklung näher rücken. Ursache hierfür ist die hochgradig ineffiziente Nutzung der uns durch die Geschichte gegebenen, unwiederbringlichen Chance, unseren zivilisatorischen Rückstand aufzuholen. Einige schreiben diese Unzufriedenheit der

³ J. Ortega y Gasset (2002, S. 15) illustriert dies mittels einer Anekdote über einen Zigeuner, der zur Beichte kam und auf die Frage des Priesters, ob er die Gebote Gottes kenne, antwortete: „Hochwürden. Ich hatte vor, sie zu lernen, aber die Leute sagen, dass sie demnächst aufgehoben werden sollen“.

⁴ Schon A. Mickiewicz (*Dziady*, cz. III, sc. II) verwies darauf, dass sich das Wissen „schnell verliert“.

Unfähigkeit zu, die Dämonen aus der Periode vor der Transformation zu überwinden – so als würden wir als Gesellschaft immer noch in den mentalen Beschränkungen des real existierenden Sozialismus verharren. Die fundamentale Ursache für unsere gegenwärtigen Befürchtungen und Enttäuschungen ist m.E. etwas ganz anderes. Es ist das Fehlen eines überzeugenden Modells entwicklungsorientierter Veränderungen im Hinblick auf das Funktionieren des Staates, mehr noch – die mangelnde Überzeugung zahlreicher Politiker, dass ein solches Modell geschaffen werden muss. Wir hinken den Veränderungen nach, denen die heutige Welt ausgesetzt ist, und die Dynamik dieses Prozesses legt unsere mangelhafte Vorbereitung unbarmherzig bloß, den deutlich hervortretenden Herausforderungen die Stirn zu bieten, obwohl gerade jetzt, direkt vor unseren Augen, über das polnische Schicksal der nächsten Jahrzehnte entschieden wird” [Kleiber, Mądra Polska, 2011]. Wichtig ist demnach, eine relativ langfristige Perspektive zu haben. Ihr zentrales, unabdingbares Element ist ein entsprechendes Modell der sozioökonomischen Ordnung.

Bei den Analysen der globalen Turbulenzen wird auf Fehler in der Wirtschaftsordnung verwiesen. Zum Beispiel heben Nouriel Roubini und Stephen Mihm hervor, dass die Krise über die Zukunftskonzepte entscheidet und die nahe Zukunft –mit einer entsprechenden Wirtschaftsordnung – erschafft⁵. Daher die Aktualität der Frage hinsichtlich einer optimalen Gestalt der Wirtschaftsordnung und im Hinblick auf die Zukunft des die globale Krise bisher dominierenden neoliberalen, angesächsischen Modells eines Laissez-Faire-Kapitalismus (Roubini, 2009). In der Sachliteratur wird die Notwendigkeit von Systemveränderungen betont, die auf eine Verringerung krisenhafter Bedrohungen ausgerichtet sein sollen. Der bekannte deutsche Wirtschaftsexperte Peter Bofinger überlegt, ob man das Modell einer freien Marktwirtschaft retten kann und warum man gegenwärtig einen starken Staat braucht⁶.

Aktuell wird die These präferiert, dass die ursprünglichen Ursachen einer dysfunktionalen, wissensbasierten Wirtschaft vor allem auf Systemfehlern beruhen, u.a. auf einer unkritischen

Unterordnung der wirtschaftlichen Ordnungspolitik unter die neoliberale Doktrin⁷. Es ist charakteristisch, dass diese Ansichten von den einstigen Verfechtern des Neoliberalismus vorgebracht werden. Zu ihnen kann man z.B. Jeffrey Sachs zählen, der hervorhebt, dass „wir uns zwischen zwei voluntaristischen Utopien bewegen. Die eine

⁵ „Wir meinen nämlich, dass um zu verstehen, was Krisen sind und wie man sie meistert, man sich einer stärker – als gewöhnlich angenommen – holistischen und eklektischen Methode bedienen sollte. Wir lassen nicht zu, dass uns Ideologien oder Emotionen beherrschen. Wir sind uns bewusst, dass Krisen unterschiedliche Schattierungen haben, und dass Instrumente, die in der einen Situation wirken, in einer anderen ineffektiv sein können” Nouriel Roubini, Stephen Mihm (2011, S. 24).

⁶ Den Systemrahmen vergleicht man mit einer Art Käfig. Bildlich hat dies einer der Manager so dargestellt „Wenn der Tiger sich befreit und Vernichtung sät, würde ihn deshalb nur ein Irrer verurteilen. Wirklich schuldig ist nämlich der Idiot, der nicht auf ihn aufgepasst hat.” (Bofinger, 2010).

⁷ „Das notwendige Interventionsniveau zur Stabilisierung des Systems stellt die Existenz des traditionellen Kapitalismus als freier Marktwirtschaft (*laissez-faire*) in Frage; in einer Epoche, die der Krise folgt, können die Regierungen verstärkten Einfluss auf die Wirtschaft nehmen, indem sie restriktive Regulierungen und strengere Kontrollen ausüben.” Nouriel Roubini, Stephen Mihm (2011, S. 28).

kanonisiert den Markt, die andere die Gesellschaft. Die Mehrheit der Menschen hat sich einreden lassen, dass ihnen der Staat nicht helfen kann, und dass er – wenn Hilfe versprochen wird – sowieso versagt. Viel Zeit wird vergehen, bis die Menschen sich wieder überzeugen lassen, dass man ohne einen starken Staat weder eine gute Gesellschaft noch eine effektive Wirtschaft haben kann” (Interview mit J. Sachs, 2009). Ähnlicher Ansicht ist auch Bofinger (2010), der die Bedeutung einer effektiven Bilanzierung der Rolle des Staates und des Markts in der Wirtschaft fordert.

Maciej Bałtowski (2009, S. 7) verweist wiederum darauf, dass der Kapitalismus sich in Richtung Sozialismus entwickeln könnte, was an die aus dem Jahre 1942 stammende These Schumpeters von der Transformation des Kapitalismus zum Sozialismus erinnert. Im Unterschied zu Schumpeter, der feststellte, dass der Kapitalismus keine Überlebenschance habe, und sich dessen Veränderung zum Sozialismus nicht aus dessen Niederlagen, sondern aus dessen Erfolgen ergebe, verweist Bałtowski auf die Misserfolge des Kapitalismus. Er behauptet, dass „es in den letzten Jahrzehnten zu einer spezifischen, auf den ersten Blick schwer erkennbaren Entwicklung des kapitalistischen Marktsystems in Richtung eines Systems gekommen ist, das sich durch einige elementare Eigenschaften der sozialistischen Wirtschaft auszeichnet” (Bałtowski, 2009, S. 2). Dies finde u.a. „im doktrinären Fundament des Wirtschaftssystems” seinen Ausdruck. Gleichzeitig warnt der Autor vor einem übertriebenen Glauben an die globale Regulierung der Wirtschaft. Er unterstreicht, dass aus den Erfahrungen der sozialistischen Wirtschaft einige generelle Konsequenzen hinsichtlich des Funktionierens globaler Regulatoren resultieren. Vor allem sollten sie ihre Aktivitäten nicht auf Marktersetzung konzentrieren, was immer zu entsprechend negativen Konsequenzen führe, sondern auf die Organisation des Marktversagens. Wenn der globale Regulator an seine Weisheit und seine Omnipotenz glaubt, wenn er seine konstruktivistischen Neigungen und seinen übertriebenen anthropologischen Optimismus nicht bremst, dann endet er ohne Zweifel wie der zentrale Plan im Sozialismus. Es scheint, dass die einzige Möglichkeit darin besteht, dass man *marktkonform* agiert, so wie dies die Theorie der deutschen sozialen Marktwirtschaft voraussetzt.

Diese These ist wichtig, zumal sie auf die konstitutionelle Verankerung der polnischen Wirtschaft verweist, also exakt auf die soziale Marktwirtschaft. Angesichts der sich aufgrund der globalen Krise ergebenden systemischen Dysfunktionen gewinnt die Idee der sozialen Marktwirtschaft an Attraktivität. Sie gründet nämlich auf der ordoliberalen Lehre, die auf die aus der Antike stammende Idee der „ordo” zurückgeht. Deren Wesen besteht darin, eine Ordnung zu schaffen, die der Natur des Menschen entspricht und ein wirtschaftliches Gleichgewicht garantiert. Die globale Finanzkrise spricht in gewissem Maße für die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft. Es ist nämlich charakteristisch, dass sie die größten Märkte der kapitalistischen Welt betrifft, vor allem der USA und Großbritanniens. Weniger in Mitleidenschaft gezogen werden Länder mit dem sog. skandinavischen Wirtschaftsmodell, in denen man die Ideen der sozialen Marktwirtschaft praktisch umsetzt. Dennoch dominert in der Ordnungspolitik zahlreicher Länder eher

eine neoliberale denn eine ordoliberalen Tendenz; sie basiert auf einem unkritischen Glauben an die Effektivität der Mechanismen des freien Marktes, und damit auf dem Prinzip einer Minimierung der Rolle des Staates. Diese Tendenz gibt es trotz des Verfassungseintrags und sie gilt nicht nur für Polen, sondern auch für andere Länder der EU.

Die demoralisierende Heuchelei der Verfassung

Mit der obigen Formulierung quittiert Tadeusz Kowalik die Tatsache, dass die verfassungsmäßig garantierte soziale Marktwirtschaft als verpflichtendes Modell der Wirtschaftsordnung in Polen nicht in die sozioökonomische Ordnung implementiert wurde [Dwudziestolecie..., 2011, S. 50]. Gemäß der Verfassung der Republik Polen (Art. 20) „stellt die auf der Freiheit wirtschaftlichen Handelns, auf Privatbesitz und Solidarität sowie auf Dialog und Kooperation der Sozialpartner basierende soziale Marktwirtschaft die Grundlage für die Wirtschaftsordnung der Republik dar.“ [Verfassung, 1997]. Obschon die Transformation der Wirtschaftsordnung in Polen vor mehr als 20 Jahren begann, wurden die Systemfragen bisher nicht befriedigend gelöst. Auch der Beitritt Polens zur EU im Jahre 2004 ändert nichts an dieser Einschätzung, obwohl in dem *Vertrag zu einer Verfassung für Europa* festgestellt wird, dass die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung der EU die soziale Marktwirtschaft sei, was auch im Vertrag von Lissabon aufrecht erhalten wird, durch den der Vertrag über die EU und der Vertrag über die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft geändert wurden [Vertrag, 2004].

Die Analysen zur Umsetzung des marktwirtschaftlichen Modells in Polen belegen die Verluste und die bis heute hohen sozialen Kosten (u.a. Arbeitslosigkeit, soziale Degradierung einiger Berufsgruppen, eine der in Europa höchsten Ungleichheiten bei Löhnen und Gehältern), die sich aus Fehlern der Ordnungspolitik ergeben, zum Beispiel aus der Ignoranz hinsichtlich der Erfahrungen des schwedischen Modells. Die Forschungen zu Prozessen der Systemtransformation beschreiben Mechanismen und Kräfte, die dafür sorgten, dass zu Beginn der Transformation, bei der Auswahl von Systemen in Polen das schwedische und das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft zugunsten des neoliberalen, angelsächsischen Modells, das durch den „Washingtoner Konsens“ oktroyiert wurde, nicht berücksichtigt wurden. Dies determinierte die Richtung und die Form der sozioökonomischen Veränderungen in Polen.

Vor diesem Hintergrund klingt die Aussage des letzten Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen und des ersten Ministerpräsidenten der III Republik, Tadeusz Mazowiecki, wie eine Klage oder wie *die Weisheit nach dem Schaden*: „Ich habe damit gerechnet, dass der Schwung der freien Marktwirtschaft die Sozialpolitik mitziehen würde“ [Mazowiecki 2004]. Umso mehr gibt einem die folgende Aussage Tadeusz Kowaliks zu denken: „Der an Wirtschaft desinteressierte und nichts von ihr verstehende Mazowiecki beging einen kapitalen Fehler; er suchte zwar das Vorbild in Bonn, aber man schob ihm Reformen aus Chicago und Washinton unter“ (Dwudziestolecie...,

2011,S 53). Nicht weniger drastisch ist auch die Ansicht, dass „Mazowiecki sicherlich nicht die Thesen kannte, die dem Washingtoner Konsens widersprachen, und auch nicht den Vorschlag von Sachs für die zweite Etappe der Reform, also nach der Bekämpfung der Inflation. Dies hätte den Ausgangspunkt für die notwendige Sanierung des Balcerowicz-Plans darstellen können, zumal sich nach einigen Monaten erwies, dass sich die Umsetzung des Plans bei den elementaren Indikatoren um einige hundert Prozent von den offiziellen Ausgangsannahmen unterschied.“ (*Dwudziestolecie....* 2011 S.55).

Fragen, Auseinandersetzungen und Dilemmata zur Wirtschaftsordnung gewinnen gewöhnlich in Perioden historischer, zivilisatorischer und technologischer Umbrüche, aber auch in Krisenzeiten an Bedeutung. So geschieht es auch gegenwärtig. Nouriel Roubini betont, dass die Krise über die zukünftigen Lösungswege entscheiden und den Rahmen der Wirtschaftsordnung bestimmen wird. („Crises will figure in our future“) [Roubini, S. Mihm, Economics, 2010, S.6].

Gegenwärtig werden die Ideen des Washingtoner Konsens, mit seiner Forderung nach Vereinheitlichung der Wirtschaftssysteme aufgrund der globalen Krise immer häufiger in Frage gestellt. Angesichts des Versagens dieses doktrinären Ansatzes neigt man immer stärker zu ordoliberalen Ideen – als Gegengewicht zum Neoliberalismus. Die Quintessenz des ordoliberalen Modells ist das Modell der sozialen Marktwirtschaft. Es ist ein Modell des Gleichgewichts, in dem die sozialen und wirtschaftlichen Interessen austariert werden. Aber auch dieses Modell erfordert Anpassungen an die aktuellen Bedingungen der globalen Wirtschaft – mit einem spektakulär gestiegenen Anteil des Finanzsektors. Der Ordoliberalismus entstand in der Periode vor dem Zweiten Weltkrieg. Damals war die Globalisierung noch nicht so entwickelt wie heute und es herrschte ein Modell nationaler Volkswirtschaften vor, mit einem wesentlich kleineren Finanzsektor.

Die langanhaltende globale Krise, ihr Beharrungsvermögen samt Schwankungen sowie die gegen die Krise gerichteten Maßnahmen diskreditieren das auf einer neoliberalen Doktrin fußende sozioökonomische Modell. Sie diskreditieren jedoch nicht die Vorzüge des Liberalismus als einer erhabenen Freiheitsidee. Allerdings hat der Liberalismus viele Namen. Ohne sich an dieser Stelle in definitorischen Nuancen zu verlieren, kann man mindestens drei Kategorien benennen: den klassischen Liberalismus als Fundament der klassischen ökonomischen Theorie von Adam Smith, den Ordoliberalismus und den Neoliberalismus.

Das, was diese Strömungen unterscheidet, ist das Problem der Gestaltung der Wirtschaftsordnung, der Rolle des Staates sowie des Wertesystems, inklusive des ethisch-moralischen. Im Unterschied zum klassischen Liberalismus und zum Neoliberalismus, mit der in diesen Strömungen zu Grund liegenden Annahme von der spontanen Gestaltung der Wirtschaftsordnung, wird in der ordoliberalen Theorie die Notwendigkeit erkannt, durch den Staat einen sozioökonomischen Rahmen zu

bestimmen. Den Neoliberalismus und den klassischen Liberalismus verbindet der Marktradikalismus, also die Vorstellung, dass der freie Markt als Marktmechanismus die Wirtschaftsordnung so effektiv gestaltet, dass der Staat auf die Rolle eines Nachwächters reduziert werden kann. Das, was diese beiden Strömungen unterscheidet, sind ethisch-moralische Fragestellungen. Die für den Neoliberalismus charakteristische „Säuberung“ von ethisch-moralischen Fragestellungen war eine Konsequenz aus der allgemein akzeptierten Prämisse, dass der freie Markt diese Fragestellung perfekt lösen werde.

Die Analyse des auf dem Ordoliberalismus basierenden Modells der sozialen Marktwirtschaft zeigt, dass es die Chance eröffnet, nachhaltige Fundamente für die Kohäsion und das Gleichgewicht der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft hat einen holistischen, ganzheitlichen Charakter, der der neoliberalen Doktrin, die die sozialen Fragen marginalisiert, fehlt. Auf komplexe Weise berücksichtigt diese Idee die Elemente des ungemein komplizierten Systems der sozioökonomischen Ordnung. Die Voraussetzung für eine effektive Umsetzung der ordoliberalen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft ist allerdings ihre Anpassung an die gegenwärtigen, ungewöhnlich dynamisch verlaufenden technologischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die sich u.a. aus der Globalisierung ergeben.

Resumee

Die für die Gegenwart charakteristische Unbeständigkeit, „das gestörte Gleichgewicht“ zwingt zur Suche nach neuen, zukunftsorientierten theoretischen Konzeptionen und Lösungsansätzen, die auf einen Zugang zum zivilisatorischen Wissen gerichtet sind. Wichtig ist ihre Orientierung auf die Beschränkung der Dichotomie zwischen Wissen und Vernunft sowie auf die Symbiose von ökonomischem, sozialem und ökologischem Fortschritt. Das Muster für einen solchen symbiotischen Ansatz sind die Ideen der sozialen Marktwirtschaft. Sie sind nicht neu, aber die Gegenwart scheint ihre Plausibilität zu bestätigen.

Ob und in welchem Grad sich die holistische Konzeption der sozialen Marktwirtschaft für die Praxis eignet, wird die Zukunft zeigen. Statt direkt zu antworten, werde ich mit einer Frage antworten, die auf eine Formulierung Thurows zurückgeht: „Wie soll das kapitalistische System in einer durch das intellektuelle Potenzial bestimmten Ära funktionieren, wenn man diese Potenzial nicht in seinen Besitz bringen kann?“ [Thurow, 1999, S. 29]

Eine solche Behandlung der Frage als Gegenstand der Überlegungen generiert die nächste Frage: Welche Systemlösungen können der bestmöglichen Nutzung des Wissenspotenzials dienen? Und weiter: Welche Rolle werden im Veränderungsprozess die Wirtschaftstheorie und einzelne „ökonomische Schulen“ spielen? Diese Fragen sind umso wichtiger, als die Wirtschaftswissenschaftler und die ökonomischen Theorien für die in der Wirtschaft auftretenden Dysfunktionen verantwortlich gemacht werden, auch

dafür, dass es ihnen nicht gelungen ist, die gegenwärtige Krise zu erkennen und ihr entgegenzuwirken.

Diese Fragen sind offen zu behandeln, sie sind Gegenstand weiterer Reflexionen und Diskussionen. Das Bedürfnis nach einer solchen Diskussion – unter Berücksichtigung futurologischer Reflexionen – wird immer offensichtlicher. Obwohl die These Fukuyamas vom Ende der Geschichte sowie die neoliberale Doktrin die futurologische Reflexion grundsätzlich marginalisieren, indem sie die zu regulierende Zukunft dem Mechanismus des freien Marktes überlassen, so finden gegenwärtig – angesichts globaler Probleme – das Bedürfnis nach zukunftsorientiertem Denken und Handeln sowie die Notwendigkeit nach einer strategischen Denkkultur immer breitere Anerkennung. Heute besteht Francis Fukuyama nicht mehr auf seiner einstigen These, vielmehr bewertet er den „Fetisch des freien Marktes“ kritisch und betont, dass „die erste Lehre, die aus der Krise des Umbruchs vom 2. auf das 3. Jahrtausend gezogen wurde, deren Ablehnung war. Eine der Konsequenzen aus der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 war, dass die Amerikaner und Briten das entdeckten mussten, worauf die Asiaten schon vor zehn Jahren gestoßen sind: dass offene Kapitalmärkte verbunden mit einem nicht regulierten Finanzsektor ein ausgezeichnetes Rezept für die Katastrophe sind.“ (Fukuyama, 2011)

Unter den Bedingungen der polnischen Wirtschaft erfordert die zivilisatorische Entwicklung kluge Strategien und ein System, das eine holistische Abstimmung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Interessen garantiert.

Bibliografia

1. Bałtowski M. (2009), *Gospodarka socjalistyczna w Polsce. Geneza, rozwój, upadek*, WN PWN, Warszawa.
2. Beck U. (2002), *Spółeczeństwo ryzyka. W drodze do innej nowoczesności*, Scholar, Warszawa.
3. Bofinger P. (2009), *Ist der Markt noch zu retten? Warum wir jetzt einen starken Staat brauchen*, Econ Verlag, Düsseldorf.
4. Bofinger P. (2010), *Czeka nas epokowa zmiana*, „Forum”, nr 32..
5. *Co ekonomiści myślą o przyszłości* (2009), red. J. Kleer, E. Mączyńska, A. Wierzbicki, PTE, Warszawa.
6. *Cytaty mądre i zabawne* (2001), red. H. Markiewicz, Wydawnictwo Literackie, Kraków.
7. Dwudziestolecie polskich przemian. Konserwatywna modernizacja, praca zbiorowa po red. P. Kozłowskiego, INE PAN, Warszawa 2011
8. Fukuyama F. (2011), *Nie stać nas na kapitalizm*, „Forum”, nr 17/18.
9. Kleiber M., *Mądra Polska, „Mądra Polska. Dekalog dla społeczeństwa wiedzy, umiejętności i przedsiębiorczości*
http://www.aktualnosci.pan.pl/images/stories/pliki/stanowiska_opinie/2011/02/MadraPolska.pdf
10. *Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 kwietnia 1997 r.*, Dz. U., Nr 78, poz. 483.
11. Kukliński A. (2011), *Od gospodarki opartej na wiedzy do gospodarki opartej na mądrości. Na spotkanie z enigmą XXI wieku*, „Biuletyn PTE”, nr 2.
12. Leith W. (2009), *Still looking for a free lunch*, „The Guardian”, 27.12.2009.
13. Lucas R. (2009), *Robert Lucas on economics*, „The Economist”, 6.08.2009.

14. Mazowiecki T. *Na początku jest pustka*, „Gazeta Wyborcza”, 18-19.09.2004.
15. Mączyńska E. (2011), *Dychotomia wiedzy i mądrości. Komentarz do tekstu Antoniego Kuklińskiego pt. Od gospodarki opartej na wiedzy do gospodarki opartej na mądrości. Na spotkanie z enigmą XXI wieku*, „Biuletyn PTE”, nr 2.
16. Ortega y Gasset J. (2002), *Bunt mas*, Muza, Warszawa.
17. *PlanEcon Monthly Report. Developments in the Economies of Central Europe and Russia* (2010), IHS Global Insight, Lexington, Mass., vol. XXV, nr 13–14.
18. Rifkin J. (2003), *Koniec pracy. Schyłek siły roboczej na świecie i początek ery postrykowej*, Wydawnictwo Dolnośląskie, Wrocław.
19. Roubini N. (2009), *Laissez-Faire Capitalism Has Failed. The financial crisis lays bare the weakness of the Anglo-Saxon model*, „Forbes”, 19.02.2009, http://www.forbes.com/2009/02/18/depression-financial-crisis-capitalism-opinions-columnists_recession_stimulus.html.
20. Roubini N., Mihm S. (2010), *Crisis Economics: A Crash Course in the Future of Finance*, Penguin Press, New York.
21. Roubini N., Mihm S. (2011), *Ekonomia kryzysu*, Wolters Kluwer Polska, Warszawa.
22. *Science, governments and business working together to meet the challenges of our time Future Dialogue – An international conference of leading experts and decision-makers in Berlin on October 26* (2009), Berlin, 26.10.2009, http://w1.siemens.com/press/pool/de/pressemitteilungen/2009/corporate_communication/axx20091005e.pdf.
23. Sztaba S. (1994), *Ekonomia niekonwencjonalna*, Read Me, Warszawa.
24. Taleb N.N. (2007), *The Black Swan: The Impact of the Highly Improbable*, Random House, New York.
25. Tapscott D., Williams A. (2008), *Wikinomia. O globalnej współpracy, która zmienia wszystko*, Wydawnictwa Akademickie i Profesjonalne, Warszawa.
26. Thurow L.C. (1999), *Przyszłość kapitalizmu: Jak dzisiejsze siły ekonomiczne kształtują świat jutra*, Wydawnictwo Dolnośląskie, Wrocław.
27. Toffler A. (2000), *Szok przyszłości*, Zysk i S-ka, Poznań.
28. Toffler A. (2003), *Zmiana władzy. Wiedza, bogactwo i przemoc u progu XXI stulecia*, Zysk i S-ka, Poznań.
29. Toffler A., Toffler H. (1996), *Budowa nowej cywilizacji. Polityka trzeciej fali*, Zysk i S-ka, Poznań.
30. *Towards a sustainable future* (2009), „The Economist”, 5–11.12.2009.
31. Traktat ustanawiający Konstytucję dla Europy, Dz. Urz. UE, C 310, t. 47, 16.12. 2004 r.
32. *Wall Street and the Financial Crisis: Anatomy of a Financial Collapse* (2011), United States Senate, Committee on Homeland Security and Governmental Affairs, Permanent Subcommittee on Investigations, Washington 13.04.2011.
33. *What Went Wrong with Economics. And How the Discipline Should Change to Avoid the Mistakes of the Past* (2009), „The Economist”, 16.07.2009.
34. Wywiad z A. Negrim (2010), *Marks by się uśmieł*, „Forum” 2010, nr 4.
35. Wywiad z J. Sachsem (2009), „Polityka”, 19.01.2009.
36. Wywiad z M. Kleiberem (2011), *Prof. Kleiber zaprasza do debaty nad „Mądrą Polską”*, 15.02.2011, http://www.naukawpolsce.pap.pl/palio/html.run?_Instance=cms_naukapl.pap.pl&_PageID=1&s=szablon.depesza&dz=MADRAPOLSKA&dep=379758&data=&lang=PL&_Checksum=-639034386.

Theo Mechtenberg

Zur Aktualität von Józef Tischners „Etyka Solidarności“

Am Ende seiner 19 Betrachtungen zur „Ethik der Solidarität“ (ET) notiert der 2000 verstorbene Philosoph und Priester Józef Tischner: „Der Text entstand in einer drängenden Zeit und war eine spontane Antwort auf das, was geschieht.“ (140) Diese Aussage hat Konsequenzen für unsere Frage nach der Aktualität der von Tischner 1980/81 verfassten Schrift. Sie steht in einem unmittelbaren Bezug zur damaligen Zeit mit ihren spezifischen Problemen. Das bedeutet, dass sich ihre Aussagen mehr als dreißig Jahre danach nicht eins zu eins auf unsere anders geartete Situation einer demokratischen, kapitalistischen und zugleich globalisierten Gesellschaft übertragen lassen. Zudem kann nur aktualisiert werden, was zuvor verstanden wird. Daher gilt es in einem ersten Schritt, sich jener „drängenden Zeit“ zu erinnern.

Als sich Józef Tischner im Anschluss an seine vor einer Delegation der Solidarność in der Krakauer Wawel-Kathedrale am 19. Oktober 1980 gehaltenen Predigt daran machte, den in ihr enthaltenen Grundgedanken einer solidarischen Ethik im Einzelnen auszuführen, war das Scheitern des polnischen sozialistischen Experiments offenkundig. Jeder spürte dies am eigenen Leib, der in einer Schlange stundenlang in der Hoffnung ausgeharrt hatte, ein Stück Schinken zu erwerben, um damit mit einem unwürdigen Glücksgefühl nach Hause zurückzukehren. Am Abend konnte er dann vor dem Fernseher erleben, wie die auf Kredit im Westen erworbenen Investitionsgüter unter freiem Himmel verrotteten, weil nach den undurchsichtigen Gesetzen der Planwirtschaft das dazu erforderliche Fabrikgebäude nicht einmal im Rohbau fertig war. Oder er begab sich in eines der Filmtheater, um sich Wajdas „Der Mann aus Marmor“ anzusehen, ein Film, der die Besucher immer wieder zu bitteren Lachsalven verleitete, wenn der damalige Propagandaslogan „Polak potrafi“, der Pole kann's, mit der wirtschaftlichen Misere in einem deutlichen Kontrast stand.

Andererseits erlebte Polen zu jener Zeit mit der Papstwahl des Krakauer Kardinals Karol Wojtyła am 16. Oktober 1978 und seiner ersten Pilgerfahrt in seine Heimat im Jahr darauf eine die gesamte Nation erfassende Solidarisierung, die der im August 1980 gegründeten Solidarność nicht nur voraus ging, sondern die sie im Grunde erst ermöglicht hat. Auf diese ebenso spannungsreiche wie widersprüchliche Situation gibt Tischner mit seiner „Ethik der Solidarität“ eine, wie er schreibt, „spontane“ Antwort.

Tischners Auseinandersetzung mit dem Marxismus

Diese Antwort hat neben der Bedingtheit durch die kurz skizzierten äußeren Umstände noch eine, gleichsam innere Voraussetzung: Tischners intensive Auseinandersetzung mit dem Marxismus und seiner Ausprägung in dem in Polen herrschenden Sozialismus. Das Ergebnis seiner in den Jahren 1977-1980 erarbeiteten Kritik veröffentlichte er 1981 in Paris unter dem Titel „Polski kształt dialogu“, wörtlich übersetzt „Die polnische Form des Dialogs“. Der Band erschien 1982 in deutscher Übersetzung unter dem Eindruck des

von General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 verhängten Kriegsrechts unter dem abgeänderten Titel „Der unmögliche Dialog“ (UD).

Es überrascht schon, dass sich Józef Tischner zu einer Zeit mit dem Marxismus kritisch auseinandersetzt, als das sozialistische System bei der Bevölkerung jeglichen Kredit eingebüßt hatte. Anders als jene, die auf den abgewirtschafteten Sozialismus keinen weiteren Gedanken verschwenden wollten, hielt Tischner die Antwort auf die seiner Meinung nach ungelöste Frage „Was ist eigentlich Marxismus, was Sozialismus?“ (UD 14) für dringlich. Und dies aus zwei Gründen: Zum einen war Tischner davon überzeugt, dass der Sozialismus trotz aller Ablehnung in manchen seiner Grundauffassungen den Menschen „in Fleisch und Blut“ übergegangen sei. So fragt er: „Kann man durch einen Nebel tappen, ohne naß zu werden? Alle wurden wir ein wenig feucht, die einen mehr, die anderen weniger, die einen mit, die anderen ohne Vergnügen.“ (UD 13) Diese Infizierung in der Breite der Gesellschaft verlange nach Klärung. Noch wichtiger war ihm ein zweiter Grund: Tischner scheut sich nicht, den Sozialismus für Polen „eine Notwendigkeit“ zu nennen, an dessen „Zerstörung“ der Kirche nicht gelegen sein könne. Vielmehr gehe es darum, das dem Sozialismus immanente und von ihm verratene Ethos zu retten. „Hat sich – so fragt er – die Idee einer Solidarität der arbeitenden Menschen im Namen der Befreiung von der Last der Ausbeutung - spurlos verloren?“ (UD 17) Um die Rettung dieses Ethos ging es Tischner letztlich in seiner Schrift „Der unmögliche Dialog“. Er appelliert an die „in Polen Verantwortlichen“, sich die „Kernfrage“ bewusst zu machen: „Der Sozialismus wird entweder ein ethischer Sozialismus sein, oder er wird überhaupt nicht sein.“ (UD 18) Ihn beseelte damals noch die Hoffnung, Marxisten und Christen könnten über diese „Kernfrage“ einen Dialog führen, nachdem bislang diese „beiden die Beglückung des Menschen erstrebenden Richtungen“ immer nur miteinander in Streit gelegen hatten. „Es ist – so sagt er – ein tragisches Paradox, daß die Begegnung dieser beiden Richtungen das menschliche Unglück vergrößerte, statt es zu verringern. Vielleicht ist die Zeit gekommen, dieses tragische Paradox umzukehren? Und vielleicht sind gerade wir das Land, in dem die Praxis solcher Umkehrung tragischer Paradoxe der Theorie vorausgeht.“ (UD 19)

Die marxistische Philosophie der Arbeit

Tischner sieht den Kern des Marxismus in dessen Philosophie der Arbeit. Aus dem ihr zugrunde liegendem Ethos beziehe er seine Faszination: „Dieses Ethos war – wie Tischner schreibt – vom Imperativ eines konsequenten Kampfes um die Befreiung menschlicher Arbeit vom Joch der Ausbeutung bestimmt.“ Es „war diese besondere Art ethischer Sensibilität für die Fragen der Arbeit, aus der der Marxismus erwuchs und womit er bei seinen Adressaten ein Echo fand.“ (UD 31f.) Konkret besteht das marxistische Ethos in der Aufhebung der durch Gewinnmaximierung der Kapitalisten bedingten Ausbeutung, wobei die Sozialisierung der Produktionsmittel gleichsam als Stein der Weisen diese Aufhebung bewirken soll.

Doch nach seiner anfänglichen Faszination sieht Tischner im Sozialismus zugleich seine spätere Krise begründet, weil er seinem Anspruch nicht gerecht wurde. Er vermochte es nicht, die Ausbeutung zu beseitigen, sondern verlieh ihr lediglich eine andere Form. Der Sozialismus wurde mit seiner Philosophie der Arbeit geradezu zu ihrer „Quelle“, und zwar weniger einer „ökonomischen“ als vielmehr einer „moralischen“ Ausbeutung. Die neue, sozialistische Form der Ausbeutung ist nach Tischner „eine direkte Manipulation des Menschen als solchen, seiner Beziehung zu anderen wie zu sich selbst. [...] Er vergeudet Kraft und Zeit, die elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen. Er leidet an einem Übermaß an unnötigen, sinnlosen Tätigkeiten, unter einem ständigen Zeitdruck. Er lebt in einer Welt propagierter Lüge.“ (UD 93f.) Nach der ursprünglichen Faszination wurde diese Erfahrung für viele Marxisten zum Anlass, sich vom Marxismus wieder abzuwenden. „War einst – so Tischner – der Grund für ihren Übertritt ins Lager der Marxisten das ethische Motiv der Ausbeutung der Arbeit, so erweist sich dasselbe Motiv nun als Grund für ihren Bruch.“ (UD 62)

Doch Tischners Kritik zielt noch tiefer. Er sieht den Grundirrtum des Marxismus darin, dass er die Arbeit zum Höchstwert stilisiert. Sie ist es nämlich, die nach marxistischer Auffassung den Menschen erst zum Menschen macht, die ihn allein „vermenschlichen“ bzw. „entmenschlichen“ kann. „Wenn – so schreibt er – der Kampf um die Befreiung der Arbeit die höchste ethische Aufgabe ist, dann muß die politische Einschätzung als ethisches Kriterium gelten.“ Die Konsequenz sei dann, dass jedes Mittel recht ist, das diesem Ziel dient. Daraus resultiere „eine Praxis der Gewalt und der Barbarei“, die im Sozialismus ihre „geschichtliche Legitimierung“ fände. (UD 137) Es verstehe sich daher, dass das marxistische Ethos für einen Christen inakzeptabel sei. Doch trotz dieser radikalen Kritik hält Tischner an der Hoffnung auf eine Welt frei von Ausbeutung fest. Und er fragt, wer für diese Hoffnung die Verantwortung übernimmt: „Wer nimmt das Werk einer ethischen Kritik der bestehenden Welt auf sich [...]?“ (UD 140)

Tischners Ethik der Solidarität

Tischners „Ethik der Solidarität“ ist in gewisser Weise die Antwort auf diese Frage. Dabei haben die in dieser Schrift zusammen gefassten philosophischen Reflexionen „Polski kształt dialogu“ zur Voraussetzung. Und dies in mehrfacher Hinsicht. So ist die für „Polski kształt dialogu“ zentrale Frage nach dem, was Arbeit bedeutet und nicht bedeutet, auch für seine „Ethik der Solidarität“ der bestimmende Leitfaden. Er sieht in ihr die „Achse der Solidarität“, das „Schlüsselproblem“ einer solidarischen Ethik. (ES 26) Die scheinbar in einer losen Folge stehenden Betrachtungen bauen auf der „grundlegenden Idee der Arbeit“ auf, die Tischner als „Gespräch im Dienst des Lebens“ definiert. Er entfaltet in Analogie zum Dialog die vielfältige kommunikative Struktur der Arbeit in Form einer Solidargemeinschaft arbeitender Menschen, in der sämtliche Mit-Arbeitenden miteinander verbunden sind und sich gleichsam durch ihre Arbeit verständigen. Und so wie die mitmenschliche Verständigung durch die Lüge gefährdet ist, so auch die Arbeit. „Eine Arbeit, die lügt“, nennt Tischner „Ausbeutung“. (ES 31)

Diese hier kurz zusammen gefassten Gedanken zur Arbeit entwickelt Tischner im 3. Kapitel. Voraus gehen die Betrachtungen zur „Gemeinschaft“ und zum „Dialog“. Beide bilden das Fundament für Tischners Arbeitsverständnis – die Gemeinschaft als eine Solidarität der Pro-Existenz, in der das „Für ihn“ Vorrang hat vor dem „Wir“ (ES 20), der Dialog als „Dialog der Solidarität“ und der „wachen Gewissen“, dem „es vor allem um die Wahrheit über das unnötige Leid der arbeitenden Menschen“ geht, ein Leid, das seinen Grund in einer Misswirtschaft hat, durch die die Arbeit um ihren Sinn gebracht wird. Tischner sieht in solcher „moralischen Ausbeutung“ eine „Form des Verrats am Menschen“. (ES 41) und zugleich den legitimen Grund für Streiks. (ES 127)

Mit logischer Stringenz greift Tischner in der Abfolge seiner philosophischen Reflexionen immer wieder auf die „Arbeit“ zurück, ob er nun die „Illusion“ entlarvt, sämtliche Formen der Ausbeutung könnten durch die „'Aufhebung' des Privateigentums an Produktionsmitteln“ beseitigt werden (ES 47) oder ob er die Knechtung der „Wissenschaft“ durch den „Organisator“ kritisiert, der sich zum 'Eigentümer' wissenschaftlicher Arbeit“ macht und dadurch den Wissenschaftler moralisch ausbeutet. (ES 56)

Die „Ethik der Solidarität“ lässt sich zudem als Reinigung grundlegender, vom Sozialismus ideologisch okkupierter und verfälschter Grundbegriffe lesen. Dabei bedient sich Tischner der phänomenologischen Methode, indem er von der Wahrnehmung der unmittelbaren Wirklichkeit ausgeht, sich in Auseinandersetzung mit ihrer ideologischen Vereinnahmung zu ihrem Sinngehalt vortastet und ihren jeweiligen moralischen Anspruch offenlegt. Damit hat Tischner für seine Zeit den Weg gewiesen, anstelle der Lüge in der Wahrheit zu leben. Mit seiner „Ethik der Solidarität“ hat er das mit Solidarność verbundene Ethos als ein auf der Würde des Menschen basierendes Ethos verdeutlicht und so im Gewissen verankert.

Ist Tischners „Ethik der Solidarität“ heute noch aktuell?

Ich habe eingangs ausgeführt, dass sich Tischners „Ethik der Solidarität“ nicht eins zu eins für unsere anders geartete gesellschaftspolitische Situation gelten kann. Diese Einschränkung schließt jedoch nicht aus, dass einzelne Ausführungen durchaus für uns heute bedenkenswert sind. So ist Tischners in Analogie zum Dialog entwickeltes kommunikatives Arbeitsverständnis von bleibender Aktualität. Es erlaubt, die im Arbeitsprozess vielfältig vernetzten Menschen als eine auf Vertrauen und Verlässlichkeit basierende Solidargemeinschaft zu erfassen und die verschiedenen Formen ihrer moralischen Deformierung zu benennen.

Ein weiterer, Allgemeingültigkeit beanspruchender Punkt ist Tischners Kritik an Formen der Vergesellschaftung. Er hält es für eine „Illusion“, allein durch Vergesellschaftung privaten Eigentums die Gemeinnützigkeit zu garantieren. Natürlich hat er hier die sozialistische Theorie und Praxis vor Augen, an der er verdeutlicht, wie sich das „radikale 'Ich habe' [...] in ein nicht minder radikales 'Du hast nicht'“ umwandelt. (ES 47) Vergesellschaftung ist damit nach Tischner eine nur illusorische

gemeinschaftliche Eigentumsform. Sie sei nicht per se gemeinnützig. Ob Eigentum, privat oder vergesellschaftet, in Wahrheit gemeinnützig ist, entscheidet sich nach Tischner an der Frage, ob es der Gemeinschaft tatsächlich dient.

Nehmen wir ein drittes Beispiel, Tischners Gedanken zur „Revolution“. Ihr voraus gehe „ein Bewußtsein der Erniedrigung der Menschenwürde“, das allerdings in der Gefahr einer vom „Prinzip der Vergeltung“ (ES 84) diktierten Rebellion stehe. Tischner sieht in der Revolution das Ethos einer moralischen Anklage derer, die für diese Erniedrigung verantwortlich sind, wobei die Revolutionäre zugleich „die Verantwortung für die Verwirklichung der Hoffnungen der Unterdrückten“ zu übernehmen hätten. (ES 87) Entscheidend für das Gelingen einer Revolution sei nicht der bloße Machtwechsel, sondern „das Verschwinden des früheren Untertanen“, also ein neuer Mensch, mündig und von Angst befreit. Auch wenn sich Tischner in diesem Zusammenhang nicht expressis verbis für Gewaltfreiheit ausspricht, so vermerkt er doch, dass eine Revolution „umso authentischer (ist), je weniger Blut sie kostet.“ (ES 87)

Tischner erwähnt in seinem der „Revolution“ gewidmeten Kapitel die Solidarność mit keinem Wort, was eigentlich verwundert. Aber das von ihm eingeforderte revolutionäre Ethos ist sicher auch und vor allem an sie adressiert. Und setzt man seine Aussagen zu den Ereignissen des Epochenjahrs 1989 in Bezug, dann erkennt man, dass eben dieses Ethos jenen Ereignissen immanent war, die – von Rumänien einmal abgesehen – zur unblutigen Überwindung der kommunistischen Systeme in Mittel- und Ostmitteleuropa geführt haben.

Um die Aktualität von Tischners „Ethik der Solidarität“ zu ermitteln, reicht es jedoch nicht aus, die einzelnen Kapitel nach Aussagen zu durchforsten, die unabhängig von ihrem spezifischen gesellschaftspolitischen Kontext Gültigkeit beanspruchen. Dazu ist ein weiteres Verfahren erforderlich, das darauf abzielt, nach Art des Tischnerschen Denkens Grundbegriffe unserer Gesellschaft wie Markt, Kapital, globale Finanzströme u. ä. zu hinterfragen, die in „Ethik der Solidarität“ verständlicherweise keine Rolle spielen.

Józef Tischner hat in beeindruckender Weise Leben und Denken in sich vereint. Von ihm stammt die oft wiederholte Selbstaussage „Zuerst bin ich Mensch, dann Philosoph, dann lange, lange nichts, und erst dann Priester.“ Damit ist natürlich nicht die Banalität einer chronologischen Abfolge seiner Lebensstationen gemeint; auch nicht eine Abwertung seines Priestertums, das er durchaus ernst genommen hat. Gemeint ist vielmehr, dass er vor jeder weiteren geschlechtlichen, nationalen oder religiösen Selbstdefinition „Mensch“ ist, was impliziert, dass er das Menschsein mit allen anderen Menschen teilt, unabhängig von allen sonstigen Unterscheidungskriterien. Aus diesem primären Selbstverständnis ergibt sich für Tischner die Frage nach dem, wer und was der Mensch ist, im Guten wie im Bösen. Ihr geht er in seinen philosophischen Erwägungen nach, die dann in seiner Erfahrung als Priester ihre Rückbindung finden.

Eine Aktualisierung seiner „Ethik der Solidarität“ würde im Sinne von Józef Tischner wohl darin bestehen, „das Werk einer ethischen Kritik“ unserer Welt auf uns zu nehmen, wie dies Tischner formuliert, für seine Zeit eingefordert und für seinen Teil auch geleistet hat. Dies gilt sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und globaler Ebene.

Unter nationalem Aspekt haben wir uns mit unseren eigenen Verhältnissen zu befassen. Dabei scheint es auf den ersten Blick wenig Anlass zu einer „ethischen Kritik“ zu geben. Schließlich haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes die Bundesrepublik als verfassungsmäßigen Sozialstaat definiert, und das heißt nichts anderes, als dass unser Gesellschaftssystem und Staatswesen als eine institutionalisierte Form von Solidarität zu verstehen ist. Das bedeutet konkret, dass sich die Gestaltung unserer Gesellschaft am Solidaritätsprinzip ausrichten muss, also kein gesellschaftlicher Bereich, auch nicht die Wirtschaft, um bei diesem Beispiel zu bleiben, von dieser Verpflichtung ausgenommen ist.

Die soziale Verpflichtung der Wirtschaft besteht sowohl darin, die materiellen Bedürfnisse der Bürger zu befriedigen, als auch darin, den Staat in die Lage zu versetzen, seinen sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Ihre Leistungskraft bildet die Grundlage für den Bestand und die Funktionsfähigkeit unserer Sozialsysteme. Damit trägt sie dazu bei, die Lebensrisiken von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter abzusichern. Dabei darf allerdings die Sozialverpflichtung von der Wirtschaft nicht als eine unangenehme Last verstanden werden, der man sich nach Möglichkeit zu entledigen sucht.

Die Wirtschaft bildet zudem eine unabdingbare Voraussetzung für die Verteilungsgerechtigkeit, wie sie durch Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt oder auch von letzteren durch Streiks erstritten wird. Sie ist zudem ein solidarischer Grundpfeiler der Teilhabegerechtigkeit, indem die Wirtschaft Arbeitsplätze schafft und damit die Möglichkeit, dass der einzelne sein Leben aus eigener Kraft gestalten kann. Hier ist allerdings kritisch zu fragen, ob sich die in der Wirtschaft Verantwortlichen dieser solidarischen Verpflichtung genügend bewusst sind. Seit Jahren zeigt sich ein tendenzieller Anstieg eines Arbeitskräfteabbaus durch Rationalisierung und Verlagerung der Produktion in Lohnbilligländer. Nicht immer ist die Begründung überzeugend, dass derlei Maßnahmen notwendig seien, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Oft geht es um bloße Gewinnmaximierung. So hat, um ein Beispiel zu wählen, der finnische Konzern Nokia 2008 gegen massive Proteste und trotz guter Gewinne 2008 das Bochumer Werk geschlossen und die Produktion nach Rumänien verlagert, um für die Aktionäre noch höhere Renditen erwirtschaften zu können. Wer so handelt, übt Verrat am wirtschaftlichen Ethos.

„Das Werk einer ethischen Kritik“ unserer Welt betrifft indes nicht nur die Wirtschaft, auch nicht nur die für die gesellschaftliche Gestaltung verantwortlichen Politiker, die über die Höhe von sozialen Transferleistungen zu entscheiden haben. Auch der einzelne

Bürger muss sich fragen, inwieweit die Solidarität in seinem Bewusstsein oder, um mit Tischner zu sprechen, in seinem Gewissen verankert ist. Durch ihre Institutionalisierung dürfte sie für manchen in eine abstrakte Ferne gerückt sein, wobei der einzelne dazu noch im konkreten Fall die Solidarität als bürokratischen Akt und kaum einmal als persönliche Zuwendung erfährt. So könnte es sein, dass die Solidarität durch ihre Institutionalisierung, so notwendig diese auch ist, im Bewusstsein der Bürger kaum mehr präsent ist. Hier tut, auch im Sinne von Tischner, Aufklärung Not, um das unserem Sozialsystem eigene Ethos der Solidarität als Element wahrer Menschlichkeit bewusst zu machen.

„Das Werk einer ethischen Kritik“ unserer Welt gilt des Weiteren für die europäische Ebene. Auch hier begegnet uns Solidarität in einer gesetzlichen, institutionalisierten Form. Im Lissaboner Vertrag ist sie mehrfach festgeschrieben. Zudem enthält er eine eigene Solidaritätsklausel, die die Mitgliedstaaten im Falle von Naturkatastrophen und Terroranschlägen zu gegenseitiger Hilfe verpflichtet. So gesehen versteht sich auch die Europäische Union, ähnlich wie unser Sozialstaat, als Solidargemeinschaft. Was das konkret bedeuten kann, wird uns derzeit durch die Griechenlandkrise und den Angriff starker Finanzmächte auf den Euro unliebsam vor Augen geführt. In diesem Zusammenhang muss sich nicht allein Griechenland einer „ethischen Kritik“ stellen. Auch die anderen Mitgliedstaaten sind in die krisenhafte Schuldenfalle geraten. Sie alle haben, die einen mehr, die anderen weniger, mit der Verletzung der Stabilitätskriterien im Grunde die Solidarität der Gemeinschaft verletzt.

Der Angriff auf die Stabilität des Euro und die kostspieligen Abwehrmaßnahmen der Gemeinschaft lenken unseren Blick als letztes auf die globale Ebene. Hier erscheint „das Werk einer ethischen Kritik“ am dringlichsten, kann doch, zumal was den Finanzsektor betrifft, von einer Solidarität auf Weltebene kaum die Rede sein. Mit dem Ende der kommunistischen Systeme in Europa schien es manchem, dass nunmehr die Zeit für weltweiten Wohlstand und Frieden gekommen sei. Dies zumindest war die Vision des amerikanischen Politologen Francis Fukuyama mit seinem 1992 erschienenen Buchtitel „Das Ende der Geschichte“. Mit der Überwindung des Systemwiderspruchs von Sozialismus und Kapitalismus sei nun der Weg frei für weltweite Formen von Demokratie und Marktwirtschaft mit den entsprechenden positiven Effekten für die Menschheit. Heute wissen wir, dass er sich gehörig geirrt hat. Wenngleich im Kalten Krieg der freie Westen den Sieg davon getragen hat, so fehlt doch nun, wie es scheint, der Sozialismus als wirksames Korrektiv zum Kapitalismus. Gleichsam zügellos und unzählbar treiben die Finanzjongleure ihr Spiel. Da werden faule Kredite zu Paketen geschnürt, mit einem phantasievollen Namen versehen und mit dem Versprechen hoher Renditen auf den Markt geworfen, wobei die Anbieter zugleich darauf wetten, dass sich ihre Ware als Flop erweist. Während sie sich auf doppelte Weise bereichern, treiben sie andere in den Ruin. Ihnen ist es egal, durch ihr Finanzgebaren eine weltweite Krise auszulösen. Welche Konsequenzen dies für unser Land gehabt hat, haben wir schmerzlich erleben müssen und erleben es weiter. Für die Milliardenverluste, die

einzelne unserer Banken zu verzeichnen hatten, mussten die Steuerzahler aufkommen – ganz nach dem Motto: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Wir erleben zur Zeit, wie das scheinbar anonyme Kapital unser Schicksal bestimmt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden; dass eine Entwicklung in den USA auf Europa übergreift, bei der die Reallöhne bei steigendem Bruttoinlandprodukt dennoch fallen und die Zahl der „working poor“, der Menschen, die von Ihrer Arbeit nicht leben können, wächst. Angesichts dieser Situation ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich Karl Marx als ein „Wiedergänger der Geschichte“ erweisen könnte. Seine Sätze aus dem „Kapital“ klingen so, als wären sie heute geschrieben: „Man hat gesehen, wie Geld in Kapital verwandelt, durch Kapital Mehrwert und aus Mehrwert mehr Kapital gemacht wird. Indes setzt die Akkumulation des Kapitals den Mehrwert, der Mehrwert die kapitalistische Produktion, diese aber das Vorhandensein größerer Mengen an Kapital und Arbeitskraft in den Händen von Warenproduzenten voraus.¹ Wenn an diesen Sätzen etwas nicht als zeitgemäß erscheint, dann ist es „das Vorhandensein größerer Mengen an [...] Arbeitskraft“. Die braucht es nicht einmal mehr, hat sich doch das Kapital längst aus seiner sinnvollen Bindung an die Arbeit gelöst.

Wollen wir nach unseren Erfahrungen mit sozialistischen Systemen eine Wiederkehr von Marx verhindern, dann ist es an der Zeit, die Kapitalflüsse aufgrund einer „ethischen Kritik“ verbindlichen Regelungen zu unterwerfen und Solidarität auf globaler Ebene zu praktizieren. Dieses Postulat ist trotz UNO und Weltwährungsfonds derzeit immer noch eine Utopie, doch birgt die gegenwärtige Krise die Chance, ihre Realisierung voranzutreiben.

¹ Hier zitiert nach Reinhard Marx, Kapital, München 2008, S. 291.

Michael Wiersing-Sudau
Georgische Avantgarde

In den letzten Jahren der Sowjetära und insbesondere im letzten Dreivierteljahr der Existenz der UdSSR ergriffen nach und nach alle ihre Republiken die Chance, Eigenstaatlichkeit herzustellen. Die baltischen Länder waren die Avantgarde: Von Beginn ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen an durch eine starke internationale Lobby unterstützt, konnten sie einen Vorsprung gegenüber den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken aufbauen, der uneinholbar war und sie heute aus einer vergleichenden Betrachtung quasi ausschließt.

Die verbleibenden zwölf ehemaligen Republiken haben in den zwei Jahrzehnten seit Anfang der 1990er Jahre ganz andere Schicksale durchgemacht. Der Gruppe stabiler Diktaturen in Bjeloruß, Aserbaidshan, Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan stehen autoritäre Regierungen in der Ukraine, Armenien und Tadschikistan zur Seite. Auch Russland gehört zu diesen Staaten: Das Land bietet zwar heute mehr Freiheiten als vor 30 Jahren. Doch mit einer erneut de facto Einheitspartei - der man beitreten muss, wenn man politisch etwas erreichen möchte -, mit den gleichen Regierungschefs über Jahrzehnte und der „Rückkehr“ der Dissidenten als feste Größe knüpft das größte Land der Erde erneut an schlechte Traditionen an. Weiterhin gibt es Kirgisistan und Moldova, die in den letzten Jahren beide mehr Demokratie wagten, aber wirtschaftlich so schwach sind, dass sie in ständiger Abhängigkeit zu ihren nahen und fernen Nachbarn stehen. Und dann gibt es Georgien.

Die Kaukasusrepublik verlor in den Wirren der letzten Sowjetjahre nicht zuletzt aufgrund eines übertriebenen Nationalismus Südossetien und Abchasien. Keine überraschende Entwicklung, denn Abchasien hatte in den 1930er Jahren den Status einer Sowjetrepublik inne gehabt und Moskau zuletzt 1978 gebeten, Unabhängigkeit von Tbilisi zu erhalten. Zwar schien der georgische Präsident Schewardnadse – unter Gorbatschow Außenminister der UdSSR – das Land nach den turbulenten 1990er Jahren wieder in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Doch mit dem Expräsidenten verhält es sich wie mit Gorbatschow: Die Meinungen des Westens über ihn einerseits und die der Menschen im Land andererseits klaffen erheblich auseinander. In Deutschland damals als großer Humanist angesehen, sucht man in seiner Heimat jene, die ein gutes Wort für Schewardnadses Regierungszeit übrig haben. Junge Georgier wachsen inzwischen häufig in Elternhäusern heran, in denen Stalin und der ehemalige georgische Präsident gleichermaßen als Tyrannen bezeichnet werden.

Micheil Saakaschwili kam 2005 mit einer Vision der Veränderung Georgiens an die Macht. Wie in anderen, zumal kleinen Sowjetrepubliken musste man - Oligarchen und allgemein Superreichen zum Trotz - bis dahin auch in Tbilisi mit überwiegend verschlissenen Gebäuden, kaputten Wegen und alle anderen Begleiterscheinungen wirtschaftlichen Mangels leben. Georgien bestätigt heute auch einerseits die bekannte Erfahrung aus anderen ehemaligen Sowjetrepubliken: Für das Land wurden wie in

Kasachstan und Aserbaidshan internationale Stararchitekten eingekauft, um mit modernen Gebäuden zu punkten. Jedoch, wo die beiden anderen Staaten in ihrer Entwicklung Halt machten, ging Georgien offensichtlich weiter.

Und das illustriert am Besten die Hauptstadt. Tbilisi, die georgische Hauptstadt, wird auch zu Zeiten der UdSSR nicht unattraktiv gewesen sein, heute wirkt das Zentrum mithin zunehmend eindrucksvoll. „Tbilisi – the city that loves you“ wirbt das georgische Fremdenverkehrsbüro (Slogan: „Europe started here“), und der Besucher kann sich damit in der Tat geschmeichelt fühlen: Altstadtgassen mit edlen und trendigen Restaurants und Cafés lassen keinen Unterschied mehr zum Mittelmeerraum erkennen, Museumsgebäude erscheinen stolz und modern und ganze Straßenzüge werden ansprechend saniert.

Mit den Altstädten der Hauptstädte in Ost und West kann Tbilisi inzwischen mithalten. Passend kurz vor der Parlamentswahl im Herbst 2012 eröffnete eine Aufsehen erregende Seilbahn und die „Public Service Hall“ – eine Art Bürgerberatung und Standesamt in einem – in der freundliche junge Damen, allesamt wie Stewardessen gekleidet, die Bevölkerung zur richtigen Anlaufstelle lotsen; eine Vorstellung von Kundenberatung, von der die Mehrzahl der GUS-Republiken Welten entfernt scheint.

Die Stadt hat touristisches Potential, das jetzt erstmals nach Jahrzehnten auch für anspruchsvolle oder auch für überwiegend nur spaßorientierte Reisende aus dem Westen attraktiv ist. Natürlich ist es im Rahmen der Veränderungen in Tbilisi auch zu dubiosen Geschäften gekommen. Woher das Geld für diese Großprojekte stammt, ist ein Staatsgeheimnis. Altstadt-Substanz wurde für das Errichten neuer Gebäude zerstört, funktionierende Einwohnermeldeämter gab es hingegen auch schon früher. Und selbst im Zentrum gibt es immer noch dunkle, prekär anmutende Unterführungen.

Dennoch geht das Konzept der georgischen Regierung der letzten acht Jahre im Großen und Ganzen auf: Es ist die radikale Hinwendung zum westlichen Dienstleistungsverständnis, begleitet durch demonstrativ zur Schau gestellte Transparenz und den Bau oder die Sanierung erhebender Architektur für das Gemüt.

Die Entwicklung der Hauptstadt in den letzten Jahren ist dabei ein Signal für drinnen und draußen: Selbst in Kleinstädten sind attraktive staatliche Verwaltungsneubauten entstanden, Brücken sehen originell und modern aus, der Staat hat private Bauherren überholt. Getreu dem Anspruch der Regierung, totale Transparenz des öffentlichen Apparates wenigstens scheinbar herzustellen, sind vielerorts gläserne Polizeidienststellen entstanden, die nachts innen beleuchtet sind. Es bleibt viel zu tun, an historischen Gebäuden wurde außer der Fassade häufig noch nichts restauriert, aber immerhin: das, was sich getan hat, ist meist auch gut.

Das georgische Reform-Projekt hat die Menschen auf dem Land nur begrenzt erreicht. In der Tat sehen die Dörfer an der Grenze zu Aserbaidshan, in denen die Bevölkerung

weder Georgisch noch ausreichend Russisch spricht, de facto auch nicht besser aus als irgendwo anders im ländlichen Raum der GUS. Nämlich arm und heruntergekommen und seit 20 Jahren ohne Programm von Kulturveranstaltungen im ehemaligen „Club“.

Dennoch finden in Georgien seit 2005 die größten Veränderungen seit geschätzt 70 Jahren statt. Während die Kapitale und größere Städte sich modernisieren, werden langfristig davon auch die aserbaidischen Dörfer Georgiens profitieren. Mittlerweile auch in ganz anderer als in bauästhetischer Hinsicht: Die in den letzten 15 Jahren ausgewanderten georgischen Aserbaidischen kehren – aus Aserbaidisch! – wieder in ihre Dörfer in Georgien zurück, weil sie meinen, dass ihnen die Heimat jetzt bessere Chancen bietet.

Das heißt nicht, dass alle wirtschaftlichen Probleme beseitigt wurden. Viele Georgier sehen nach wie vor keine Zukunft in ihrem Land, in dem sie 14 Stunden am Tag arbeiten und man froh über jeden Job sein muss. Warum aber ist in Georgien dennoch – unabhängig vom Staat – eine Art von Reform am Aufgehen, während andere Länder dies nicht vermögen? Wie erklärt sich der spürbare Kontrast zwischen Georgien und den ehemaligen Bruder-Republiken ?

Offensichtlich dadurch, dass das neue Erscheinungsbild den gesellschaftlichen Umbau begleitet und sich beide ergänzen. Der 2005 begonnene Prozess hat die Georgier wählerischer werden lassen – und vielleicht politisch reifer, als von denen gewünscht, die diesen Vorgang angeschoben haben. Anlässlich der Parlamentswahlen vor sechs Monaten gab es einerseits die Wähler, die Saakaschwilis Leistung Anerkennung zollten und andererseits jene, die meinten, dass der Dankbarkeit genüge ist und die Opposition wählten.

Setzt sich dieser Trend bei den Präsidentschaftswahlen in sechs Monaten fort, wäre genau diese Einstellung ein Glücksfall für die georgische Demokratie: Durch die Wahl annähernd gleichstarker Kräfte bei den Parlamentswahlen im Oktober 2012 könnte Georgien die vollständige geordnete Übergabe nach der Wahl des Präsidenten im Oktober 2013 gelingen. Das wäre ein Ereignis, wie es in den letzten zehn Jahren praktisch nicht in den GUS-Staaten zu erleben war. Die Voraussetzungen für eine langfristige Demokratie geschaffen zu haben, ist unbestritten eine Leistung. Ob sie in Georgien langfristig verankert wird, hängt in einem halben Jahr aber ganz außerordentlich von dem Verhalten der Wähler ab. Die erstaunliche Wandlung, die Georgien und speziell Tbilisi in den letzten Jahren von ehemaliger Sowjetrepublik zu modernem Staat nach westlichem Design durchlebt haben, stimmt jedenfalls hoffnungsvoll für Land und Leute.

Der Staat ist hierbei ein Paradebeispiel dafür, wie heute wirklich dramatische, Aufsehen erregende, gesellschaftliche Veränderungen nicht in den USA oder allgemein im Westen stattfinden, sondern anderswo. Bedauerlich, dass die westliche Welt sich vor allem mit der Analyse ihrer selbst begnügt und die Zahl wissenschaftlicher Arbeiten zum

Umbruch im Osten nach wie vor sehr beschränkt ist. Für Soziologen aus der ganzen Welt wären die Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR ein ideales Forschungslabor, um die Anpassung – oder eben das Unvermögen einer Anpassung – der unterschiedlichen Mitglieder einer Gesellschaft in Hinblick auf neue Bedingungen zu beobachten. Russische Inschriften sind beispielsweise in Georgien so gut wie ganz durch Englische ersetzt worden. Das Land hat somit zwar an Internationalität durch das Englische als obligatorische Fremdsprache an den Schulen gewonnen, aufgrund des Verlustes der russischen Sprachkompetenz bei den Jüngeren gleichzeitig auch verloren.

2008 stellte der Krieg mit Russland mit einem Mal alle Errungenschaften seit der georgischen Unabhängigkeit 1991 in Frage. Doch zeigte sich, dass Georgien in der Lage war, nicht nur den kriegsbedingten Rückschritt aufzuholen. Das Land wurde kurzzeitig – insbesondere „dank“ des Krieges mit Russland – zum Lieblingskind des Westens. 2012 von Moldova überholt, gewinnt es im Zuge der aktuellen Moldauer Staatskrise nun vielleicht international an Boden zurück, selbst wenn eine EU-Mitgliedschaft für die nächsten 10 bis 15 Jahre noch ein Wunschtraum bleiben wird. Alles hängt von der politischen Nachfolge ab. Schon heute darf man darüber rätseln, was Saakaschwili – bedeutender georgischer Reformier und autoritärer Präsident – nach seinem Abgang rückblickend in den Augen der Georgier einmal als Politiker besser machen wird als seinen Vorgänger. Eine ganze Epoche in der Geschichte der ehemaligen Sowjetrepublik Georgien wird mit dem Dienstbeginn des neuen Präsidenten nach Oktober 2013 auf jeden Fall zu Ende gehen.

März 2013

Berichte

Michaela Podschun

GESW erhält beehrtes Gütesiegel Weiterbildung

Das beehrte Gütesiegel Weiterbildung haben 15 Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen am Freitag in Dortmund erhalten. Aus Vlotho wurde das Gesamteuropäische Studienwerk ausgezeichnet. Auf der Mitgliederversammlung des Gütesiegelverbundes Weiterbildung überreichten Pit Böhle als Vertreter des Beirats und Kirsten Hillmann von der Zertifizierungsstelle die Urkunden.

Das Gütesiegel bescheinigt die Erfüllung hoher Qualitätskriterien. Dazu gehören die Einhaltung ausgewiesener fachlicher und erwachsenenpädagogischer Standards, eine Beratung in allen Fragen der Weiterbildung, der Einsatz qualifizierter Lehrkräfte und deren stetige Fortbildung, die Auswahl für den Lernerfolg geeigneter Medien und Unterrichtsmaterialien.



Pit Böhle vom Beirat des Gütesiegelverbundes Weiterbildung und Kirsten Hillmann von der Zertifizierungsstelle überreichten das beehrte Gütesiegel am Freitag in Dortmund an Dr. Zbigniew Wilkiewicz vom Gesamteuropäischen Studienwerk (Mitte). Das Gütesiegel bescheinigt die Einhaltung strenger Qualitätskriterien. | Foto: Gütesiegelverbund / Pressebüro vom Büchel

"Ausgebildete Qualitätsbeauftragte werten die Bildungsarbeit aus und erheben die Zufriedenheit von Teilnehmenden, die bei der Qualitätsentwicklung eine große Rolle spielt", heißt es in einer Pressemitteilung des Gütesiegelverbundes. Das Zertifizierungsverfahren stelle hohe Anforderungen an die Einrichtungen und dauere im Schnitt etwa ein Jahr. Die Einhaltung der Standards wird regelmäßig beobachtet und alle drei Jahre neu überprüft.

Zu Beginn der Mitgliederversammlung hatte Alfred Töpfer, Fachautor und Geschäftsführer der Qualitätsgesellschaft Bildung und Beratung mbH, das Ergebnis der jüngsten Studie zur Pädagogischen Qualität und zur Bedeutung der Qualitätsmanagementsysteme vorgestellt.

"Die öffentlich geförderte und gemeinwohl-orientierte Erwachsenenbildung spielt im europäischen Kontext eine wichtige Rolle, denn Bildung hat einen positiven Einfluss auf den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft", betonte Günter Boden, Vorsitzender des Gütesiegelverbundes. Individueller Beratung und Kompetenzorientierung komme zunehmend eine große Bedeutung bei. "Die zertifizierten Einrichtungen leisten einen unschätzbaren wichtigen Beitrag zum EU-Ziel des lebenslangen Lernens auf einem hohen Qualitätsniveau."

Nachdruck aus: Vlothoer Anzeiger, 07.12.2012

Zbigniew Wilkiewicz

Innere und äußere Sicherheit in Europa

Seminarbericht zu dem im Februar 2013 mit der Deutschen Polizeigewerkschaft im GESW in Vlotho durchgeführten und von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Seminars

Die Europäische Union hat nicht nur mit einer chronischen Finanz- und Wirtschaftskrise zu kämpfen, sondern muss sich auch der Bekämpfung von Schleusern, politischen Extremisten und gewaltbereiten Fußballfans widmen. Gerade das Jahr 2012 mit der Europameisterschaft in Polen und in der Ukraine lieferte diesbezüglich europaweit entsprechende Ereignisse und Schlagzeilen.

Dem Rechtsextremismus und dem Umgang mit Neonazis in Europa und vor Ort sind deshalb zwei Seminarmodule gewidmet worden, die um eine Exkursion zur Gedenkstätte Wewelsburg – der einstigen SS-Ordensburg – ergänzt werden. Deren neue Ausstellungskonzeption verbindet anschauliche historische Analyse mit dem Versuch, sowohl bei erwachsenen als auch jugendlichen Besuchern/innen Anlässe zur Reflexion aktueller Ausgrenzungsprozesse zu schaffen.

Ein weiteres Thema, das alle Bürger/innen der EU unmittelbar und alltäglich betrifft, ist die alltägliche Gewaltbereitschaft zahlreicher junger Menschen, die sich besonders auch in Fußballstadien entlädt. Hierzu haben wir die Leiterin der Landesinformationsstelle Sparteinsätze Cordula Henning als Expertin gewinnen können. Mit der Schleuserkriminalität wird sich eingehend Helgo Martens von der Bundespolizei befassen.

Ferner werden die wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeitenden des GESW über die wirtschaftliche Krise sowie den Rechtsextremismus in der EU referieren und den Stellenwert von Bürgerinitiativen und politischer Bildung angesichts neonazistischer Bedrohungen beleuchten.

Im Seminar wollen wir uns aber auch und gerade vor dem Hintergrund der NSU-Morde damit beschäftigen, wie sich Polizei und andere Sicherheitsbehörden aufstellen müssen, um ähnliche Ermittlungsspannen zukünftig zu verhindern. Mit Sebastian Edathy (MdB) soll deshalb unter anderem über die Möglichkeit eines NPD-Verbots diskutiert werden. Wie die EU europaweit auf den Rechtsextremismus in einzelnen Mitgliedsländern reagiert, werden wir schließlich mit Frau Birgit Sippel (MdEP) erörtern und diskutieren.

Montag, 11. Februar

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde stellte der Seminarleiter den Gesamtansatz des Seminars und die einzelnen Seminareinheiten vor und erläuterte das Seminarziel. Dabei musste er von Beginn an auf einige personelle und thematische Veränderungen hingewiesen werden. Aufgrund sehr kurzfristiger Absagen, musste Ersatz für den Vorsitzenden des NSU-Untersuchungsausschusses, Herrn Sebastian Edathy (MdB), und Frau Birgit Sippel (MdEP) geschaffen werden. Leider konnte niemand vom

Untersuchungsausschuss des Bundestages so kurzfristig gewonnen werden, immerhin erklärte sich der Bundestagsabgeordnete Stefan Schwartz bereit, zum Thema zu referieren. Leider konnte kurzfristig auch niemand mehr vom EP gewonnen werden. Der Beitrag von Frau Sippel wurde deshalb von den Seminarleitern Wilkiewicz und Lauenroth kompensiert. Die Themen Rechtsextremismus in Deutschland und Ostmitteleuropa (Polen, Ungarn, Slowakei, Serbien) sowie „Herausforderungen des Terrorismus“ wurden in Absprache mit den TN neu ins Seminarprogramm aufgenommen.

Helgo Mertens, Mitarbeiter der Bundespolizeiinspektion in Hamburg, referierte am Nachmittag über verdeckte Maßnahmen bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität in der BRD. Nach der Vorstellung der Organisationsform seiner operativen Einheit stellte Mertens fest, dass es sich beim Schleusen um ein knallhartes kriminelles Geschäft handele, das die zu Schleusenden nicht selten mit Gesundheit und Leben zu bezahlen hätten. Die wichtigsten Schleuserouten führen heute über den Balkan (Zielort Österreich), die Niederlande und Nordafrika. Die europäischen Anstrengungen dieses Geschäft, das in der Regel starke Nachfolgekriminalität verursache, durch Frontex einzudämmen, sind nach Ansicht des Referenten gescheitert. Auch gestaltet sich die Kooperation mit Frontex nicht einfach, weil diese Organisation nur die Außengrenzen der EU zu schützen habe. Über den Balkan (Türkei, Griechenland) und über Nordafrika (Spanien) werden ungebremst Menschen aus Afghanistan, dem Iran, der Türkei und der Russischen Föderation nach Europa geschleust. Die Banden, die über eine weitreichende Netzstruktur und über ein großes Register weiterer Kriminaldelikte verfügen (Drogenhandel, Waffenhandel, Prostitution, Einbruchs- und Diebstahldelikte), sind absolut professionell und haben bei riesigen Erträgen (pro Kopf 10.000 Euro und mehr) ihr Geschäftsrisiko minimiert. Der Referent erläuterte im Anschluss anhand zweier akuter Ermittlungsverfahren, die Strategien der Schleusernetze und die verdeckten Ermittlungsmaßnahmen der Polizei. Dabei wurde deutlich, dass es sehr schwer ist, den Köpfen und Drahtziehern dieses sehr einträglichen Geschäfts beizukommen. In der Diskussion wurde eine nachhaltigere gesamteuropäische Kooperation angemahnt, wobei man zum Ergebnis kam, dass angesichts weltweiter politischer und wirtschaftlicher Krisen dieses Phänomen wohl anhalten werde. Hinsichtlich der Möglichkeit, diese Delikte wirklich eindämmen zu können, sei deshalb große Skepsis angebracht.

Dienstag, 12. Februar

Cordula Henning aus Hamburg, Chefin der Landespolizeistelle Sparteinsätze, gab einen Überblick über die polizeiliche Gewaltprävention im Fußball. Am Beispiel konkreter Ereignisse und der Fan- und Hooliganszenen in Hamburg und in anderen Städten des Bundesgebiets erklärte die Referentin die Vorgehensweise der Polizei vor und in den Stadien. (Fan-Trennung und bauliche Probleme in den Stadien, Alkohol-Verbote und ihre Überschreitungen, Einsatz von Pyrotechnik und deren Verhinderung, Einsatz von szenekundigen Beamten/innen). Gleichzeitig erläuterte Frau Henning, dass es sich dabei um ganzheitliche Maßnahmen handele, in die die Sicherheitsbeauftragten der Vereine sowie die Fan-Beauftragten eingebunden werden. Ein erhebliches logistisches Problem

stelle alljährlich die Zusammenstellung der Spielpläne der Fußballigen 1-3 dar sowie der Versuch, das Aufeinandertreffen verfeindeter Hooligan-Gruppen zu verhindern. Dabei müssen die Fahrtenwege der problematischen Fangruppen eruiert werden, was sich immer schwieriger gestalten, weil es seitens der Hooligans zu kurzfristigen Änderungen der Reisewege kommen könne. Die Polizei stehe hier trotz erheblicher Einsatzdichte nicht selten vor kaum lösbaren Problemen.

In der Diskussion wurde festgehalten, dass die bedingungslose Gewaltbereitschaft nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa insgesamt zugenommen habe. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob sich in den Stadien nicht ein verdichtetes und verzerrtes Bild unserer Ellenbogengesellschaft (gnadenloser Wettbewerb, Durchsetzung der „Besten“, Verachtung für die Schwächeren und Anderen: Schwule, Lesben, Ausländer) widerspiegele. Kritisch bemerkt wurde auch, dass dem Kommerz nicht selten ein höherer Stellenwert beigemessen werde als der Sicherheit.

Jörg Lauenroth referierte anhand einer ZDF-Dokumentation über die Zusammenhänge zwischen Hooligan-Gewalt in den Stadien und der Infiltration dieser Gruppen durch rechtsextreme Organisationen. Es wurde deutlich, dass sich gewaltsame brutale Auseinandersetzungen nicht nur in den Stadien, sondern auch außerhalb ereignen. Am Beispiel des BVB Dortmund wurde dargestellt, dass sich unter das Schwarz-Gelb der Borussen auch zusehends braune Töne mischen. Fan-Gruppen wie die „Desperados“ bezeichnen sich zwar als unpolitisch, sind aber für „rechts offen“. Aus einem Interview mit dem bekannten Rechtsextremisten Christian Worch („Die Rechte“) wird deutlich, dass man sich in Dortmund gezielt um junge Leute aus der Fußballszene bemüht. Auch sind Vertreter der einstigen, klar nationalsozialistisch orientierten „Borussenfront“ im Stadion vertreten. Bei einer Razzia wurde bei dieser Gruppierung ein beachtliches Waffenarsenal ausgehoben, die Symbolik auf den Kutten schließt nahtlos an SS-Traditionen (Runen) an.

Die TN beschäftigten sich im Anschluss an diesen Input in vier AG mit vier Dokumenten, in denen eine Statistik der ZIS (Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze) analysiert und der offene Brief des Bündnisses aktiver Fußballfans auf seine Stichhaltigkeit diskutiert wurde. Ferner wurde das gegen Gewalt in Stadien gerichtete Dokument des DFB (Zehnpunkteprogramm mit Fan-Projekten, Stadionverboten, Verbot von Pyrotechnik, Katalog gegen Rassismus) besprochen sowie eine Analyse zu Hooligans und Rechtsextremismus genauer unter die Lupe genommen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass trotz dieses Programms und eines vermehrten Polizei- und Sicherheitseinsatzes in den Stadien die Gewalt zunimmt. Die dafür aufgewendeten Mittel und Ansätze sind enorm – und fehlen an anderer Stelle. Auch gibt es nur kleine Fortschritte im präventiven Bereich. Die Fußballclubs, die im Kontext mit Werbung und Übertragungsrechten immense Gewinne erwirtschaften, sind von sich aus nicht bereit für mehr Sicherheit in den Stadien zu sorgen. Klar wurde auch, dass die Gewalt in den Stadien gesellschaftliche Ursachen hat. Die Täter – Jugendliche und junge Erwachsene – stammen aber nicht nur aus einer orientierungslosen Unterschicht,

vielmehr rekrutieren sich die Ultras sehr häufig aus einer materiell und sozial abgesicherten Mittelschicht. Zum Abschluss wurde der die englische Hooligan-Szene charakterisierende Spielfilm „Football Factory“ von Nick Love vorgeführt, in dem es um die ausufernde Gewalt krimineller Fan-Banden geht, denen der Fußballsport dazu dient, ihre Konflikte und „Kriege“ möglichst brutal auszutragen. Das Thema wird die Innenpolitiker in Deutschland und Europa mit großer Sicherheit noch über lange Jahre beschäftigen!

Mittwoch, 13. Februar

Klaus Voegelé vom Sozial- und Bildungsweg der DPoIG referierte über die neuen Herausforderungen für die Hamburger Polizei und brachte seinen Beitrag in einen gesellschaftspolitischen Kontext. Die Verdichtung des Personals sowie der Abbau von zahlreichen Personalstellen führen zu Engpässen, die sich auch gesellschaftspolitisch auswirken. Im Zusammenhang mit kostenträchtigen und personalaufwändigen Einsätzen der Polizeikräfte (z. B. beim Einsatz bei Sportveranstaltungen) müsse nach dem Sinn und der Effizienz dieser Einsätze gefragt werden. Sinnvoll wäre aus seiner Sicht eine Überwälzung der Kosten für die Stadionsicherung auf die Vereine als private Veranstalter. Es könne nicht angehen, dass die Polizei außerhalb (im öffentlichen Raum), aber auch innerhalb (im privaten Raum), wo die Ordnungsdienste der Vereine das Hausrecht haben, für die Sicherheit der Zuschauer verantwortlich gemacht werde und immer häufiger als „Prügelknabe“ da stehe. Die Vereine müssten in weit höherem Maße zur Kasse gebeten werden. Auch könne eine weitere Reduzierung des Personals – mit der nun stärker propagierten Möglichkeit einer Frühverrentung – nicht die Lösung sein. Hinzu komme, dass es gegenwärtig immer schwerer falle, junge Nachwuchskräfte für den Polizeidienst zu gewinnen. Die Sparmaßnahmen der Bundesländer bedeuten für die Bürger/innen auch eine signifikante Abnahme an Sicherheit durch eine abnehmende Präsenz der Beamten/innen vor Ort.

Dem Thema des Rechtsextremismus und des Bürgerprotests war das Modul von Zbigniew Wilkiewicz gewidmet. Der Referent rekonstruierte am Beispiel der Stadt Vlotho und ihres Kampfes gegen das rechtsextreme „Collegium Humanum“ den mühsamen Weg des „Bündnisses gegen das CH“, dem es letztendlich zu danken ist, dass dieser rechtsextreme Verein schließlich vom Innenministerium verboten wurde. Die TN beschäftigten sich in AG mit dem vom Referenten zur Verfügung gestellten Originalquellen und Presseberichten – und präsentierten die Ergebnisse im Forum. Gemeinsam wurde folgendes Fazit gezogen: Die rechte und neonazistische Szene wird in Deutschland grundsätzlich verharmlost und unterschätzt.

Die Verfassungsschutzberichte des Landes NRW verharmlosten die Aktivitäten des CH. Das CH blieb als Verein auch dann noch gemeinnützig, als man auf dessen Betreiben den „Verein zum Schutze der Holocaustleugner“ gegründet hatte. Die Stadt Vlotho musste lange Zeit einen enormen Imageverlust hinnehmen, da sie in der interessierten Öffentlichkeit als Sitz von Neonazis wahrgenommen wurde.

Erst das auf einer breiten politischen und gesellschaftlichen Ebene agierende Bündnis entwickelte genug Durchschlagskraft, um ein Verbot des CH durchzusetzen. Dabei war von Beginn an klar, dass mit dem Verbot allein die neonazistische Gefahr nicht gebannt sein würde. Für die Stadt Vlotho und deren Bürger/innen war mit dem Verbot und der Enteignung des CH aber ein wichtiges Etappenziel erreicht.

Die Vorgehenseise des Bündnisses diente anderen Orts, wo es zu ähnlichen Entwicklungen gekommen war, als Referenzmodell. Die politische Bildung ist im Hinblick auf den Rechtsextremismus gleichwohl in besonderem Maße gefordert, besonders nach den Mordtaten von Brejvik und des NSU. Entsprechende Beratungsstellen und Bildungsangebote sollten auf Bundes- und Landesebene verstärkt und langfristig gefördert werden, zumal rechtsextreme, antisemitische, islamophobe und fremdenfeindliche Einstellungen weit verbreitet sind.

Die Exkursion zur Wewelsburg, einem bei Paderborn gelegenen Täter-Gedenkort der SS, diente dazu, den historischen Zusammenhang zwischen NS-Ideologie und den heutigen Exzessen der Neonazi-Szene herzustellen. Von einer jungen Historikerin der Universität Bielefeld wurde eine zweistündige Führung angeboten, bei der die TN die Gelegenheit hatten, Fragen zu stellen, ihre eigenen Erfahrungen einzubringen und die Parallelen und Unterschiede zwischen der Ideologie des Dritten Reichs und der Propaganda der heutigen Neonazis zu reflektieren und zu diskutieren. Die TN zeigten sich von dem hervorragenden didaktischen Ansatz der Gedenkstätte und dem lebendigen interaktiven Vortrag der Leiterin tief beeindruckt. Dieser Themenstrang wurde im Hinblick auf die aktuelle Situation in der BRD und Ostmitteleuropa sowie in dem den NSU-Morden gewidmeten Modul entsprechend vertieft und diente als historische Folie für das Verständnis und den Umgang mit dem heutigen Phänomen der Rechtsextremismus in der BRD und in Gesamteuropa.

Donnerstag, 14. Februar

Gerhard Schlüsselbauer (GESW) referierte über das Krisenjahr 2012 und diskutierte mit den TN die Frage, ob es sich hierbei um eine Eurokrise oder eine Staatsschuldenkrise handele?

Nach der Diskussion der Frage, ob es überhaupt eine Euro-Krise gebe, ging er Referent auf die Hintergründe der Euro-Verschuldungskrise ein. Als nächstes wurde die Frage aufgeworfen, ob und wann die nächste Wirtschaftskrise in Deutschland anstehen könnte. Mitgedacht werden müsse dabei die allgemeine Wirtschaftskrise in der EU, die vor allem die südeuropäischen Staaten betrifft, aber auch die Herausforderungen, die sich aus dem Umstand ergeben, dass die ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Staaten in einen wirtschaftlichen Abwärtsstrudel geraten sind. Ob es in dieser Situation zu einem "Job-Wunder" kommen kann, beliebt angesichts der insgesamt sehr hohen Arbeitslosigkeit in der EU sehr fraglich. Auch der Aufbau dritter Arbeitsmärkte mit Niedriglöhnen und Teilzeitbeschäftigungen kann mittelfristig nicht als befriedigende Lösung betrachtet werden, da die hier zukünftig entstehenden Sozialkosten für die einzelnen Staaten der EU immens sein werden.

Insofern konnte die Frage nach einer eventuell drohende Rezession, die im Plenum intensiv diskutiert wurde, nicht eindeutig beantwortet werden.

Die Vor- und Nachteile Deutschland als „Exportvizeweltmeister“ wurden in der Runde ebenfalls intensiv diskutiert. Die Erschließung neuer Märkte für den deutschen Export in Asien, den USA und anderswo sichere Deutschland diese Stellung und sei angesichts der EU-Krise eine Notwendigkeit. Andererseits bleibe Deutschland aber in hohem Maße von der Wirtschaftslage in der EU, wohin das Gros seiner Exporte gehe, existenziell abhängig und müsse deshalb als größte Wirtschaft sehr an einer Überwindung der Wirtschaftskrise in der EU interessiert sein. Weitere intensiv diskutierte Themen waren Deutschland als Stabilitätsanker in der Euro-Zone, Deutschland als „Sparweltmeister“ sowie „relative Armut“ und „prekärer Wohlstand“?

Dem Rechtsextremismus in Europa war das Modul von Navina Engelage gewidmet. Dabei ging es zunächst um eine adäquate Abgrenzung der verwendeten Begriffe. In der politischen Auseinandersetzung werden die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus häufig synonym gebraucht. Ausgehend von einer Definition der beiden Begriffe diskutierten die Seminarteilnehmer die These des niederländischen Politologen Cas Mudde. Dieser meint: „Während die extreme Rechte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die stärkste Bedrohung für die westeuropäische Demokratie darstellte, geht die größte Herausforderung für liberale Demokraten in Europa heute von der radikalen Rechten aus.“ Nach den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien spricht einiges für die These Muddes. Wer wählt die Parteien? Wie werden die Wähler mobilisiert? Warum verlieren die Parteien der Mitte das Vertrauen vieler Wähler? Die Wählerschaft und ihre Werthaltung sowie die Mobilisierungsstrategien und Erfolgsbedingungen der Rechtsaußenparteien standen dabei im Mittelpunkt der Diskussion. Folgende Länder und Parteien wurden beispielhaft analysiert: die Niederlande (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie), Frankreich (Front National), Großbritannien (British National Party) und Italien (Lega Nord).

Methodisch wurden eingesetzt: PowerPoint-Präsentation (incl. Bilder, Grafiken), die FES-Studie „Die Abwertung des Anderen“ zu antidemokratischen Mentalitäten in acht Ländern Europas sowie ein Wahlkampfvideo der VVD.

Freitag, 15. Februar

Zbigniew Wilkiewicz referierte über den Rechtsextremismus in Deutschland und gab zunächst einen kurzen Überblick über dessen Entwicklung seit 1945. Dabei betonte der Referent, dass der RE in der politischen Bildung lange Zeit eine untergeordnete Rolle spielte. Erst die Vereinigung beider Staaten und die hiernach einsetzen Anschlags- und Mordwelle an Ausländern und Asylbewerbern, die den Osten und Westen des Landes erschütterten, bedingten eine verstärkte Auseinandersetzung mit diesem Phänomen, das hinsichtlich seiner Akzeptanz längst in die Mitte der deutschen Gesellschaft vorgedrungen ist (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamphobie). Eine weitere Eskalation brachten die NSU Morde und das damit verbundene Versagen der involvierten Behörden (Polizei, Verfassungsschutz). Seltsamerweise werde diese

gesellschaftliche Entwicklung – trotz entsprechender wissenschaftlicher Analysen und empirischer Alltagsbefunde – offenbar noch immer nicht ernst genug genommen. Dies beweise die aktuelle Rücknahme entsprechender Fördermittel im Bereich der Prävention und politischen Bildung. Die gesellschaftlichen und sozialen Kosten in einer multiethnischen Gesellschaft seien unabsehbar.

In einem zweiten Schritt hatten die TN Gelegenheit anhand vorbereiteter Materialien sich mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Tendenzen in Ostmitteleuropa (Polen, Ungarn, Slowakei, Serbien) vertraut zu machen. Bei der Präsentation der Ergebnisse und in der abschließenden Diskussion wurden die Parallelen und die Unterschiede zwischen der Entwicklung in Deutschland und in den einzelnen ostmitteleuropäischen Staaten herausgearbeitet. Es wurde offensichtlich, dass es sich hierbei um ein europäisches Phänomen handelt, das der wirtschaftlichen Krise und der zunehmenden sozialen Spreizung der einzelnen Gesellschaften geschuldet ist.

Der Einstieg in das letzte Modul, das dem rechten Terror in Deutschland gewidmet war, erfolgte über eine 45minütige Dokumentation über die NSU-Morde, in der eine Chronologie der Ereignisse, eine Analyse des Versagens der Behörden sowie zahlreiche Gespräche mit Verwandten und Bekannten der Täter und Opfer gezeigt wurden. Die Ahnungslosigkeit bzw. Unfähigkeit oder gar Ignoranz im Hinblick auf zielführende Hinweise aus der Bevölkerung ist offenkundig und kaum zu erklären. Der Skandal, der zu Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses führte, stand demgemäß auch im Mittelpunkt der vom Seminarleiter geleiteten Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten Stefan Schwartz, der sich freundlicherweise bereit erklärt hatte, für den Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy einzuspringen. Die Betroffenheit der TN war groß, das sie mit dem Versage ihrer Behörden in mehreren Bundesländern konfrontiert wurden. Demgemäß erblickte man die Hauptverantwortung beim Verfassungsschutz, der „Staat in einem Staate“ sei und nicht mit der Polizei einzelner Länder kooperiere. Unverständlich blieb auch, wie es möglich ist, dass einzelne V-Leute- trotz massiver Verdachtsmomente – nicht vor den Ausschuss geladen werden können, da sie den Schutz ihrer Innenministerien genießen. Mit Verwunderung wurde auch die massive finanzielle Unterstützung der rechtsextremen Szene durch Behörden des Verfassungsschutzes wahrgenommen, wobei es sich um Mittel handelte, die einzelnen Informanten zuflossen. Aufgrund der weiterhin laufenden Untersuchungen des Ausschusses, ist nicht abzusehen, zu welchem Ergebnis man kommt und welche Konsequenzen gezogen werden, um ähnliche „Pannen“ zu verhindern. Immerhin habe man inzwischen ein „Abwehrzentrum gegen Rechts“ geschaffen, das länderübergreifend für einen besseren Informationsaustausch zwischen den Ländern Sorge soll. In der Föderalismusproblematik und dem voneinander unabhängigen Ermitteln der einzelnen Landespolizeibehörden erblickten die meisten TN die Hauptursache für das polizeiliche Versagen. Von den Politikern wurde gefordert, mehr für die Prävention der Ausbreitung rechtsextremer Ideologien zu tun. In der Arbeit des Ausschusses erblickt man die Chance für einen Neuanfang. Auf die gesellschaftliche Dimension der Verbrechen wies der Seminarleiter hin, indem er auf die Tatsache hinwies, dass die BRD zu über 20%

aus Zugewanderten bestehe und dass eine Anheizung fremdenfeindlicher Tendenz zu gravierenden Folgen für die innere Sicherheit des Landes führen könne. Ähnlich Stefan Schwartze, der bemängelte, dass nach diesen Verbrechen und der Zunahme rechtsextremer Gewaltdelikte der gesellschaftliche „Aufschrei“ unterbleiben sei.

Samstag, 16. Februar

Bei der Auswertung wurde bedauert, dass Herr Edathy und Frau Sippel so kurzfristig abgesagt hatten. Trotzdem zeigte man sich mit den einzelnen Modulen sowie den Ersatzreferenten zufrieden. Großen Zuspruch fand die Exkursion zur Wewelsburg, deren Konzept überzeugte. Das Teilversagen der ermittelnden Behörden im Hinblick auf die NSU-Morde stieß auf wenig Verständnis. Es wurde lange diskutiert und löste entsprechende Betroffenheit aus.

Buchreport

Klaus J. Bade

Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft.

Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts. 2013, 398 S.

Der renommierte, inzwischen emeritierte Zeithistoriker und Migrationsforscher Klaus J. Bade, der sich seit gut drei Jahrzehnten an prominenter Stelle mit Fragen der Migration und Integration beschäftigt, und als Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) immer wieder eine aktive, die gesamte Gesellschaft einbeziehende Integrationspolitik fordert, legt hier ein Buch vor, in dem er in erster Linie auf die sog. Sarrazin-Debatte und ihren gesellschaftlichen Kontext abhebt. Bade betont im Vorwort, dass er seine Studie nicht nur aus der Perspektive des SVR-Vorsitzenden verfasst habe, sondern ebenfalls aus persönlicher Sicht, da ihn die „Islamkritik“ – als überaus polemisch geführte und medial aufgeladene Kampagne – auch persönlich stark betroffen habe.



Neben der Widmung, dem Vorwort und der Einleitung sowie dem umfangreichen Literaturverzeichnis besteht das Buch aus acht Kapiteln, von denen die Kapitel zwei bis vier der Auseinandersetzung mit Thilo Sarrazins Werk „Deutschland schafft sich ab“, der sich anschließenden Sarrazin-Debatte in der deutschen Medienlandschaft sowie den „islamkritischen“ Thesen des „Agitationskartells Kelek, Sarrazin & Co“ gewidmet sind. Hieran schließen sich die Kapitel fünf bis sieben an, in denen sich der Autor mit Fragen der Denunziation und kommunikativen Kriminalität (Internet-Pranger „Politically Incorrect“), dem Zusammenhang von Wortgewalt und Tatgewalt (im Zusammenhang mit dem geistigen Nährboden für die Breivik- und NSU-Morde), den „behördlichen Sichtblenden“ im Hinblick auf Gefahren in der gesellschaftlichen Mitte und von rechts sowie dem wenig professionellen und geradezu kontraproduktiven Agieren des Bundesinnenministeriums hinsichtlich der „Islamkritik“ und wünschenswerter vertrauensbildender Maßnahmen gegenüber Angehörigen der Einwanderungsgesellschaft auseinandersetzt. Im achten Kapitel beschäftigt sich Bade schließlich mit dem sich in der Bundesrepublik verstärkenden Phänomen der negativen Integration sowie dem Entstehen neuer Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft.

Im Hinblick auf die Publizistik Sarrazins zitiert Bade im zweiten Kapitel eine Reihe profunder Kritiken, deren Aussagen sich wie folgt zusammenfassen lassen: Objektiv wirkende Sachkritik, aber auch diffamierende Polemik seien das Markenzeichen des Publizisten Sarrazin. Der scharf und kühl kalkulierende publizistische Strategie halte an seinen frühzeitig widerlegten, aber weiterhin öffentlichkeitswirksamen, weil gängige Vorurteile bestätigenden Thesen fest. Dabei vertrete er die in der Wissenschaft mehrfach

widerlegte Auffassung, dass die Integration von muslimischen Türken und Arabern grundsätzlich gescheitert sei. Für Sarrazins Argumentation seien gruppenbezogene ausgrenzende Zuschreibungen im Sinne negativer Integration (Ausgrenzung, Othering, Alienation) typisch, vergleichbar mit dem von der um Wilhelm Heitmeyer wirkenden Forschergruppe entschlüsselten Syndrom der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Dabei gehe der moderne Rassismus, dem das Desiderat Sarrazins zugeordnet werden könne, nicht mehr von der Reinheit des zu schützenden Blutes aus, sondern der Kultur, der Nation oder der westlichen Welt, der Gefahr drohe. Sarrazins Buch bewirke – wie Ulrich Beck hervorhebt – eine „Bündelung deutscher Ängste“, insbesondere von diffusen Schreckensbildern kosmopolitischer Vielfalt. Gleichzeitig vermittele es von Kulturangst geplagten geborenen Deutschen das Gefühl, den Einwanderern gegenüber kulturell im Vorteil zu sein. Das Elementare bei Sarrazin sei aber nicht das Kulturelle, sondern das Genetische, seine biologische Logik, denn seine „wissenschaftliche Erklärung“ sei nichts anderes als Rassenlehre. (S.66) Bade kommt zum Ergebnis, dass sich Sarrazin – ähnlich wie Necla Kelek – gerne auf den „gesunden Menschenverstand“ beruft und „Räder zum Teil neu erfindet“. (S.77)

Im dritten Kapitel beleuchtet der Autor das politische und publizistische Umfeld der Sarrazin-Debatte. Einerseits stieß das Buch Sarrazins auf die einhellige Ablehnung der politischen Elite, andererseits erfreute es sich bei Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft aber bald eines enormen Interesses. Die populistischen Thesen von der „Dummheit“ der muslimischen Migranten sowie ihrer den Sozialstaat belastenden Fertilität kamen hier gut an, das Werk wurde zum Bestseller. Überdies wurde Sarrazin von seinem Verlag und seinen „islamkritischen“ Unterstützern – allen voran Necla Kelek - zum Märtyrer stilisiert, der sich mutig gegen die „political correctness“ des politischen Establishments auflehne und unangenehme, tabuisierte Wahrheiten ausspreche. Zutreffend hebt Bade hier hervor, dass Sarrazin in seinem Buch zum Thema Migration und Integration absolut nichts Neues gebracht hatte. Vielmehr griff er Problemstellungen und Thesen auf, die bereits in den 1980er und 1990er Jahren im wissenschaftlichen Diskurs vorgebracht worden waren. Sarrazins Buch kritisierende, empirisch fundierte Diskursbeiträge – etwa von Naika Foroutan – erreichten hingegen ganz offensichtlich nur eine Lesereite. Symptomatisch für die Reaktion einer Großzahl inzwischen gut integrierter Zuwanderer auf die Provokationen Sarrazins ist das von Bade wiedergegebene, aus dem Februar 2011 stammende, Interview mit der deutsch-türkischen Schriftstellerin Hatice Akyün, die darin ernsthaft erwägt, aus Deutschland auszuwandern. Mit Hilfe weiterer Zeugnisse muslimischer Einwanderer verdeutlicht der Autor, was die Thesen Sarrazins besonders bei den in Deutschland alteingesessenen Muslimen auslösten. Insofern ist sein Zwischenfazit, dass die mediale Sarrazin-Debatte im Ergebnis ein Musterbeispiel für negative Integration im Sinne der Selbstvergewisserung der Mehrheit durch die denunziative Auskreisung von Minderheiten darstelle, plausibel. (S.111) Bade belegt des Weiteren, dass es rücksichtslos polemisierende „Islamkritiker“ und einflussreiche Publizisten wie Kelek, Henryk M. Broder, Ralph Giordano, aber auch Alice Schwarzer waren, die durch ihre entschieden islamfeindlichen und populistischen Debattenbeiträge die Spaltung der

deutschen Einwanderungsgesellschaft befeuerten. Gleichzeitig verweist er auf den offensichtlich nicht zu unterschätzenden Einfluss einer vollkommen enthemmten rechtslastigen, islamophoben Bloggerszene, deren anonyme Autoren den Islam und die Muslime auf infamste Weise verunglimpfen und die vermeintlichen „Volksfeinde“ aus der Mehrheitsgesellschaft als „Kollaborateure, Appeaser und Gutmenschen“ abstempeln.

Das vierte Kapitel ist einer vertieften Analyse der Publizistik Keleks, Sarrazins und anderer „Islamkritiker“ gewidmet, wobei verdeutlicht wird, dass die Trennlinie zwischen einer Islamkritik im Namen säkularer Werte (Broder, Kelek) und rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Muslimfeindschaft inzwischen brüchig geworden sei. (S.147) Bade rekonstruiert in diesem Kontext die außergewöhnlich scharfe Auseinandersetzung zwischen dem einstigen Feuilleton-Chef der FAZ, Patrick Bahners („Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam“) auf der einen und Kelek sowie Sarrazin auf der anderen Seite und stellt den wissenschaftlichen Anspruch des ersten Erfolgsbuchs von Kelek („Die fremde Braut“) in Frage. Auch übt er an ihrer Vorgehensweise und ihrem Ansatz, Dinge zu verallgemeinern und zu übertreiben (Zahl der Zwangsehen und Ehrenmorde in Deutschland!) massive Kritik. Den offenbar auch biografisch stark beeinflussten islamkritischen Aussagen und Postulaten Keleks hält Bade valide, seriöse Studien entgegen, die deren stark subjektiv geprägten, aber kühn verallgemeinernden Behauptungen klar widersprechen. Auch führt Bade den wohl zutreffenden Befund aus einer die „Islamkritiker“ analysierenden Studie Kay Sokolowskys an, der darin ausführt, dass sich Broder, Giordano, Kelek und Ateş mehr oder minder freiwillig vor einen Wagen spannen ließen, der sie gnadenlos überrollen werde, wenn sie einmal mit ihrem Bannfluch auf den Islam innehalten wollten. (S. 164) Als für ihre Bücher mehrfach preisgekrönte „Vorzeigemuslima“ habe sich Kelek – so Bade – in erster Linie als „Desintegrationsspezialistin“ profiliert. Gleichzeitig betreibe sie eine opportunistische Anbieterung an Ängste, Aggressionen und schüre ausländerfeindliche Vorurteile. Weitere Passagen dieses Kapitels sind der Wiedergabe des Kelekschen Frontalangriffs auf den SVR und auf dessen im Sommer 2011 vorgestelltes Gutachten (Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer) gewidmet, dessen Ergebnisse so gar nicht zu den die Integration von Muslimen grundsätzlich in Frage stellenden Desideraten Keleks, Broders und Sarrazins passten. Auch seinem persönlichen Disput mit Kelek räumt Bade relativ viel Platz ein, wobei schon an der in diesem Kontext verwendeten Sprache deutlich wird, dass die sich hier hervortuenden „Islamkritiker“ schon längst den Weg einer sachlichen Auseinandersetzung verlassen haben. Vielmehr geht es um Deutungshoheit, Selbstüberhebung, persönliche Schmähungen und eine mit schwerem Geschütz geführte Schlammschlacht. Letztendlich aber um das Bemühen, die wissenschaftliche und persönliche Integrität Bades, des SVR und der Ergebnisse seines Gutachtens, in dem auch auf die Integrationsfortschritte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland abgehoben wird, in Frage zu stellen. Die im Kontext dieser Debatte festgestellte Unbelehrbarkeit Keleks und Sarrazins spricht dabei für sich und bedarf keines weiteren

Kommentars. (S.220-221) Wer mit Kelek persönlich diskutiert hat, weiß, wovon die Rede ist!

Das fünfte Kapitel befasst sich mit dem virtuellen Pranger, der Denunziation und kommunikativen Kriminalität im Internet. Bade beschäftigt sich hier vor allem mit dem islamophoben, rechtslastigen Internet-Pranger „Politically Incorrect“ (PI), aber auch mit berühmten Blogs wie „Nürnberg 2.0“ oder „Konservative Wahrheitsunion/KWU“, in denen er selbst als „besonders gefährlicher Täter aus dem Bereich der Wissenschaft“ für mehr oder minder vogelfrei erklärt wurde. (S.234) Bei seinen öffentlichen Vorträgen sei aufgrund entsprechender Drohungen zeitweise Saalschutz oder sogar Polizeischutz notwendig gewesen. Bereits an dieser Stelle stellt sich die legitime, aber sicherlich nicht leicht zu beantwortende Frage nach dem Verhältnis und der Verbindung von Wort- und Tatgewalt und der daraus resultierenden Bedrohung für einzelne, in der Öffentlichkeit stehende Akteure aus Wissenschaft, Politik und Publizistik. Die Reaktion der mit dieser Problematik befassten deutschen Behörden im Hinblick auf Rechtsextremismus und Islamophobie charakterisiert Bade als Verharmlosen und Abwiegeln, dem Verfassungsschutz bescheinigt er beschränktes Sichtvermögen nach rechts. In der Tat sind die islamfeindlichen Kommentarschleifen auf PI gegenüber dem Islam und den Muslimen menschenverachtend und volksverhetzend, man befleißigt sich hier einer Gewalt nicht ausschließenden Gossensprache. Den erheblichen medialen Einfluss des darüber hinaus demokratiefeindlichen und das Grundgesetz in Frage stellenden Internet-Prangers PI hat im Übrigen Kay Sokolowsky bereits 2009 in seiner einschlägigen Studie „Feindbild Moslem“ nachgewiesen. Hier stellt sich also durchaus dringlich die Frage, ob seitens der deutschen Behörden nicht viel entschiedener gegen einen auf PI bloggenden Internet-Kriminellen vorgegangen werden muss, der öffentlich zur Tötung des Vorsitzenden des NSU-Ausschusses, Sebastian Edathy, aufruft? Werden hier nicht die Grenzen einer wie auch immer ausgelegten „Meinungsfreiheit“ deutlich überschritten? Denn sicherlich ist dem Medien- und Islamkenner Kai Hafez beizupflichten, wenn er hervorhebt, dass virtuelle Islamophobie nicht zwangsläufig mit Gewalt verbunden sei, sie von islamfeindlichen Gewalttätern aber fast immer als Bezugsquelle genannt werde. (S.257-258)

Bade kommt zu einem plausiblen Zwischenfazit: „Die von der Desintegrationspublizistik im Kontext der Sarrazin-Debatte präsentierten integrations- und insbesondere ‚islamkritischen‘ Informationen und vorgeblich wirklichkeitsgetreuen Bestandsaufnahmen operierten oft mit vordergründig korrelierten Daten, hintergründig raunenden Andeutungen und anekdotischer Evidenz (...) Sie führten in den argumentativ anschließenden, aber zum Teil, wie im Falle von PI, mitunter auch in Pionierfunktion vorausseilenden Weblogs, Netz- und Hetzwerken sowie in direkter Korrespondenz zu Belästigungen und Beleidigungen durch massenhafte Hassmails, zu Einschüchterungsversuchen, Bedrohungsaufrufen im Internet und nicht selten auch zu direkten konkreten Bedrohungen. Das hat zu einer gewaltbereiten oder doch ‚notigenfalls auch‘ Gewalt akzeptierenden Suche nach Ersatzlösungen und Sündenböcken geführt (...). (S. 258-259)

Im sechsten Kapitel wird der Zusammenhang zwischen antiislamischer Agitation und antimultikultureller Gewalt rekonstruiert, wobei Bade auf drei spektakuläre Mordtaten fanatischer Islamhasser abhebt. Erinnert wird an den in einem Gerichtssaal des Dresdener Landgerichts am 1. Juni 2009 von einem deutschen Spätaussiedler an einer schwangeren Ägypterin begangenen brutalen Mord. Diese Gewalttat – so Bade – sei in der deutschen Öffentlichkeit nicht als Indiz für eine weit verbreitete Islamfeindschaft gedeutet worden, sondern als Einzeltat eines ‚jammervollen Paranoikers‘. Zahlreiche Journalisten aus dem gesamten politischen Spektrum bestritten entschieden die Existenz von Islamophobie in Deutschland. Eine Lehre aus dem Mord an Marwa El-Sherbini wurde nicht gezogen. Erst im Juli 2011 – nach dem Massenmord des christlich-fundamentalistischen Attentäters Breivik in Norwegen – begann sich die Situation für die antiislamische Agitation in Deutschland zu verändern. Bade zitiert in diesem Kontext aus dem ‚Manifest‘ Breiviks und verweist auf explizite Bezüge zur deutschen ‚islamkritischen‘ und islamophoben Szene. Schließlich wirft er die nur zu berechnete Frage nach der Verantwortbarkeit von Argumenten im Grenzfeld von Information, Polemik, Demagogie und Denunziation bei ‚islamkritischen‘ Publizisten und islamfeindlichen Blogs auf. Auch wird auf die ‚frappierende geistige Nähe‘ des Breivikschen ‚Manifests‘ zu Argumentationslinien bei Kelek, Sarrazin, Broder und Giordano hingewiesen. Zitiert wird die Einschätzung der ‚Westfälischen Rundschau‘ vom 28. 07. 2011, in der Sarrazin und seine Unterstützer als ‚geistige Brandstifter‘ bezeichnet wurden. Ferner wird ein Kommentar von Wolfgang Benz wiedergegeben, der in diesem Kontext ausführte, dass der Mörder Breivik die Stichwortgeber in seinem Bekennerpamphlet ausführlich benannt habe.

Eine enorme Zuspitzung der aufgeladen bleibenden Situation und Debatte brachte die späte, eher zufällige Aufdeckung der NSU-Serienmorde im November 2011. Ungeklärt und schier unfassbar bleibt das Versagen der ermittelnden Polizeibehörden sowie der offensichtlich gänzlich überforderten oder ignorant operierenden Verfassungsschutzbehörden. Diese den deutschen Rechtsstaat erschütternden Vorgänge werden von Bade detailliert rekonstruiert, wobei der Autor das Verhalten der Geheimdienste und des damaligen hessischen Innenministers im Hinblick auf den Einsatz von V-Leuten als skandalös apostrophiert. Angeprangert werden der vollkommen unangemessene Umgang mit den Opferfamilien, die Verwendung ächtender Etiketten wie ‚SoKo Bosphorus‘ oder ‚Döner-Morde‘ sowie die behördliche Nachlässigkeit bzw. Fahrlässigkeit. Diesen für die Menschen mit Migrationshintergrund besonders schmerzlichen Kulturbruch verdanken wir – so Bade in einem weiteren Zwischenfazit – ‚zu wesentlichen Teilen der von der Sarrazin-Debatte nachhaltig forcierten vulgärrationalistisch-kulturrassistischen publizistischen ‚Islamkritik‘ und ihren digitalen, im Argument noch grobschlächtigeren Begleitkommandos im Web 2.0.‘

Im siebten Kapitel diskutiert der Autor die brisante Frage, ob die antiislamischen Terrormorde in der Bundesrepublik einen Lernprozess eingeleitet hätten. Dabei hebt er zunächst hervor, dass ein bis in die Mitte der Gesellschaft vordringender

Kulturrassismus keine „nur etwas absonderliche Weltanschauung“ sei, sondern auch töten könne. Aus der Retroperspektive werde deutlich, wie stark das Fehlverhalten von Politikern und Behörden zur indirekten Ermunterung der Radikalisierung von ´rechts` beigetragen habe. Die kulturrassistische, islamfeindliche Agitation im Internet sei von den Sicherheitsbehörden lediglich unsystematisch und ohne Ermittlungsauftrag betrieben worden. Nach der Aufdeckung der Mordserie und dem damit verbundenen behördlichen Versagen sei Verantwortung gegenseitig delegiert worden; auch habe es in Deutschland nach Aufdeckung der NSU-Mordserie regierungsamtlich nur zu Trauerbekundungen und zu Warnungen vor dem Rechtsextremismus gereicht. Auffällig bleibe die „geradezu demonstrative“ Nichtbefassung mit der islamfeindlichen Volksverhetzung. Auch die Bundesregierung neige in dieser Hinsicht zu Verharmlosung. Hieraus lasse sich schließen, dass Politik und Behörden bislang scheinbar wenig aus beiden Terrorerfahrungen gelernt hätten, vor allem nicht, dass es einen indirekten Ursache-Folge-Nexus zwischen Wortgewalt und Tatgewalt gebe. (S.327) Dies belegt der Autor anhand einer konzisen Rekonstruktion der Begleitumstände um die in der Bild-Zeitung erschienene Vorveröffentlichung der Studie „Lebenswelten junger Muslims in Deutschland“. Diese war dem Blatt offensichtlich vom BMI zugespielt worden, wobei die wissenschaftlichen Ergebnisse der Studie von Politik und Medien in erheblichem Maße manipuliert „und in fast bösartiger Weise“ gegen ihre Intention wiedergegeben wurden. So zumindest das Urteil des Strafrechtlers und Kriminologen Henning Ernst Müller. Aus diesen und anderen „Pannen“ leitet Bade plausibel ab, dass Integrationspolitik – verstanden als breit angelegte Gesellschaftspolitik – zukünftig nicht mehr beim diesbezüglich überforderten BMI ressortieren sollte. Er vertritt die nachvollziehbare Auffassung, dass die Bundesebene in diesem Kontext von der Einführung neuer Ressortstrukturen und der Etablierung von Querschnittsministerien, die inzwischen auf Länderebene geschaffen wurden, lernen könnte. (S. 336) Harsche Kritik übt der Autor ebenfalls an der von Bundesministerin Kristina Schröder (BMFSFJ) eingeführten Extremismus-Klausel. Auch hebt er hervor, dass in den von Schröder gegen politischen Extremismus und Stärkung der Demokratie aufgelegten Programmen an keiner Stelle an die Bekämpfung des ebenso gefährlichen „Antiislamismus“ gedacht worden sei. Bade betont, dass es im Einwanderungsland Deutschland nicht nur um die Abwehr von rechten Gewalttätern gehen müsse, sondern ebenfalls um die Abwehr von Fremden- und insbesondere Islamfeindlichkeit im Sinne einer Bedrohung der grundgesetzlich garantierten Rechte von Minderheiten auf freie Entfaltung. Denn mangelnder Minderheitenschutz stelle eine Lebensgefahr für die demokratische Einwanderungsgesellschaft dar. (S.343)

Im abschließenden achten Kapitel wird die Entwicklung von der in der deutschen Gesellschaft bestehenden Identitätskrise, über das Syndrom der negativen Integration bis hin zu einem neuen Selbstverständnis der Einwanderungsgesellschaft nachvollzogen. Dabei verdeutlicht der Autor, dass das von ihm in der Einwanderungsdebatte immer wieder postulierte „solidarische Wir“ durch den Sarrazin-Disput beschädigt wurde. So sei aufgrund mehrerer Umfragen feststellbar, dass der Integrationsoptimismus – besonders bei den Muslimen – deutlich zurückgegangen und gleichzeitig ein scharfer

Anstieg von Diskriminierungserfahrungen wahrnehmbar sei. Die Desintegrationspublizistik habe in der Mehrheitsgesellschaft längst überwunden geglaubte ethno- und sozialbiologistische Denkmuster verstärkt. Damit verbunden sei auch eine Beförderung fremdenfeindlicher Abwehrhaltungen, besonders gegen muslimische Einwanderergruppen. In der muslimischen Einwanderungsbevölkerung hätten sich die Befürchtungen der Integrationspessimisten dagegen verstärkt. Die „islamkritischen“ Positionierungen haben in Deutschland klar zugenommen, wozu die „islamkritische“ Publizistik und islamophobe Agitation zweifellos ihren Beitrag geleistet hätten. Sarrazins Buch habe nicht zu einem Befreiungs- sondern zu einem Kahlschlag geführt, ermöglichte es doch die integrative Selbstfindung und Selbstvergewisserung einer – warum auch immer verunsicherten – Mehrheitsbevölkerung durch die tendenzielle Ausgrenzung der als identitätsstiftendes Gegenbild beschworenen größten – muslimischen – Minderheit. (S.359) Zwar werde die wachsende Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft mehrheitlich positiv wahrgenommen, die gleichzeitige Abwehrhaltung gegenüber Muslimen könne man aber mit Naika Foroutan als „Paradoxon des Pluralismus“ (Vielfalt ja, aber ohne Muslime) interpretieren. (S.361) Foroutan postuliert zudem, dass es bei der sog. „Integrationsdebatte“ nicht so sehr um die Integrierbarkeit von Islam und Muslimen gehe, vielmehr handele es sich um Stellvertreterkonflikte, um den umkämpften Zugang zu sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen. Bade hebt indessen stärker auf den Umstand ab, dass durch die vulgärrationalistische „Islamkritik“ in der Mehrheitsgesellschaft die Überzeugung verstärkt werde, dass ‚der` Islam und somit auch ‚die` Muslime gefährlich seien, weil der Islam und die Muslime schlicht das Gegenbild von allem seien, was ‚uns` an Werten gemeinsam wichtig ist. (S.363) Sicherlich sind beide Befunde stichhaltig und spiegeln einen Ausschnitt der Konflikte im Einwanderungsland Deutschland wider. Nach Bade handelt es sich aber auch hierbei um eskapistische Ersatzdebatten, die endlich durch die Debatte um die neue kollektive Identität in der Einwanderungsgesellschaft ersetzt werden sollten. Nötig sei eine mutige Selbstbestimmung von Einwanderungsgesellschaft und Einwanderungsland unter Beteiligung der Einwanderungsbevölkerung. Bis heute sei es nämlich immer noch nicht gelungen, ein für alle in diesem Land Lebenden – Deutsche, Ausländer und Einwanderer – verbindliches Selbstbild zu entwickeln. Dabei müsse nachvollzogen werden, dass sich Herkunft und Lebenswirklichkeit zusehends zu einer durchaus nicht konfliktfreien, aber fast immer produktiven „beweglichen Identität“ verbinden; und diese Beweglichkeit stelle das Kapital jeder spätmodernen Gesellschaft dar. Allerdings stehe der Akzeptanz und Nutzung hybrider Identitäten heute noch immer das starre und durch die gesellschaftliche Wirklichkeit schon längst überholte Ideal nationaler Homogenität entgegen. Gleichzeitig werde bei Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund – so Foroutan – der Gedanke einer neuen deutschen Identität („in between“) artikuliert. Danach werde sich das neue Deutschland schon aufgrund des demographischen Wandels zukünftig nicht mehr durch Herkunft und Genetik definieren. Trotzdem werde es sich – wie Sarrazin behauptet – nicht abschaffen, allerdings werde es sich ethnisch und kulturell vielfältiger entwickeln. Deutschsein stehe dann als Chiffre für die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Land. (S.370) Hierzu – so Bade – sei aber ein

Kurswechsel notwendig, da in der Einwanderungsgesellschaft die Integrationsförderung als Teilhabeförderung für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund einen Zentralbereich der Gesellschaftspolitik darstelle. Gelingt dieser Kurswechsel nicht, so könne es – wie in anderen europäischen Staaten auch – zum Anwachsen völkischer Strömungen und Parteien kommen. Das Resümee Bades lautet: „Unser Umgang mit den Themen Einwanderung, Integration und Islam ist an einem kritischen Punkt angelangt. Jetzt muss sich zeigen, ob der Schock der NSU-Verbrechen noch einen verantwortlichen Lernprozess einleiten kann oder das erlebte demagogische Spiel mit gefährlichen Vorurteilen anhält oder wiederkehrt, das den Umschlag von Kritik in Gewalt weiter forcieren könnte.“ (S.374)

Die Erkenntnisse und Konsequenzen, die sich aus der Arbeit des seit fast einem Jahr mit den NSU-Verbrechen beschäftigenden Bundestagsausschusses ergeben, sowie der Verlauf und die Ergebnisse des in diesen Tagen in München beginnenden NSU-Prozesses werden sicherlich weitere wichtige Anhaltspunkte dafür liefern, inwiefern wir lernfähig sind und welche Gesellschaft wir zukünftig für erstrebenswert halten. Das vorliegende Buch von Klaus J. Bade bietet reichlich Material, Analysen und Erkenntnisse, um sich bewusst zu machen, dass es sich hierbei um eine existenzielle Richtungsentscheidung handelt, die auch einer entschiedenen, gesellschaftliche Orientierung fördernden Politik bedarf. Seine sorgfältige Lektüre sollte für alle in Wissenschaft, Publizistik und Politik Verantwortlichen verbindlich sein.

zw

Dokumentation

Martyna Bunda

Demographie und Zukunftsszenarien für die polnische Gesellschaft

Nachstehend dokumentieren wir in deutscher Übersetzung einen Beitrag von Martyna Bunda, in dem sich die Autorin mit den Zukunftsaussichten der polnischen Gesellschaft beschäftigt. Überschwängliche, ungeprüfte Erfolgsmeldungen und das Abheben auf das kontinuierlich wachsende polnische BIP – wie man sie oft in deutschen Presseorganen wieder findet – sind dabei weniger gefragt, sondern vielmehr eine nüchterne und ernüchternde Analyse dessen, was die polnische Gesellschaft nach über zwanzig Jahren Systemtransformation in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten hat. Ähnlich wie in anderen europäischen Staaten steht dabei die gesamten Sozial-, Gesundheits-, Jugend, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik auf dem Spiel und auf dem Prüfstand.

Die Trödelei beim Gebären ¹

Der große Kindermangel und die noch größere Alterung der gesamten Gesellschaft machen sich jetzt so richtig spürbar. Aufgrund des demographischen Tiefs haben schon tausende Lehrerinnen und Lehrer die Schulen verlassen müssen. Ist der Demographie-Dämon wirklich so schrecklich, wie er beschrieben wird?

Wer nicht geboren wurde, der wird auch keine Kinder gebären, und wer geboren wurde, der wird wahrscheinlich länger leben als seine Vorfahren. Die demographische Zukunft Polens ist vorhersehbar, aber nicht offensichtlich. Was bedeutet das demographische Tief für die Schulen, für die Gesundheitsversorgung und für den Arbeitsmarkt? Für die zukünftigen Schüler/innen, Studierenden, Arbeitssuchenden und diejenigen, die ihre alten Eltern betreuen? Man kann sich das so vorstellen: Unterrichten in überschaubaren Schulgebäuden, ein Markt, auf dem die Arbeitnehmerrechte respektiert werden, kürzere Warteschlangen bei den Ärzten. Oder so: Aufgelöste Schulen, Trash-Verträge, geschlossene Ambulatorien. Heute kann der Staat noch immer darauf Einfluss nehmen, in welche Richtung sich dies alles entwickelt. Schauen wir mal genauer hin, ob er dies beabsichtigt.

KINDER: eine bessere Schule oder die Auflösung von Schulen?

Eine Chance haben wir bereits ganz offenkundig vertan: dass zeitgleich mit dem Auftreten des demographischen Tiefs die Klassen in den Schulen kleiner werden und dass nur die besten Lehrer in den Schulen verbleiben. Das wäre dann so, wie sich das die Theoretiker unter den Pädagogen erträumt hatten: eine Arbeit unter überschaubaren

¹ In: Polityka, Nr. 42, 17. 10.-23. 10. 2012, S. 26-30

Bedingungen und in guter Atmosphäre. Dann hätten sogar Gymnasien einen erzieherischen Sinn.

Der Trend ist seit etwa zehn Jahren offenkundig und in etwa 20 Jahren wird es nur noch halb so viele Schüler/innen geben. Von den fast acht Mio. Grund- und Mittelschülern des Jahres 2002 und den heutigen 5,4 Mio. werden in den nächsten fünf Jahren nur noch etwas mehr als vier Mio. übrig bleiben.

Da wir bis dato beengte Schulen und überfüllte Klassen haben, sogar mit mehr als 30 Kindern, wäre nicht viel nötig, um den Kindern und ihren Lehrern, sofern sie im Beruf bleiben, eine Veränderung zum Besseren zu bieten. Vor über zehn Jahren kamen auf einen Lehrer fast 20 Schüler, heute sind es neun. Und doch sind die Klassen nicht kleiner geworden, denn die Zahl der Schulen hat abgenommen. So konnten die Selbstverwaltungen sparen.

Und sie taten es deshalb, weil die Konstruktion des Finanzsystems der Schulen alogisch ist: für die Erhaltung der Schulen und für die Gehälter des Lehrpersonals in garantierter Höhe sind die Selbstverwaltungen verantwortlich. Ihnen überweist der Staat hierfür Mittel, deren Höhe allerdings von der Zahl der in den Gemeinden Beschulten abhängt. Je schneller die Schülerzahlen abnehmen, desto schwerer fällt es den Gemeinden, die Schulen zu finanzieren. Die Zuschüsse aus dem Bildungsministerium steigen, berücksichtigen aber nicht alle Kosten, wie etwa die obligatorischen Zuschläge für die Lehrenden. An dieser Konstruktion wurde seit Jahrzehnten nichts verändert. Mehr noch, durch die Lehrer-Charta wird ein spezielles Einstellungs- und Entlassungsverfahren garantiert. In der Praxis wird man die überzähligen, teuren Lehrer/innen dadurch los, dass man ihre Schulen schließt. In den letzten Jahren haben die Selbstverwaltungen versucht, die Lehrer-Charta neu zu verhandeln. Das misslang, also hat man auf Kosten höherer Abfindungen damit angefangen, Lehrer zu entlassen.

Mittlerweile ist bekannt, dass im Jahre 2013 etwa 7.300 Lehrer/innen ihre Stelle verlieren, und eine noch größere Gruppe nur Teilzeitarbeitsverträge erhält, also etwas, das zwar für Beschäftigung sorgt, aber ein Überleben keineswegs garantiert. Die Lehrgewerkschaft (ZNP) berichtet, dass 18.000 Lehrer/innen Teilzeitarbeitsverträge erhalten werden, anderen Gewerkschaften zufolge sind es sogar 30.000 Personen. Das Bildungsministerium bedauert dies, erklärt aber, dass die Schulen – der Gesetzeslage entsprechend – Angelegenheit der Selbstverwaltungen sind.

Den Entlassenen macht man keine Vorschläge. Es gibt nur lokale Projekte. In Wałbrzych können einige mit einem Arbeitsplatz in einem der drei neuen Kindergärten der Stadt rechnen. Die Lehrer/innen suchen also auf eigene Faust nach Arbeit, zum Beispiel in den Portalen. Iwona schreibt in egzamininy.pl, dass sie eine Qualifikation als Umweltpädagogin hat, dass sie aber auch als Stylistin arbeiten kann. Eine Chemikerin und Physikerin schreibt, dass sie –außer der Nachhilfe, die sie in ihren

Unterrichtsfächern erteilt – auch bereits ist, als Kosmetikerin zu arbeiten. Allerdings ruft niemand bei ihr an.

Fazit: die Schulen bleiben genauso eng wie sie es waren, die Klassen genauso überfüllt, das Unterrichtsniveau wird sich kaum ändern und die 200.000 frischen Magister der Pädagogik jährlich, denn so viele verlassen die Hochschulen – werden Fingernägel schleifen.

STUDENTEN: Ende des Massenaufbaus oder der Primat schlechter Studien?

Um ein Drittel wird demnächst die Zahl potenzieller Studierender abnehmen. Im Jahre 2002 lebten in Polen 3,2 Mio. Menschen im Alter von 19 bis 23 Jahren, in diesem Jahr sind es 600.000 weniger. In fünf Jahren werden 500.000 Menschen aus den Hörsälen verschwinden. Aber auch im Hochschulwesen bestand die einzige verpflichtende Strategie bisher aus Optimismus. Die Zahl der jungen Menschen ging zurück, die der Hochschulen nahm zu. Heute gibt es 470, davon sind 338 nicht staatlich. Nur in den letzten beiden Jahren wurden weit über ein Dutzend neue Hochschulen eröffnet.

Die guten privaten (z.B. SWPS, Collegium Civitas, Koźmiński) kündigen an, das Lehrniveau der Universitäten zu übertreffen, was sie vor den Auswirkungen des demographischen Tiefs bewahren würde. Die kleineren, lokalen Schulen erwarten, dass sie überleben, weil die Jugendlichen aus kleinen Ortschaften nicht das Geld haben, um in größeren Städten zu studieren; sie kündigen an, dass sie sich an den lokalen Arbeitsmarkt anpassen. Die staatlichen Hochschulen, die ihre Verdienste bei der Ausbildung Abertausender junger Menschen während des demographischen Hochs unterstreichen, versprechen, die gebührenpflichtige Massenabfertigung auf die Fernuniversitäten zu beschränken. So viel offiziell. Denn inoffiziell entwickelt jeder Sektor eine hiervon abweichende Überlebensstrategie.

Die alten und schlechten Hochschulen rechnen damit, dass sie überleben, weil sie das Arbeitsrecht entsprechend manipulieren, die Wissenschaftler für kleines Geld beschäftigen und geringe Studiengebühren nehmen. Sie gehen von Arbeitsverträgen zu Werkverträgen über. Senkung von Gehältern, unbezahlte Überstunden, die Beschäftigung sehr durchschnittlicher Promovierter – das sind die gängigsten Tricks. Die staatlichen Hochschulen richten zahlreiche Nischenzweige in Form von Ganztagsstudien ein, denn eben so viele Äquivalente könnte man als kostenpflichtige Fernstudiengänge einrichten.

Prof. Mariusz Czubaj von der Hochschule für Sozialpsychologie in Warschau fügt hinzu, dass wir es mit einem massiven Betrug zu tun haben. Die Hochschulen überbieten sich, um die potenziellen Studierenden zu überzeugen, dass sie einen Zweig anbieten, der „sie auf dem Arbeitsmarkt attraktiv macht“. „Das ist das Verkaufen von Illusionen. Im Rahmen einer Beziehung, die einen absoluten Warencharakter angenommen hat. Die Hochschule ist nicht mehr Ort des Gedankenaustauschs, der Lehre und Ausbildung, sondern stellt „ein Bildungsprodukt“ her.

Im Ergebnis haben wir die meisten Hochschulen in Europa und proportional die größte Zahl an Studierenden. Und die schlechteste Qualität: 25 Prozent der polnischen Schulen finden sich laut einer spanischen Bildungsstudie unter den schlechtesten der Welt. Die Dozenten klagen hysterisch über das abstürzende intellektuelle Niveau der Studierenden. Sie sprechen von der großen Frustration, wenn sie vor dem Auditorium stehen, und in den Gesichtern den Ausdruck vollkommenen Nicht-Verstehens erblicken, weil die Studierenden nicht über die intellektuellen Instrumente verfügen, um das Studium zu bewältigen. Prof. Roman Kuźniar spricht gar von einer Demokratisierung der Bildung, durch die ihr der Sinn geraubt werde.

Fazit: Die Hoffnung, dass die unsichtbare Hand des Marktes und die Demographie die Hochschulen auf das adäquate Niveau reduzieren würden, hat sich als trügerisch erwiesen. Im Gegenteil, der rücksichtslose Kampf um den studierenden Klienten, dem man schlechte Ware verkauft, ist intensiver geworden. Es sieht nicht danach aus, als würden gute Hochschulen bestrebt sein, ihr Niveau entschieden zu heben, und die schlechten beabsichtigen, vom Markt zu verschwinden.

ABSOLVENTEN: Weniger Konkurrenz oder null Motivation?

Der Rückgang der Studierendenzahlen wird sehr bald auf dem Arbeitsmarkt zu spüren sein. Heute ist jeder vierte Arbeitssuchende keine 30 Jahre alt, in fünf Jahren werden es halb so viele sein. Man könnte glauben, dass sich dann für die heutigen Schüler/innen und Studierenden wieder die Karriereportale öffnen, die Konkurrenz abnimmt, der Wettlauf der Ratten nicht mehr ganz so aggressiv verläuft.

Die etwas über Dreißigjährigen sind diejenige Gruppe die schon aufgrund ihrer Vitalität die Antriebskraft der Wirtschaft darstellt. Aus ihr rekrutieren die Firmen neue, kreative, gut ausgebildete Manager. Das entwickelt sich nicht immer erwartungsgemäß, denn die Soziologen bezeichnen die jetzt heranwachsende Generation als good enough, als diejenigen, die sich mit „ganz gut“ zufrieden geben. Die heutigen Zwanzigjährigen, die von den Illusionen verkaufenden Hochschulen betrogen und dann auf dem Arbeitsmarkt ausgebildet werden, sind nicht mehr so aggressiv und raublustig wie die Älteren. Dafür sind sie etwas angeschlagen, ermüdet und weniger bereit, sich emotional zu engagieren.

Wie zum Beispiel A, 28 Jahre alt, drei Jahre Werkvertrag in einem Buchverlag, plus jeweils einige Monate bei verschiedenen Firmen. Als er um eine Stelle bat, um eine Wohnung auf Kredit zu kaufen, bekam er sie nicht. Die Wohnung konnte er also nicht kaufen. Dafür begann er über Auswanderung nachzudenken. Oder B, 25 Jahre, ein ungewolltes Kind, mehr Kinder plant er nicht. In einer Firma hat er bisher nicht länger als ein Jahr gearbeitet, obwohl er schon im ersten Studienjahr zu arbeiten begann, um ein adäquates CV zu haben. Oder Frau C: sie war 25 Jahre alt, als sie sich erschöpft fühlte. Oder D, alleinstehend, versucht sie sich zu noch mehr Arbeit zu motivieren, wobei sie an ihre Tochter denkt. Aber gegenüber dem Kind verliert sie immer häufiger die Fassung, also regt sie sich immer mehr über ihre Arbeit auf.

Die good enough-Haltung ist eine Herausforderung für die Chefs, Manager und Vorsitzenden der 1960er und 1970er Jahre, die den Arbeitsmarkt heute beherrschen. Für sie galt der Leitsatz „Schwimm oder stirb!“ Es wäre jetzt an der Zeit, eine starke Veränderung herbeizuführen: von aggressiven Formen des Managements hin zu weicheren. Managementexperten gehen davon aus, dass das Ideal des zeitgenössischen Chefs nicht der einsame, raublustige Hai ist, sondern der in einem einträchtigen Rudel jagende Wolf. Die Firmen sollten daran denken, Teams zu schaffen, zum Beispiel zwei Personen mit Teilzeitarbeitsverträgen einzustellen anstatt einer, die sich nur für das Arbeitsleben interessiert. Allerdings wurde die Wirtschaftskrise zum Vorwand für eine geradezu entgegengesetzte Strategie: Kürzungen, Entlassungen, eine zunehmend sklavische Belastung der Arbeitnehmer, die Missachtung der Arbeitsordnung sowie einer Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt. Das ist die Realität von heute.

Fazit: good enough ist eine Verteidigungsstrategie: wenn man seine Ambitionen nicht einlösen kann, so sollte man besser keine haben. Das ist kein gutes Szenario, denn gerade der Drang zur Ausbildung und die Vitalität der jungen Generationen hat die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 20 Jahre vorangetrieben.

ARBEITENDE: noch immer lebendige Ambitionen oder verendete Haie?

6,2 Mio. über 30jährige und 4,7 Mio. über 40jährige: das ist aktuell die größte Altersgruppe in Polen. Die schon erwähnten Haie, die entschlossen um ihren Erfolg kämpften. Das sind diejenigen, die auf den Arbeitsmarkt kamen, als die Arbeitslosigkeit 20 Prozent überschritten hatte. Aus ihrer Kindheit erinnerten sie sich noch an die Bauernröcke der Volksrepublik Polen sowie die Große Wende und gaben sich für einen Moment der Illusion hin, dass sie in noch zu ihren Lebzeiten eine bessere Welt erfahren könnten. Sie nahmen Kredite in Schweizer Franken auf und kauften sich zu große Wohnungen. Und dann empfahlen ihnen die Arbeitgeber, sich selbstständig zu machen. Sie entschieden sich gegen Kinder, weil sich dies im Falle der einen nur schlecht mit der Karriere vereinbaren ließ, im Falle der anderen mit der nicht vorhandenen Arbeit.

Die Reserven der Haie scheinen immer schwächer zu werden. Eines könnten sie von der Generation good enough lernen: man muss wissen, wann man verlangsamt, um überhaupt zu überleben. Aber sie sind dazu nicht in der Lage und lassen die Krankenstatistiken anwachsen. Prof. Janusz Heitzmann, der Vorsitzende der Polnischen Psychiatrischen Gesellschaft, ist der Auffassung, dass hinter dem polnischen ökonomischen Erfolg, der mit den Händen dieser und der vorangegangenen Generation aufgebaut wurde, auch Antidepressiva stehen. Da es zur Norm gehört, die Mitarbeitenden mit Aufgaben zu betrauen, die in der vorgegebenen Zeit nicht zu bewältigen sind, muss sich der Mensch irgendwie betäuben. Also helfen sich die Haie mit Pharmakologie. Die Einnahmen pharmazeutischer Firmen aus dem Verkauf von Antidepressiva und ähnlicher Arzneien sind in einigen wenigen Jahren um ein Drittel gestiegen und steigen weiter rasch an.

Allerdings stellt die Einnahme von Substanzen ein Experiment höheren Risikos dar. In Großbritannien wurde kürzlich der Fall einer Frau diskutiert, die auf ärztlichen Rat hin die über Jahre eingenommenen Antidepressiva absetzte, da sie schwanger werden wollte. Und unmittelbar danach beging sie Selbstmord. In Polen haben vor einigen Jahren auch die Internisten die Erlaubnis erhalten, Antidepressiva zu verschreiben. Obschon die größte Gruppe von Patienten in psychiatrischer Behandlung die Neurotiker sind (25%), haben wir ihnen nichts anzubieten. Das System der psychiatrischen Hilfen konzentriert sich auf die Krankenhäuser, drei Viertel der Behandlungskosten gehen an Kliniken, die in der Regel Molochen gleichen, den schlechten Ruf von „Irrenhäusern“ haben und gut ein Dutzend Prozent der Patienten behandeln. Regionale Psychiater sind dagegen selten.

Die Häufigkeit psychosomatischer Erkrankungen bei dieser mittleren Altersgruppe wird unterschätzt, obschon nicht nur Psychiater oder Psychotherapeuten auf sie verweisen. Die Soziologen unterstreichen, dass wir es in Polen mit einem sich verschärfenden Sozialdarwinismus zu tun haben. Die Länder Westeuropas sind in dieser Hinsicht ausgeglichener. Wir aber bemühen uns, um das zu bekommen, was andere nicht haben, obschon wir es eigentlich nicht nötig hätten.

Viele Menschen aus dieser Generation werden ihre Arbeit verlieren, ähnlich wie die gegenwärtig 50- bis 60jährigen, von denen gleich die Rede sein wird. Auch ihr gesundheitlicher Zustand, zuweilen sogar der Selbsterhaltungstrieb, veranlassen sie dazu, nach neuer Beschäftigung und neuen Beschäftigungsformen zu suchen. Der Markt fordert die schnelle Verlagerung von Arbeitskräften und Projektarbeit. Wer das lernt, der wird zurechtkommen. Der Staat könnte dies unterstützen, indem er das Arbeitsrecht ändert, das anachronistisch ist und nicht mehr den Realitäten entspricht, weil es für Arbeitnehmer mit klassischen, festen Arbeitsstellen geschaffen wurde. Jemand, der Auftragsarbeiten erledigt, der permanent unter Druck gesetzt wird, keinen Urlaub zuerkannt bekommt und dem der Lohn verspätet ausgezahlt wird, genießt in Polen keinerlei Schutz. So als gäbe es ihn gar nicht. Vielleicht ist es an der Zeit zu erkennen, dass es ihn gibt?

Fazit: denjenigen, auf denen der Arbeitsmarkt ruht, drohen Burnout, Zivilisationskrankheiten, das Herausfallen aus der Mitte der Gesellschaft, vielleicht sogar Verarmung. Ihnen kann passieren, dass sie das hochgesetzte Rentenalter nicht erreichen und dadurch die Generation des demographischen Tiefs belasten werden.

50 PLUS: permanente Weiterentwicklung oder das Schicksal eines Sandwich-Menschen?

Viele Menschen, die heute im reifen Alter sind, werden es bereits mit dem neuen Renteneintrittsalter zu tun haben. Werden sie es wirklich schaffen, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen, dabei gesund bleiben und aus der permanenten Fortentwicklung Befriedigung schöpfen?

In den Statistiken sind immer stärker die Jahrgänge der Fünfzigjährigen vertreten, die psychischer Unterstützung bedürfen. 5,2 Mio. Menschen werden als Sandwich-Generation bezeichnet, weil sie von zwei Seiten gleichzeitig angeknabbert werden: von den Kindern, die einer langen existenziellen Unterstützung bedürfen, und von den greisen Eltern. Sie zahlen den Preis für das fehlende System. Die Pflege eines behinderten Verwandten erhöht das Risiko, dass der Pflegende verfrüht stirbt, um ein Mehrfaches. Burnout und Depression sind grundsätzlicher Bestandteil dieser Rolle. Der Versuch, das Einkommen auf ein einziges, ganztägig-pflegerisches zu beschränken, bedeutet die Reduktion des Einkommens auf 520 Złoty monatlicher Beihilfe, ohne die Möglichkeit des Hinzuverdienens (also: extreme Armut, Depressionen und manchmal die Flucht in den Alkohol). An Pflegeheimen, wo man den Verwandten wenigstens für ein paar Tage unterbringen könnte, mangelt es. Das System der sog. Hilfsassistenten existiert zwar, funktioniert aber nicht, und außerdem kostet ein solcher Assistent 1.500 Złoty im Monat.

Und gelingt es einem Sandwich-Menschen tatsächlich, sich auf dem Arbeitsmarkt zu halten, so wartet noch die Feuerprobe auf ihn: die magische Grenze von 56 Jahren, ab der der Kündigungsschutz greift. Die Arbeitgeber entlassen heute mit dem Kalender in der Hand, kurz vor diesem magischen Datum. Und danach ist es oft wie in der Geschichte von H, Abteilungsleiterin einer Bank und Absolventin einer renommierten ausländische Hochschule: Viele Monate erfolgloser Bewerbungen, Verkauf des Besitzes und der Wohnung. Schließlich, im Alter von 60 Jahren, eine Stelle als Kinderbetreuerin in einer chinesischen Familie. Arbeit von frühmorgens bis spätabends, wie in einer Familie mit adoptierten Kindern, denn die Arbeitgeber gehen vielfältige Beschäftigungen nach.

Fazit: den heutigen Vertretern von 50 plus wird in vielen Branchen klar, dass man sich auf den Zusammenbruch der Lebensplanung und einen Neustart einstellen muss. Der Staat wird hier nur rein symbolisch aktiv. Die Losung 50 plus ist anscheinend ungeheuer modern, aber praktische Möglichkeiten für einen neuen Beruf gibt es nicht.

DIE ALTEN: Herbst des Lebens oder lebenslanger Alptraum

Auch die Losung „wenigstens bis zur Rente“ ist nicht mehr aktuell. Die über mehrere Generationen beliebteste Losung der Polen. Heute weiß man, dass die Renten gering ausfallen werden, was eine direkte Folge der Demographie ist. Die Renten der Alten werden daraus bezahlt, was die Jungen, von denen es früher mehr gab als Ältere, erarbeiten. Aber wenn auf einen Jungen mehrere Ältere kommen, geht das nicht mehr. Also gehen wir notwendigerweise zu einem System über, wo jeder selbst für seine Rente spart.

Die Sandwich-Generation wird fast noch so viel erhalten, wie ihre Eltern (falls sich jemand das Anrecht auf eine Rente erarbeiten kann). Aber die gegenwärtig 40jährigen haben keine Chance auf mehr als 50% ihres Gehalts. Und bei der Generation, die gerade auf den Arbeitsmarkt kommt, werden 40% die Norm sein. Halb so schlimm, wenn es

gelingt, im Leben irgendein Kapital zu erwirtschaften. Aber die Vertreter von good enough haben wahrscheinlich keine Chance, etwas zu sparen und sinnvoll anzulegen. Es gibt immer mehr alte Menschen, doch der Staat ignoriert dieses Problem. Vor zehn Jahren hatten wir 700.000 Menschen, die 80 Jahre und älter waren, heute fast 1,3 Mio. und in fünf Jahren einige Hunderttausend mehr. Am meisten wächst der Anteil von Personen im Alter von 60 und darüber, in fünf Jahren werden es 5 statt 4 Mio. sein, 13% der gesamten Population. Währenddessen gibt es in ganz Masowien kein einziges Bett für geriatrische Patienten. In ganz Polen gibt es gerade 684 davon, obschon es 7.000 sein müssten. Es gibt eine einzige geriatrische Klinik, die zwei Assistenten beschäftigt, aber nur Pflegerinnen – keine Ärzte – ausbildet. Eine einzige Abteilung für Alzheimer-Patienten in Warschau bei 400.000 Menschen mit dieser Krankheit!

Die Alten stehen noch vor anderen Herausforderungen: in mehr oder weniger zehn Jahren werden die Zentren der größten polnischen Städte von alten Menschen bewohnt sein. Bis zu 50% der Einwohner dieser Stadtteile werden älter als 60 Jahre sein. Und gerade diese Stadtzentren werden von Investoren zugebaut: Geschäfte, Gemeindeflächen und Parks werden von Firmensitzen verdrängt. Für diese Generation eröffnet sich die Perspektive, in den eigenen vier Wänden eingeschlossen zu sein, in alten Häusern, die häufig noch ohne Fahrstühle errichtet wurden. Mit der Option mit einem Pflegeheim zu tauschen, allerdings nicht für jeden, denn heute gestalten sich die Preise von 2.000 Złoty in einem Mehrbettzimmer bis hin zu über 5.000 Złoty für ein Einbettzimmer.

Fazit: das Alter ist eine zunehmend alptraumartige Perspektive. Mit einem Einzelkind, auf dem die gesamte Hoffnung auf Unterstützung ruht. Und das dieser Aufgabe, auch psychisch, nicht gewachsen ist.

DIE ZUKUNFT: Was lässt sich überhaupt voraussehen?

Die Realität ist ein System kommunizierender Röhren. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen vollziehen sich heute schnell, häufig unvorhersehbar. Nehmen wir das Jahr 2012. Einerseits: die Katastrophe der pharmazeutischen Firmen, denn seit man einheitliche Preise in den Apotheken eingeführt hat, verlieren zahlreiche Pharmahändler ihre Arbeit. Die Katastrophe in der Bauwirtschaft, denn die großen Firmen, die sich für die Ausschreibungen bewarben, haben schlecht kalkuliert und die kleinen Firmen nicht ausbezahlt. Die Medienkatastrophe, denn der Übergang vom Papier zum Internet hat die ganze Branche auf den Kopf gestellt, und man weiß nicht, wohin das alles führt. Schließlich die Katastrophe der Exportfirmen, denn die Krise hält an. Andererseits: ein spektakuläres Wachstum kleiner Branchen, wie zum Beispiel in der Medizin die Produktion von Ultraschallgeräten, die sich für einzelne private Praxen eignen.

„In der Mikroskala sind die Dinge tatsächlich schwer vorhersehbar, aber in der Makroskala sind viele Trends durchaus bekannt. Wie zum Beispiel, dass Berufe mit pflegerischen Dienstleistungen ein Potenzial haben“ – erklärt Dr. hab. Jacek Męcina

vom Institut für Sozialpolitik, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Mitglied einer Expertengruppe. Und ebenfalls –paradoxiertweise – Dienstleistungen, die mit Bildung verbunden sind. Allerdings nicht mit der klassischen, sondern einer, die flexibel auf Bedarfe reagiert. Auf dem flexiblen Arbeitsmarkt müssen sich die Mitarbeitenden dauernd fortbilden. Es werden die Bildungsstätten erfolgreich sein, die dem Trend entsprechen. Sie werden Kurse und Schulungen – auch via Internet – anbieten.

Denn der einzige Weg, nicht gegen das demographische Tief zu verlieren, ist eine vom Staat geförderte Veränderung auf dem Arbeitsmarkt. Jacek Męcina hebt hervor, dass die Flexibilisierung dieses Marktes unausweichlich ist. Ein Markt, der auf neuen Prinzipien basiert, einerseits auf Menschen beruht, die in der Lage sind, ihre Qualifikation zu verändern und es ertragen, gegebenenfalls mehrfach von neuem anzufangen. Und andererseits auf Firmen, die in der Lage sind, Mitarbeitende zu führen, zu respektieren, dass sie andere Prioritäten als nur die Arbeit, sondern darüber hinaus auch andere, wichtige Verpflichtungen

Haben. Dafür ist – wie bereits erwähnt – eine Änderung des Arbeitsrechts notwendig. Die garantierte Möglichkeit auf Teilzeitarbeit mit einem elementaren sozialen Schutz, Erleichterungen für Selbstständige, Auszeiten bei Fortbildungen und bei Berufswechseln. Damit die Menschen nicht sofort in das dunkle Loch der Arbeitslosigkeit fallen, wie das heute bei vielen Lehrern/innen der Fall ist.

Die Unsicherheit und die Instabilität sind im Übrigen die Dämonen, vor denen sich die Polen am meisten fürchten. Denn sie schätzen die Vorhersehbarkeit am meisten. Sie ziehen es vor, weniger zu verdienen, aber sie möchten wissen, wie viel das konkret ist und wann sie bezahlt werden.

Und was die Alterung der Gesellschaft angeht, so entsteht gerade hier eine gigantische Nische, die den Jüngeren Arbeit geben dürfte. Der Markt der Pflegedienstleistungen muss sich weiter entwickeln. Für diejenigen, die das Alter direkt vor sich haben, kann tröstlich sein, dass ihre Pflegenden sicherlich eine höhere Ausbildung haben werden. Das ist zwar ein schwacher Trost, aber immerhin.

Theo Mechtenberg

Neuer Streit um Auschwitz?

Am 16. Juni 2013 setzt Janusz Marszałek, ehemaliger Stadtpräsident von Oświęcim, den ersten Spatenstich zu einem zwischen dem Stammlager Auschwitz und dem Vernichtungslager Birkenau geplanten Erinnerungs- und Friedenhügel. Der Zeitpunkt ist bewusst gewählt: Am 14. Juni 1940 traf der erste Transport mit 728 polnischen KZ-Häftlingen in Auschwitz ein. In Zusammenhang mit diesem Gedenktag soll nun 73 Jahre danach mit der Verwirklichung einer fast 20 Jahre alten Idee begonnen werden.

Es geht um ein gewaltiges Bauwerk. Die Grundfläche in der Größe eines Fußballfeldes; 35 Meter hoch. Im Inneren Raum für ein 800 Plätze umfassendes Kongresszentrum, ausgerüstet mit modernster Technik, die Fernseh- und Radioübertragungen ermöglicht. Dazu ein Kinosaal und zahlreiche auf vier Etagen verteilte Seminarräume. Geplante Kosten: 36 Millionen €. Die weltweite Unterstützung des Projekts symbolisieren rund 300 Steine in einem eigens dazu vorgesehenen Ausstellungsraum; darunter solche aus Hiroshima und Nagasaki, aus dem Europaparlament, aus dem KZ Buchenwald, aus den Trümmern der Dresdener Frauenkirche – stumme Zeugen von Vernichtung und Frieden.

Die Idee zu diesem monumentalen Bauwerk geht zurück auf das Jahr 1994. Damals wünschte sich eine Gruppe ehemaliger Auschwitzhäftlinge in einem symbolischen Testament als ihr Vermächtnis für die Nachwelt einen „Hügel der Erinnerung und der Versöhnung“, der das Gedenken aller in Auschwitz-Birkenau ermordeter Opfer wahren sollte – das der Juden wie der Polen, der Romas und der sowjetischen Kriegsgefangenen sowie der zahllosen Menschen unterschiedlicher Nationen.

Den Entwurf erarbeitete der 2008 verstorbene, angesehene Künstler und Professor Józef Szajna. Nach seiner Vorstellung sollte der 35 Meter hohe Hügel durch eine Stahlplastik als Symbol des Übergangs von der unheilvollen Zeit der Menschenverachtung in eine Zeit der Toleranz gekrönt werden.

Dieses Anliegen verdient fraglos Respekt. Auch Piotr Cywiński, Direktor des Museums Auschwitz, würdigt die Idee. Er sieht in ihr das Verlangen vieler einstiger KZ-Häftlinge, etwas Großes zu schaffen, das sie von dem Trauma jener Jahre befreit und in der Überzeugung sterben lässt, alles ihnen Mögliche getan zu haben, damit die Gespenster der Vergangenheit niemals wiederkehren.

Und doch fragt es sich, ob ein solch gigantisches Mahnmal in Sichtweite von Birkenau eher ein Störfaktor als ein Mahnmal ist. Passt es zu der gleichsam endlosen Leere von Birkenau mit der einstigen Rampe, von der aus über eine Million Juden, Männer, Frauen und Kinder, in die Gaskammern getrieben und anschließend in den Krematorien verbrannt wurden? Passt es zur Shoa, zu diesem Ort der Stille, wo Millionen kein Grab fanden?

Janusz Marszałek im langjährigen Konflikt mit dem Museum Auschwitz

Das Projekt blieb über viele Jahre bloße Idee. Bis sich Janusz Marszałek, von 2002 – 2011 Stadtpräsident von Oświęcim, der Sache annahm. Nach eigener Aussage habe er 2005 vom polnischen Kulturminister den Auftrag erhalten, das Projekt zu verwirklichen. Sein erster Versuch endete mit einem Eklat. Sein Bemühen, den Hügel innerhalb der das Lager umgebenden Schutzzone zu errichten, stieß auf den entschiedenen Widerstand des Internationalen Auschwitzrates, so dass er diesen Plan aufgeben musste.

Der Journalist und Auschwitzkenner Michał Olszewski verweist in seinem in der Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ (6/10 Februar 2013) erschienenen Beitrag „Kopiec z widokiem na kacet“ (Hügel mit Blick auf das KZ) darauf, dass dies nicht Marszałeks erster Konflikt mit dem Museum Auschwitz war. Vor Jahren wollte er sich den mit Auschwitz verbundenen Touristenstrom nutzbar machen und in der Nähe des Stammlagers einen Supermarkt eröffnen. Der Plan erregte damals internationales Aufsehen und trug Marszałek den Ruf eines gerissenen Geschäftsmannes ein. Er selbst sah in dem sich regenden Widerstand böse Mächte am Werk und identifizierte sie mit einflussreichen Politikern, u. a. mit Władysław Bartoszewski. In einem Brief fragt er, welche Provision sie für ihre Verhinderungstaktik vom jüdischen Weltkongress erhalten hätten: „In den Wandelgängen des Sejm redet man laut darüber, dass die Herren für das Durchboxen des Gesetzes zum Schutz des Terrains ehemaliger nazistischer Konzentrationslager u. a. unter sich drei Millionen USD aufgeteilt hätten.“ Auf ähnlich antisemitische Weise äußerte sich Marszałek, als es um eine geplante Diskothek in unmittelbarer Nachbarschaft zur Internationalen Jugendbegegnungsstätte Ärger gab: „Dieser Medienrummel ist ein weiterer Beleg für die Ausnutzung der mit Auschwitz verbundenen Geschichte zur Zerstörung der Stadt Oświęcim durch mit dem jüdischen Weltkongress im Bude stehende Leute.“

Marszałeks Amtszeit als Stadtpräsident war von einer grundsätzlich negativen Einstellung zum Museum Auschwitz geprägt. Seine Wahl hatte er 2002 mit 60% der Stimmen nicht zuletzt deswegen gewonnen, weil er versprach, Oświęcim von dem auf der Stadt angeblich lastenden Auschwitz-Schatten zu befreien. Der blockiere jede Entwicklung und sei für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Entsprechend sabotierte er jede Initiative einer sinnvollen Verbindung der Stadt mit dem ehemaligen Konzentrationslager. Die Idee des angesehenen Verfassungsrechtlers Andrzej Zoll, Stadt und Lager durch einen Europapark zu vereinen, kommentierte er mit der süffisanten Frage: „Wer steckt wohl hinter diesem Gedanken?“ Auch diese Frage suggeriert nach polnischem Verständnis Machenschaften von Freimaurern und Juden.

Offene Fragen

Zu diesen die Verwirklichung des Projekts erschwerenden Konflikten kommen ungeklärte, das Projekt betreffende, Fragen. Die Tatsache, dass es nicht im Einvernehmen mit dem Internationalen Auschwitzrat realisiert wird, könnte zum Keim neuer Konflikte werden. Belastend ist zudem, dass Łukasz Szajna, der nach dem Tode seines Vaters das Projekt betreut hatte, vor allem aufgrund mangelnder finanzieller

Transparenz die Zusammenarbeit mit Marszałek aufgekündigt hat. Auch ist Marszałeks Verhältnis zum Rat der Stadt getrübt. Als letzte Amtshandlung hatte er der Polnischen Seniorenunion, dessen Vorsitzender er nach dem Ableben seines Vorgängers wurde, das der Stadt gehörende Terrain, auf dem der „Friedenshügel“ entstehen soll, für drei Jahre zu günstigen Konditionen verpachtet. Die Stadt ist bestrebt, den Pachtvertrag gerichtlich annullieren zu lassen. Selbst wenn dies nicht gelingen sollte, so fragt sich doch, was aus dem Projekt wird, wenn die Stadt 2014 den Pachtvertrag nicht verlängert. Auch von einer offiziellen Baugenehmigung ist nichts bekannt.

Trotz dieser Unwägbarkeiten hält Marszałek an dem Plan fest, im Juni mit dem Bau zu beginnen. Unermüdlich ist er seit Jahren unterwegs, um weltweit Sponsoren zu gewinnen. Und er findet sie. Auch in der Bundesrepublik, wo er vor allem bei kirchlichen Stellen und deutsch-polnischen Gesellschaften mit Erfolg anknüpft. Von den veranschlagten 36 Millionen € fehlen ihm noch 16 Millionen, ein Klacks, wie er meint. Die Spender dürften allerdings kaum um die Konflikte und Unsicherheiten wissen. Sie würden sonst gewiss nicht so spendenfreudig sein. Offen ist auch, ob sich das Projekt wirtschaftlich trägt. Wie sollen angesichts der bereits vorhandenen Möglichkeiten der Internationalen Jugendbegegnungsstätte und des katholisch betriebenen Hauses für Gebet und Dialog das Kongresszentrum und die zahlreichen Seminarräume genutzt werden? Wer übernimmt die laufenden Kosten und zahlt die Gehälter für die vorgesehenen 100 Mitarbeiter?

Droht ein neuer erinnerungspolitischer Konflikt?

Zur Erinnerung: Am 26. Juni 1984 hatte die Stadt Oświęcim den Karmelschwestern das zur Schutzzone des Lagers gehörende Alte Theater als Kloster überlassen. Kaum jemand im katholischen Polen ahnte damals, dass aus dieser von besten Absichten beseelten Initiative ein das polnisch-jüdische, ja das christlich-jüdische Verhältnis insgesamt belastender Konflikt entstehen würde. Ausgehend vom eigenen christlichen Verständnis von Auschwitz als einem Golgota der polnischen Nation, ja der gesamten Menschheit, hatte man die andersartige jüdische Sicht als Ort der Shoa, der die Präsenz eines Klosters verbiete, außer Acht gelassen. Der Konflikt zog sich hin. Er war nicht einmal durch die Genfer Vereinbarung hochrangiger katholischer und jüdischer Delegationen, die eine 1993 erfolgte Verlegung des Klosters vorsah, beigelegt. Als Protest gegen die Genfer Vereinbarung wurde im Herbst 1989 unter ungeklärten Umständen auf dem zum Alten Theater gehörenden Kiesplatz das sogenannte Papstkreuz errichtet, vor dem Johannes Paul II. 1979 auf der Rampe in Birkenau die Eucharistie gefeiert hatte. Diese Aktion empfanden jüdische Gruppierungen als Provokation. Gegen eine von jüdischer Seite geforderte Verlegung des Kreuzes formierte sich ein „Gesellschaftliches Komitee zur Verteidigung des Kreuzes“, das dazu aufrief, aus ganz Polen Kreuze herbeizuschaffen, so dass sich der Kiesplatz jahrelang in einen Wald voller Kreuze verwandelte, ehe er am Ende zwangsgeräumt wurde. Doch die auf katholischer wie auf jüdischer Seite erlittenen Verletzungen hinterließen Narben, die jederzeit wieder aufbrechen können.

Die Errichtung des monumentalen Friedenhügels in Sichtweite des Vernichtungslagers Birkenau könnte dazu den Anlass bieten. Die Verwirklichung des Projekts erfolgt schließlich ohne Absprache mit jüdischen Vertretern und dem Internationalen Auschwitzrat. Auch in der geistigen Konzeption, sofern eine solche überhaupt erkennbar ist, spielt die Shoa keine nennenswerte Rolle. So waren beispielsweise im Januar 2010 während der von Janusz Marszałek in seiner Eigenschaft als Stadtpräsident von Oświęcim veranstalteten Gedenkfeier zum 65. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz unter den zahlreichen Delegationen keine jüdischen Vertreter anwesend; auch keine vom Museum Auschwitz. In seiner Ansprache wurden die jüdischen Opfer zwar nicht gänzlich vergessen, doch, getrennt von der eigenen Veranstaltung, verwies der Stadtpräsident lediglich auf die am Nachmittag stattfindende staatliche Feier in Birkenau.

Soweit erkennbar, verfolgt Janusz Marszałek mit der Realisierung des „Erinnerungs- und Friedenhügels“ weit gesteckte Ziele. Er möchte damit vor allem Oświęcim als „Stadt des Friedens“ präsentieren und die Kontakte mit anderen offiziellen „Friedensstädten“ pflegen und intensivieren. Entsprechend gilt die Erinnerung im Sinne eines nationalen Martyriums wohl vor allem den polnischen Opfern von Auschwitz und darüber hinaus allen weltweiten Menschenrechtsverletzungen, rassistischen und weltanschaulichen Konflikten, Vertreibungen, Völkermorden und Kriegen, und dies mit dem Ziel einer menschlichen Welt des Friedens. Allein eine solche umfassende Zielsetzung garantiert die weltweite Unterstützung des Projekts. Es fragt sich dann aber, warum es ausgerechnet in unmittelbarer Nähe zum Ort der Shoa verwirklicht werden soll.

Prof. Stanisław Luft

Offener Brief an die polnischen Bischöfe

Auslöser des Offenen Briefes von Prof. Luft war eine Äußerung von Pater Rydzyk in Zusammenhang mit seiner Polemik gegen den Polnischen Radio- und Fernsehrat. Diese in Radio Maryja seit Monaten anhaltende Polemik richtet sich gegen dessen Weigerung, Pater Rydzyk die von ihm gewünschte Ausweitung der Senderechte für den Fernsehsender „Trwam“ zu genehmigen. Dem Rat gehört auch der Sohn von Prof. Luft an. Dies nahm Pater Rydzyk zum Anlass, Prof. Luft in diese Polemik mit einzubeziehen, indem er erklärte: „Ich habe gehört, dass Papa im erzdiozesanen Seminar Pastoralmedizin lehrt. Bitte, wenden Sie sich an Ihren Sohn und sagen Sie ihm: 'Mein Sohn, was machst du denn da?'“ - Quelle: Tygodnik Powszechny Nr. 45, 04.11.12, S. 11

Hochwürdigster Herr Erzbischof, ich schreibe an Sie aus Sorge um die Kirche Gottes in Polen, ihre Integrität und ihr Ansehen. Ich bin emeritierter Professor der Rheumatologie, doch parallel zu meiner Arbeit als Arzt hielt ich 55 Jahre lang im Warschauer Priesterseminar Vorlesungen zur Pastoralmedizin, wofür ich vom Heiligen Vater Johannes Paul II. mit der Auszeichnung „Pro Ecclesia et Pontifice“ geehrt wurde. Ich richte meine Worte als offenen Brief an den Episkopat, weil ich in Zusammenhang mit der öffentlichen Tätigkeit meines Sohnes von Pater Tadeusz Rydzyk in Radio Maryja sowie in den Spalten von „Nasz Dziennik“ öffentlich angefeindet wurde. Diesen unglücklichen Vorfall halte ich für inakzeptabel, doch bei ihm handelt es sich nur um eine kleine Episode, die allerdings Veranlassung dazu bietet, auf äußerst bedrohliche Erscheinungen in der polnischen Kirche zu verweisen, wie sie u. a. mit einem Teil katholischer Medien unter dem Patronat von Pater Rydzyk verbunden sind.

Sieben Jahre nach dem Tod des polnischen Papstes, der über drei Jahrzehnte die polnische Kirche zusammen hielt, ist diese heute dramatisch gespalten. Die polnischen Katholiken sind geteilt in „wahre“ Katholiken und solche, die diese Bezeichnung nicht verdienen. Auf gleiche Weise unterteilt man die Polen. Vor sieben Jahren gingen im Rahmen großer Rekolektionen, wie sie beim Hinscheiden von Johannes Paul II. stattfanden, Millionen von Polen auf die Straße, um Einheit und Gemeinschaft zu erfahren. Heute bringt man polnische Katholiken auf die Straße, um unter dem Kreuz und dem Bild der Gottesmutter, politische Schlagworte gegenüber Andersdenkenden voller Abneigung, ja selbst voller Hass, von sich zu geben. Exakt fünfzig Jahre nach Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils sieht sich die polnische Kirche einer ernststen Krise gegenüber – droht ihr ein Bruch sowie eine massenhafte Abwanderung von Gläubigen; wir beobachten ein Schwinden des Konzilsgeistes. Statt einer „offenen Kirche“ als Antwort des Konzils auf die Probleme heutiger Welt, offeriert man heute eine sich zu einer „belagerten Festung“ verschließende Kirche mit einer Abneigung gegenüber der sie umgebenden Wirklichkeit. Statt einer Kirche der Liebe und der Toleranz offeriert man eine Kirche des Kampfes, ja des Krieges. Das konziliare Prinzip einer Trennung der Religion von der Politik, das übrigens direkt bis zur Quelle des Christentums, bis zur Lehre Christi zurückreicht, wird heute ohne die geringsten Skrupel

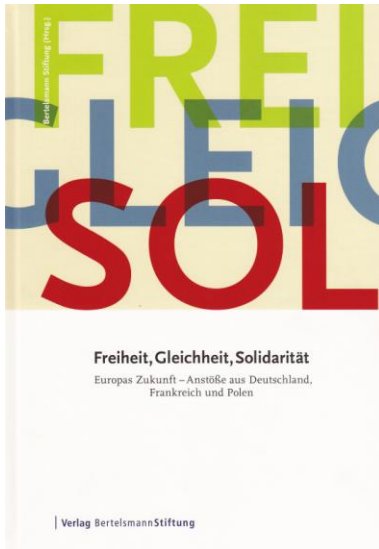
verletzt. Die Medien, die sich selbst „katholische Stimme in deinem Haus“ nennen, engagieren sich nicht nur zur Unterstützung konkreter politischer Strömungen, sie organisieren geradezu gemeinsam mit Parteien politische Aktionen und Demonstrationen. Das ist mit der Lehre der Kirche, wie sie in der Pastoralkonstitution über die Kirche in der heutigen Welt (Art. 76) enthalten ist, ebenso unvereinbar wie mit den Bestimmungen des Konkordats. Politische Spaltungen, wie sie zur Natur einer jeden demokratischen Gesellschaft zählen, in Polen aber ausgesprochen tief gehen, werden in diesen Medien zusätzlich geschürt. Schlechte Emotionen werden in Gang gesetzt und Hass wird geweckt, der von Zeit zu Zeit in Form schlimmer Vorkommnisse, z. B. während Festlichkeiten und staatlichen Feierlichkeiten öffentlich zum Ausdruck kommt. Als Veteran des Warschauer Aufstands musste ich das persönlich erleben. Dies alles geschieht im stillen Einverständnis der offiziellen Organe der hierarchischen Kirche, und die Stimmen des Widerspruchs einzelner Bischöfe, die es einst häufiger gab, werden zunehmend isoliert.

Diese bedrohlichen Tendenzen sind dabei, die Oberhand zu gewinnen, wenngleich sie natürlich nicht die gesamte Kirche erfassen. Die Mehrheit polnischer Katholiken engagiert sich nicht bei lautstarken politischen Demonstrationen und fühlt sich nicht in einem angeblich unfreien Land diskriminiert. Aber dafür beginnen immer mehr Menschen, sich in der Kirche unbehaglich zu fühlen. Ich möchte niemandem das Recht absprechen, seinen Glauben auf verschiedene Weise zu leben, doch man kann leicht zu der Überzeugung gelangen, dass sich lauthals eine Minderheit der Kirche bemächtigt und sie in eine politische Partei umformt. Sowohl die historische Erfahrung als auch die Beobachtung der heutigen Welt zeigen, dass überall dort, wo es zu einer Vermischung der Religion mit der Politik kommt, sich die politischen Konflikte verschärfen und der große Verlierer die Religion ist, die geschwächt wird und die Kraft ihrer moralischen Sendung einbüßt.

Auf uns alle, doch insbesondere auf die Hirten der polnischen Kirche, auf den Episkopat und seine Strukturen lastet heute eine gewaltige Verantwortung, diese verderbliche Richtung zu ändern. Man muss heute betont daran erinnern, dass die Allgemeine Kirche ihrer Definition nach allumfassend ist. In ihr ist Platz für jeden Menschen, ohne Rücksicht auf die politische Farbe und auf die Nationalität. Man muss sich in Erinnerung rufen, dass die Kirche verbindet und nicht trennt. Ich bin bereits ein alter Mensch – Glaube und Kirche waren der Inhalt meines gesamten, beinahe neunzigjährigen Lebens. Und daran wird sich ganz gewiss nichts ändern, denn ich weiß um die Heiligkeit der Kirche. Doch Menschen, bei denen das Gefühl des *sacrum* schwach entwickelt ist, verlassen die Kirche, der Institution überdrüssig sowie mit Abneigung gegenüber der Thorner Radiostation, deren sich zunehmend eine sich im Einklang mit politischen Parteien befindliche Gruppierung bemächtigt. Im Namen der Zukunft der Kirche in Polen, im Namen ihrer Einheit, bitte ich die Bischöfe und appelliere an sie, die für die Kirche wie für Polen so bedrohlichen Tendenzen zu bedenken und abzuwenden.

Mit christlichem Gruß. Hochachtungsvoll. Stanisław Luft

Rezensionen



Bertelsmann Stiftung (Hg.): Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Europas Zukunft – Anstöße aus Deutschland, Frankreich und Polen.
Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2012, 135 S.

Die Bertelsmann Stiftung hat hier ein grafisch und inhaltlich beachtliches Werk unter dem attraktiven Titel „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ veröffentlicht, das man schon wegen seiner sympathischen Aufmachung gern in die Hand nimmt. Das auf dem Cover der Schriftzug für Freiheit grün, die Gleichheit blau und die Solidarität rot abgedruckt sind, hat sicher einen tieferen Sinn, denn offenbar wurde bewusst auf das gängige Ampelsymbol verzichtet. Es fehlt das liberale Gelb als mahnender Signalton. Unabhängig davon ragen die Buchstaben dieser drei zentralen Begriffe ineinander hinein, überlappen sich, so dass gleich deutlich wird, dass das Eine ohne das Andere nicht geht, dass sie alle drei zusammen gehören und einander bedingen. Allerdings kommt es in jeder Gesellschaft bekanntlich immer wieder ganz konkret auf die Anteile von Freiheit, Gleichheit und Solidarität an, auf ihr Mischungsverhältnis. Worum könnte es in diesem Buch also gehen? Vielleicht um ein kondensiertes tricolores Weimarer Dreieck mit einer Hoffnung heischend- grünen Freiheit, einer unterkühlt-blauen Gleichheit und einer kämpferisch-mitfühlenden Solidarität (Brüderlichkeit)? Man ist gespannt und beim ersten Blättern fallen zunächst die zahlreichen, gelungenen Fotoserien von Klaus Mellenthin (Freiheit), Antonia Torres (Gleichheit) und Michał Szlage (Solidarität) auf, die – wie man nach erster Lektüre feststellt – die Texte leitmotivisch untermalen.

Den Freiheitsbegriff in seiner deutschen, französischen und polnischen Variante handeln in zwei konzisen Essays und einem Gespräch Marianne Birthler, Daniel Cohn-Bendit und Adam Krzemiński ab. Birthler zeichnet in ihrem Beitrag den schwierigen Weg zu einer Kultur des (gemeinsamen) Erinnerens in West und Ost nach und stellt abschließend fest, dass eine systematische Aufarbeitung des europäischen Kommunismus noch ausstehe. Das Interview mit Cohn-Bendit kreist um die Frage, ob und wann sich so etwas wie ein gemeinsames europäisches Bewusstsein herausbilden kann. Berührt werden aber auch in historischen Rückblenden die Unfähigkeit der deutschen dogmatischen Linken, die DDR eindeutig als Diktatur zu bewerten sowie die Unterschiede hinsichtlich des Freiheitsverständnisses in Frankreich und Deutschland. Adam Krzemiński rekonstruiert wiederum das polnische Verständnis von Freiheit in Verbindung mit zentralen historischen Epochen der polnischen und europäischen Geschichte. Dabei stehen das polnische Streben nach Unabhängigkeit sowie der inzwischen inflationäre, politisch immer wieder neu instrumentalisierte Gebrauch eines ambivalenten Freiheitsbegriffs im Vordergrund seiner Erwägungen.

Das Kapitel über die Gleichheit wird von einem persönlichen, biografischen Text von Dilek Güngör eingeleitet, der auf die Unterschiede zu gleichaltrigen Deutschen abhebt, mit denen sie in seiner türkischen Familie in Deutschland aufwächst und doppelt sozialisiert wird. Das, was in ihrem Leben anders ist und sie von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet, bezeichnet das Kind als falsch und macht dafür seine Eltern verantwortlich. Später löst sich die Zweiheit – der Gegensatz Deutsch und Türkisch – allerdings zu einer Art Vielheit auf. Heute ist Güngör hingegen formal gleich gestellt (deutscher Pass), stellt sich aber die Frage, ob sie wirklich gleich ist. Das einstige Dilemma habe aber wohl an Schärfe verloren, denn inzwischen habe man überwiegend positiv auf Unterschiede ab und schätze das Andere. Das Fazit: Zwar interessieren sich die Menschen für das Andersartige, aber sie umgeben sich lieber mit dem, was ihnen vertraut ist.

Mit der Gleichheit auf Französisch und der Gleichheit auf Europäisch setzt sich Martin Hirsch auseinander, wobei der Autor zunächst auf die extremen Pole vom „gepriesenen Aufstieg zur Gleichheit“ bis hin zur „gefürchteten Nivellierung durch Gleichheit“ hinweist, den Begriff dadurch relativiert und in seiner universellen Geltung in Frage stellt. Mit John Rawls wird dann konstatiert, dass eine Dosis Ungleichheit für alle gut sei. Ferner diskutiert Hirsch die Frage, ob der Begriff der Chancengleichheit in Frankreich nur ein Mythos sei und die Abschaffung der Diskriminierung – trotz der gerade in Frankreich formalrechtlich gewährten Gleichheit – lediglich ein Trugbild darstelle. Der Autor kommt schließlich zu dem nicht unerwarteten Ergebnis, dass gesetzlich gewährte Gleichheit nicht ausreiche und dass das Thema Gleichheit in einem weiterhin sehr ungleichen Europa noch lange auf der Agenda der EU stehen werde.

Jacek Kucharczyk und Aleksandra Niżyńska werfen in ihrem Beitrag die Frage auf, ob der Begriff der Gleichheit in Polen ein ungewolltes Relikt des Kommunismus oder die Chance für ein gemeinsames Europa sei. Nach der Wende gab es in Polen landesweit starke Vorbehalte gegen jedwede Idee der Gleichheit, zumal man vom System des real existierenden Sozialismus zutiefst enttäuscht war. Allerdings schuf im real existierenden Kapitalismus weder die politische Rechte noch die politische Linke gesellschaftlich tragfähige Gleichheitskonzepte. Die Gesellschaft setzte paradoxerweise sowohl auf weitere Marktreformen als auch auf die Durchsetzung einer neuen sozialen Gerechtigkeit. In dieser Hinsicht wurde sie – unabhängig vom politischen Kurs der jeweiligen Regierungen – bitter enttäuscht. Inzwischen werde die weiterhin aktuelle Gleichheitsdebatte in Polen, wo soziale und regionale Asymmetrien stetig zunehmen, allerdings stärker vor dem Hintergrund europäischer Werte- und Normendiskurse geführt.

In seinem pointierten Aufsatz stellt Heiner Geissler einleitend fest, dass heute nicht so sehr die Freiheit, sondern die Solidarität gefährdet sei, und somit auch nicht mehr der Kommunismus, sondern der aktuell herrschende Raubtierkapitalismus die Menschheit bedrohe. Auch in Deutschland gebe es kein humanes Wirtschaftssystem mehr, die Praxis der Agenda 2010 sei inhuman, der Mensch zum reinen Kostenfaktor degradiert

worden. Was bleibe, sei die Nächstenliebe als Grundlage menschlicher Zivilisation. Diese Form der Solidarität mit Notleidenden erfordere aber auch subsidiäres Denken und Handeln. Insofern könne die EU, in der das Ordnungsprinzip der Subsidiarität bekanntlich groß geschrieben werde, durchaus als positiver Prototyp angesehen werden, auch wenn man ihr vorwerfen müsse, dass sie aus kurzsichtigem Eigeninteresse viel zu wenig Solidarität mit den Entwicklungsländern – speziell Afrika – zeige.

Jean-Fabien Spitz lässt sich aus französischer Perspektive über den Begriff der Solidarität aus. Es verweist darauf, dass dieser auf Léon Bourgeois zurückgehende Begriff die unentwirrbare Verknüpfung der Gesellschaft bedeute, auf der letztendlich der französische Sozialstaat aufbaue. Solidarität sei so betrachtet die Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen. Dies setze auch eine gleiche Verteilung dessen voraus, was gemeinschaftlich geschaffen wird. Basis hierfür sei die republikanische Idee, in der postuliert werde, dass die Mitglieder einer freien Gesellschaft gleichwertig sind.

Marek A. Cichocki stellt in seinem Artikel etwas resigniert fest, dass der Begriff der Solidarität in Polen eine Leerformel darstelle, der niemanden (mehr) inspiriere. Die Revolutionsjahre 1980/81 mit dem Aufbegehren der „Solidarnosc“ hätten keine Auswirkungen auf die gesellschaftliche Gestaltung des Landes gehabt, heute sei der Primat des Individualismus, des Egoismus und des freien Wettbewerbs beherrschend. Allerdings handele es sich aufgrund des allenthalben spürbaren Staatsversagens um einen erzwungenen Individualismus. Solidarität werde in Polen in erster Linie in der christlichen Lehre und innerhalb der katholischen Kirche unter dem Motto „Einer trage des anderen Last“ in Form von Nächstenliebe gelebt.

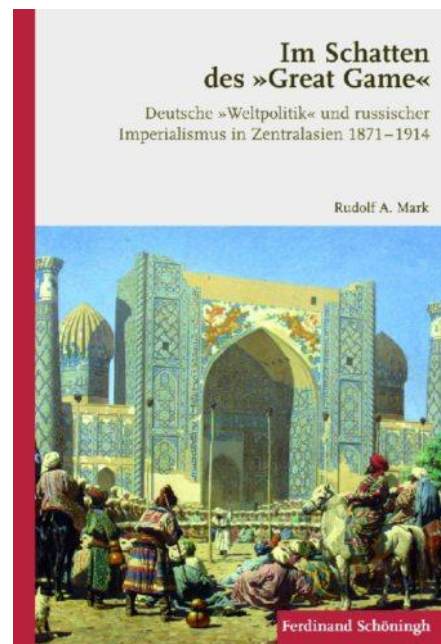
In dem den Band abschließenden Gespräch über Freiheit und Demokratie sind sich Adam Michnik und André Glucksmann einig, dass es zu zahlreichen Missbräuchen im Hinblick auf die „wahre Freiheit“ gekommen sei. Nachrevolutionäre Freiheit habe sich häufig negativ und unvollkommen entwickelt und sei in Despotien gemündet. Michnik beklagt überdies, dass sich in Polen keine zivilisierte Rechte entwickelt habe, vielmehr gebe es heute in ganz Ostmitteleuropa „barbarische“ Rechtsparteien. Die letzte Strafe der kommunistischen Systeme sei der Umstand, dass sie ethnische Nationalismen hervorgebracht hätten.

Dieses aufwändig und sorgfältig gestaltete Buch verfügt über konzise Kurzbiografien der beteiligten Autorinnen und Autoren, ein Glossar sowie ein sehr nützliches Personenregister, was seine Lektüre erheblich erleichtert.

zw

**Rudolf A. Mark: Im Schatten des „Great Game“.
Deutsche „Weltpolitik“ und russischer
Imperialismus in Zentralasien 1871-1914.
Ferdinand Schöningh. Paderborn 2012, 504 S.**

Diese voluminöse Studie zur „Deutschen Weltpolitik“ im Rahmen der russisch-britischen „Great Game“ in Zentralasien zwischen 1871 und 1914 stellt die Habilitationsschrift des Lüneburger Historikers Rudolf A. Mark dar, der sich in der Vergangenheit als Ukraine-Experte einen Namen gemacht hat, dessen besonderes Interesse allerdings seit etlichen Jahren Zentralasien gilt. Neben einem kurzen Vorwort und einem umfangreichen Anhang mit einem sehr ausführlichen Quellen- und Literaturverzeichnis besteht das Buch aus sechs übergreifenden Kapiteln. Wichtige Hilfsmittel sind überdies eine schematische, übersichtliche Karte Russisch-Turkestans zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf der Innenseite des Buchdeckels sowie die Orts- und Namensregister. Der Band wurde sorgfältig ediert und macht schon aufgrund der Abbildung der exotischen Medrasah Shir-Dhor (Samarkand) aus einem Gemälde von Vasilij V. Vereščagin neugierig.



Im ersten Kapitel berichtet Mark über den Forschungsstand, über seine Quellenrecherche und die einzelnen Archive, in denen er fündig wurde. Er hebt hervor, dass er über die Darstellung der eigentlichen Diplomatie-Geschichte hinaus bestrebt ist, durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Ebenen transnationaler Beziehungen und ihrer multidimensionalen Entwicklung zu einem umfassenderen Verständnis von Internationaler Politik zu gelangen. (S.35) Diesem Ansatz bleibt der Autor durch die Einbeziehung der relevantesten Akteure auf deutscher, russischer und britischer Seite sowie die Berücksichtigung unterschiedlichster Quellenarten – vor allem aber der breitenwirksamen politischen Publizistik – durchweg treu, so dass wir es mit einer erfreulich multiperspektivischen, abgewogenen und dem komplexen Gegenstand angemessenen Narration zu tun haben.

Nach einer Begriffsbestimmung Russisch-Turkestans, in der die Definitionsvorschläge der Wissenschaftler Jörg Stadelbauer und Svat Soucek, aber auch die zeit- und zweckbedingten Verkürzungen von Politikern wie Zbigniew Brzezinski (Eurasia Balkans) oder Otto von Bismarck (Transoxanien) vorgestellt werden, erfolgt eine kurze Charakteristik der russischen Eroberung und Herrschaft in Zentralasien.

Im kurzen dritten Kapitel setzt sich Mark mit den Deutschen in Zentralasien, ihrer Stellung in der Gesellschaft Russisch-Turkestans sowie – in einem Exkurs – mit Deutschland und Afghanistan auseinander. Die Darstellung reicht von dem bayrischen Söldner Johan Schiltberger (Ende des 14. Jahrhunderts) bis ins frühe 20. Jahrhundert, wobei deutlich wird, dass deutsche und deutschbaltische Kolonisten,

Verwaltungsbeamte und Militäranghörige in Diensten der Zaren in hohem Maße an der territorialen Integration und institutionellen Eingliederung der annektierten Gebiete beteiligt waren. (S.65) Hingegen wurde Afghanistan – als Hauptziel und Schauplatz des Great Game – für Deutsche erst sehr viel später, Ende des 19. Jahrhunderts, interessant. Die Bemühungen einzelner, vor Ort aktiver deutscher Protagonisten, deutsche Firmen zu einem Engagement in Afghanistan zu bewegen, waren wenig erfolgreich. Auch kam es zu keiner offiziellen Aufnahme von Beziehungen zwischen Berlin und Kabul, allerdings gelangten Anfang des 20. Jahrhunderts deutsche Waren in den Hindukusch.

Ein sehr ausführliches Kapitel ist der Darstellung Russisch-Turkestans in der deutschen Publizistik bis zum Ersten Weltkrieg gewidmet. Zentralasien wird darin als Region von globaler Bedeutung betrachtet, da sich hier das Great Game zwischen Russland und Großbritannien abspielte. Dabei stilisierte man Russland als Gewinner, das seine Fähigkeit als Kolonialmacht erfolgreich unter Beweis stelle. Die Expansion des Zarenreichs sah man als historisch, sicherheits-, macht- und handelspolitisch legitim an. Russland wurde als Kolonialmacht charakterisiert, das der mittelasiatischen Bevölkerung die Befreiung aus Unsicherheit, Not und Barbarei brachte, die vermeintlichen kolonialisatorischen Erfolge wurden auf die angeblich kulturelle Nähe der Russen zur orientalischen Welt zurückgeführt. Etwas später, in Wilhelminischer Zeit, gab es dann die Tendenz, in der russischen Expansion nach Zentralasien ein Beispiel für Deutschland zu erblicken, das möglichst nicht zu spät kommen sollte, wobei man sich von der Erschließung dieses Raumes die Durchsetzung eigener Wirtschaftsinteressen versprach.

Für die deutsche Außenpolitik spielte das Great Game mit dem zentralasiatischen Schauplatz eine wichtige Rolle, die Entwicklung am Hindukusch wurde deshalb von Bismarck und dem Auswärtigen Amt genau beobachtet. Man verstand das russische Engagement in Zentralasien dabei als willkommene Ablenkung Russlands von den europäischen Spannungsfeldern auf dem Balkan. Allerdings war Bismarck lediglich an der Kontrolle der beiden Weltreiche, nicht an der Eskalation der russisch-britischen Spannungen in Zentralasien interessiert. Durch die Annäherung zwischen Russland und Großbritannien büßte das Deutsche Reich aber spätestens nach der Penjdeh-Krise seine Mittlerrolle ein. Im Unterschied zur Bismarck-Ära gab es in Wilhelminischer Zeit verstärkt Versuche, Russland zu antibritischen Manövern an den Grenzen des Empire zu bewegen. Der Autor hebt in diesem Kontext hervor, dass der Kardinalfehler deutscher Außenpolitik darin bestanden habe, die Interessen der beiden Großmächte fehlinterpretiert zu haben. Zudem war Russland immer weniger auf deutsche Unterstützung angewiesen, was die Regelung der Verhältnisse in Zentralasien betraf. Auch hatte sich in der Politik und der öffentlichen Meinung Russlands inzwischen eine entschieden antideutsche Haltung durchgesetzt. Zwar –so Mark – nahm die deutsche Diplomatie diese Veränderungen wahr, allerdings setzte sich letzten Endes das Wunschenken Wilhelms II durch, der sich eher auf die Ratschläge seiner Militärs als

die seiner Diplomaten verließ. Ungeachtet dessen wurden strategisch bedeutende Regionen genau beobachtet, wobei mit der deutschen Entscheidung „Weltpolitik“ und „Welthandelspolitik“ zu betreiben, jede Region zum potenziellen Erschließungsobjekt und Markt für deutsche Produkte werden konnte.

In der deutschen Wahrnehmung stellte Russisch-Turkestan das logistische Vorfeld für den russischen Einfluss in Persien dar. Dabei bewertete man die Umsetzung der russischen Kolonialpolitik in Mittelasien als Indikator für die Erfolge und Misserfolge der russischen Kolonialpolitik an sich.

Aufgrund des verstärkten Aufbrechens der Nationalitätenfrage nach der Revolution von 1905 und der damit verbundenen Konflikte wurden die vermeintlichen Integrationserfolge des russischen Kolonialismus kritisch unter die Lupe genommen und in Frage gestellt. Zwar gab es –so Mark – in jenen Jahren noch keine deutschen Dekompositionspläne im Hinblick auf das Russländische Reich, allerdings wurden aber auch gerade in jener Zeit erste Kontakte zu den Vertretern russländischer Panturkisten geknüpft. (S.446)

Der Autor zeigt auf, dass die deutsche Regierung keinen speziellen ökonomischen Interessen in Russisch-Turkestan nachging. Auch scheiterten die Versuche deutscher Unternehmen in den Sparten Kommunikation, Energieversorgung und Maschinenbau auf dem turkestanischen Markt Fuß zu fassen, an vielfältigen Hemmnissen sowie am ausgesprochenen Desinteresse Berlins. So waren es private deutsche und deutsch-russische Firmen, die in der Region wirtschaftlich bestimmend blieben. Mark konzidiert ihnen einen hohen Grad an Anpassungsfähigkeit und hebt hervor, dass sie sich keinesfalls als Agenten imperialistischer deutscher Expansion hervortaten. Während sie bis 1914 unter germanophoben Maßnahmen zu leiden hatten, wurden sie erst nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wirklich verfolgt.

Zusammenfassend kommt der Autor zum Ergebnis, dass auch nach Ende des Great Game die Region für die Pläne und Überlegungen des Deutschen Reichs relevant blieb. Allerdings war das Deutsche Reich international weitgehend isoliert und sowohl die Beziehungen mit Russland als auch die mit Großbritannien hatten sich – vor allem unter dem Druck der öffentlichen und veröffentlichten Meinungen der involvierten Mächte – erheblich verschlechtert. Insofern ist nachvollziehbar, dass man auf deutscher Seite bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf einen ernsthaften russisch-britischen Konflikt hoffte, der von Zentralasien ausgehen würde. Dieser Konflikt, der die deutsche Isolation hätte beenden können, stellte sich aber bekanntlich nicht ein.

zw



Thomas Kunze, Thomas Vogel: Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. Eine Reise durch die 15 früheren Sowjetrepubliken. Ch. Links. Regensburg 2011, 285 S.

Der Historiker Thomas Kunze und der Publizist Thomas Vogel, beides ausgewiesene Osteuropa-Experten, legen zwanzig Jahre nach dem Verschwinden der UdSSR einen Reisebericht vor, in dem sie sich intensiv mit dem Erbe und den Neuentwicklungen in den einstigen Sowjetrepubliken beschäftigen. In dem einleitenden Vorwort wird zunächst der Zusammenbruch der Sowjetunion reflektiert, danach zeichnen die Autoren in dem Kapitel „Parallele Entwicklungen“ die Übergänge vom Modell des Sowjetmenschen zu neuen nationalen Entwicklungen nach.

Im Fokus des ersten Kapitels steht das Baltikum auf seinem Weg nach Europa. Historisch betrachtet wird im Hinblick auf alle drei baltischen Staaten zu Recht auf die schwere Hypothek des Hitler-Stalin-Pakts abgehoben und der komplizierte und riskante Weg zur Unabhängigkeit nachgezeichnet. Die von den Führungen in Tallin, Riga und Vilnius so sehr erstrebten Mitgliedschaften in der NATO und der EU, die nach langwierigen Beitrittsprozessen zustand kamen, bilden einen weiteren Themenschwerpunkt. Schließlich wird auch verdeutlicht, dass so mancher baltische „Tigerstaat“ nach hoffnungsvollem wirtschaftlichem Start aufgrund turbulenter innerer und äußerer Krisen in der Staatspleite landete. Dem Verhältnis zu und dem Umgang mit der einst dominanten, wenig geliebten Gruppe der in den baltischen Staaten lebenden Russen sind naturgemäß entsprechende Abschnitte gewidmet, wobei u.a. auch auf die Veränderungen der einst in Lettland restriktiv umgesetzten Staatsangehörigkeitsrechts abgehoben wird.

Den Entwicklungen in Russland, Weißrussland, der Ukraine und Moldawien ist der nächste thematische Block gewidmet, in dem zunächst auf die neuen, postsowjetischen Bündnisse eingegangen wird (GUS als Notgemeinschaft). Die Autoren beschreiben dann die chaotische Entwicklung in Russland (Wilder Osten) mit Nomenklatura-Privatisierung, Oligarchen und der verfehlten, unüberlegten Schocktherapie Jelzins sowie den Übergang zu dem Gespann Putin-Medwedjew und deren Rochaden zwischen den Ämtern von Präsident und Premierminister, die allerdings jüngst von einem wütenden Teil der russischen Gesellschaft entschieden abgelehnt wurde. Die „Demokratura“ Putins scheint demnach an Popularität einzubüßen. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt bilden die brutal geführten Tschetschenien-Kriege mit anhaltendem Ausnahmezustand sowie die Problematik des islamistischen Terrors, von dem Russland immer wieder heimgesucht wird. Schließlich gehen die Autoren vielleicht

zu optimistisch davon aus, dass sich Europa und Russland in zehn bis 15 Jahren in einer neuen europäischen Partnerschaft wiederfinden könnten.

Der anachronistischen Diktatur Alexander Lukaschenkos, der sich weder für die EU noch für Russland zu einem verlässlichen Partner entwickelt hat, ist der nächste Abschnitt gewidmet. Ernüchternd ist in diesem Kontext aus westlicher Sicht, dass Lukaschenko bis heute noch immer von einer Bevölkerungsmehrheit unterstützt wird. Allerdings gehen die Autoren aufgrund einer seit Jahren anhaltenden Wirtschaftskrise davon aus, dass Lukaschenko mit seiner autokratischen Planwirtschaft „am Anfang vom Ende“ stehe. (S.139)

Im Hinblick auf die Ukraine wird zunächst die Teilung in Ost und West akzentuiert und auf die „Orangene Revolution“ eingegangen, die nach einer Ära der Stagnation mit großen Hoffnungen verbunden war. Deren Niederlage und das Versagen des Hoffnungsträgers Juschtschenko brachten allerdings die Wiederkehr autoritärer Verhältnisse, eine stärkere Bindung an Russland und die Verhärtung der politischen Kultur, deren deutliches Zeichen die Inhaftierung und Verurteilung der einstigen Ministerpräsidentin Timoschenko ist. (S.151)

Ob sich das zwischen Rumänien und Russland umstrittene Moldawien, das unter dem Transnistrien-Konflikt zu leiden hat, einst stärker in Richtung EU oder gar zu einem Großrumänien entwickeln wird, bleibt – so die Autoren – abzuwarten. Der diesbezüglich weiter schwelende Konflikt zwischen Russland und Rumänien sowie eine sich in der EU ausbreitende Skepsis hinsichtlich weiterer Erweiterungsrunden sprechen wohl eher dagegen.

Anschließend präsentieren die Autoren die Kaukasus-Republiken Armenien, Georgien und Aserbaidschan. In ihnen herrscht ein raues politisches Klima und sie stellen mit den Sezessionsgebieten Berg-Karabach, Südossetien und Abchasien eine überaus komplizierte Konfliktregion der einstigen UdSSR dar. Intensiv behandelt werden der Streit um Berg-Karabach, die Pipeline-Politik Alijews in Aserbaidschan, die Rosenrevolution in Georgien mit der danach einsetzenden russischen Blockadepolitik sowie die komplexe Problematik der abtrünnigen Provinzen. Das Schicksal des armenischen Volkes und seiner Diaspora wird zutreffend als ein Wechselspiel zwischen Vernichtung und Vertreibung charakterisiert, auch hinsichtlich der Kontroverse, ob es sich bei den von der Türkei am armenischen Volk vollzogenen Verbrechen um einen Genozid gehandelt habe.

Schließlich die sog. Stan-Länder Mittelasiens Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkestan, die für viele Europäer lange unbekanntere Regionen blieben. Sie gelten weiterhin als wenig zivilisiert und man bringt sie eher mit islamistischem Terror als mit Seidenstraße und Kultur in Zusammenhang. Immerhin

leben in Mittelasien 63 Mio. Menschen mit über 100 ethnischen Zugehörigkeiten. Noch heute sind für sie Clans, postsowjetische Strukturen und Versatzstücke eines feudalen Herrschaftsstils charakteristisch, andererseits sind die Bemühungen um Modernisierung (Kasachstan!) unverkennbar. Prinzipiell stellen die Stan-Länder aber so etwas wie die letzte Bastion gegen den fundamentalistischen Islam dar. Im Hinblick auf das an Rohstoffen reiche Kasachstan berichten die Autoren über die imposante, aus dem Boden gestampfte Hauptstadt Astana, aber auch über das wenig schmeichelhafte „Borat-Image“ des Landes, das durch den gleichnamigen amerikanischen Kinofilm kreiert wurde. Kirgistan, die Schweiz Mittelasien, das sich relativ demokratisch gab und mir Dschingis Aitmatow über einen herausragenden Kulturbotschafter verfügte, ist trotz anfänglicher Reformversuche ein armes Land geblieben. Der Sturz Akajews nach der sog. Tulpenrevolution sowie der seines Nachfolgers Bakijew – gepaart mit blutigen ethnischen Unruhen im Fergana-Tal – sind die gravierendsten Indizien für die Labilität eines Landes, das Gefahr läuft, auseinanderzubrechen.

In Tadschikistan, dem Land der „Arier“, in dem man als Deutscher heute noch mit „Heil Hitler!“ begrüßt werden kann, wurden nach Erlangung der Unabhängigkeit blutige Auseinandersetzungen um die Macht ausgetragen, wobei immer wieder Drogenhändler und Islamisten aus Afghanistan in das Land eindringen. Nach dem Ende des Bürgerkriegs setzte ein einzigartiger Personenkult um den Präsidenten Rachmonow ein, der bis heute anhält. Terroristische Anschläge sind weiterhin nicht selten, auch bleibt der Konflikt um die lebenswichtige Ressource Wasser und um den umstrittenen Bau des riesigen Staudammprojekts in Rogun ungelöst.

Die Katastrophe des versandeten Aralsees steht am Anfang des Reiseberichts über Usbekistan. Im Unterschied zu den instabilen Nachbarn Tadschikistan und Kirgistan konkurriert das politisch stabile Usbekistan allerdings mit Kasachstan um die Vorherrschaft in der Region. Die terroristischen Aktivitäten islamistischer Gruppen werden entschieden bekämpft, die Position des autoritär herrschenden Islam Karimow bleibt ungefährdet. Während die wirtschaftliche Abschottung des Landes zunehmend negative Resultate zeitigt, bleibt offen, ob das Land, sollte es demokratisiert werden, nicht Gefahr liefe, von radikalen Islamisten übernommen zu werden.

Schließlich der Länderbericht über Turkmenistan mit dem monströsen Personenkult um Saparmat Nijasow alias Turkmenbaschi (Führer der Turkmenen), der selbst noch einige Jahre nach dem Tod des gottgleich verehrten Diktators anhält. Seine berüchtigte Ruhnama-Lehre führte durch die systematische Zerstörung eines einst funktionierenden Schul- und Hochschulsystems zu kruder ideologischer Indoktrination und intellektuellem Stillstand. Durch die Abschaffung unabhängiger Medien und eine monopolistische Staatspropaganda blieb die Bevölkerung lange absolut uniformiert und unkritisch. Der Nachfolger Turkmenbaschis, der autoritäre Gurbangul

Berdimuchamedow, betreibt allerdings eine vorsichtige Politik der Öffnung. Große Hoffnungen setzt man dabei auch auf die gewaltigen Erdgasvorkommen des Landes.

Diese in einem flüssigen Stil verfasste Darstellung, in der die Autoren immer wieder auf ihre eigenen Reiseerfahrungen aus unterschiedlichen Epochen zurückgreifen, ist mit einer schematischen Übersichtskarte, zahlreichen aussagekräftigen Fotos sowie Statistiken und kurzgefassten, kompakten Ländersteckbriefen ausgestattet, die es erlauben, sich schnell einen ersten Überblick zu schaffen. Die Mischung aus distanzierter Sachinformation und Analyse sowie die Wiedergabe persönlich erlebter Episoden machen sicherlich den besonderen Reiz dieses lesenswerten Nachschlagewerks aus.

zw



Anna Morawska: Dietrich Bonhoeffer. Ein Christ im Dritten Reich.

Aschendorff Verlag. Münster 2012, 287 S.

Man muss es bedauern, dass Anna Morawskas Bonhoeffer-Biographie nicht bereits kurz nach ihrem Erscheinen einen deutschen Verlag fand, sondern erst jetzt, vier Jahrzehnte nach ihrem allzu frühen Tod in deutscher Übersetzung vorliegt. Damals wäre das Buch gewiss als ein interessanter Beitrag zur Bonhoeffer-Forschung rezipiert worden, zumal in der Polen unmittelbar benachbarten DDR, in der sich zu jener Zeit die gesellschaftskritischen Kräfte innerhalb der evangelischen Kirche an Bonhoeffer orientiert haben. Ein grenzüberschreitender Dialog über das gesellschaftskritische Engagement im „realen“ Sozialismus, an dem es Anfang der 1970er Jahre noch sehr mangelte, wäre vielleicht möglich gewesen.

Unter dem Aspekt wissenschaftlicher Rezeption muss die jetzt vorliegende Arbeit daher als verspätet angesehen werden. Sollte sie im Rahmen der Bonhoeffer-Forschung Beachtung finden, dann wohl eher

im Sinne ihrer kritischen Überprüfung aus der Warte heutiger wissenschaftlicher Erkenntnis.

Trotz dieser Vorbehalte muss man der Anna-Morawska-Gesellschaft dankbar sein, auf deren Initiative die Bonhoeffer-Biographie ihrer Patronin nunmehr auf Deutsch vorliegt. Ihr vorangestellt ist ein Geleitwort von Tadeusz Mazowiecki, einem engen Weggefährten von Anna Morawska, der die polnische Originalfassung kurz nach Erscheinen mit seinem Essay „Ein Christ in unentwirrbaren Zeiten“ gewürdigt hatte, sowie ein Vorwort des Übersetzers Winfried Lipscher, der in diesem Werk vor allem einen „Schlüssel zum mentalen Verständnis des anderen“ sieht. (12) Ein kurzes Lebensbild der polnischen Publizistin aus der Feder des Rezensenten beschließt diesen Band.

In den vier Teilen ihres Buches befasst sich die Autorin mit Bonhoeffers frühen theologischen Positionen, mit dem Versagen seiner Kirche im Nationalsozialismus und seiner dadurch bedingten kirchlichen Entfremdung, mit Bonhoeffers Zugehörigkeit zur „Welt der Verschwörer“ sowie mit seinen „Briefen“ der letzten, durch die Haft geprägten Lebensphase. Dass im 40. Todesjahr von Anna Morawska diese Publikation erschienen ist, kann man vor allem als Würdigung ihrer Person betrachten. Sie war eine der ersten, die bereits in den 1960er Jahren des vorigen Jahrhunderts Deutschen die Freundeshand gereicht, Freundschaft gehalten und sich nach den Schrecken und Grausamkeiten des Krieges und der Okkupation für Versöhnung und Verständigung eingesetzt hat. „Ein Christ im Dritten Reich“ ist daher auch als Teil dieses ihres

Engagements zu verstehen. Und das in dem spezifischen Sinn einer der Versöhnung voraus gehenden intensiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Aus manchen Gesprächen mit Anna Morawska weiß ich, dass sie der Überzeugung war, ein Neuanfang in den deutsch-polnischen Beziehungen setze deren Aufarbeitung voraus. Sie war, nicht zuletzt von der 1968er Generation angestoßen, in Gang gekommen, ohne dass diese Entwicklung damals im kommunistischen Polen in entsprechender Form zur Kenntnis genommen worden wäre. Auch Anna Morawska war von der Frage bewegt, wie dies alles hatte geschehen können, wie es möglich war, dass die Schreckensherrschaft des NS-Systems bis zum bitteren Ende Bestand hatte. Eine erste Antwort fand sie bei Joachim C. Fest, dessen 1963 erschienenes Buch „Das Gesicht des Dritten Reiches“ sie ausführlich rezensiert hat. Ihr Fazit: „Das Dritte Reich war kein Blitz aus heiterem Himmel. Auch 'anständige' und ihrer Meinung nach 'gute' Menschen waren mit dem Dritten Reich bewußt oder unbewußt einverstanden [...]“ Doch wichtige Fragen blieben offen, so die nach dem Versagen der Kirchen und die nach dem Scheitern des Widerstandes – beides aus polnischer Sicht schwer begreifbare Vorgänge. Ihnen geht sie in ihrer Bonhoeffer-Biographie nach, zur eigenen Klärung und um sie ihren Landsleuten verständlich zu machen.

Mit reichlichen Beispielen belegt die Autorin das Versagen der evangelischen Kirche, das nicht allein die Deutschen Christen betroffen habe, welche die Kirche an den staatlichen Apparat ausgeliefert und innerhalb der kirchlichen Institutionen das Sagen gehabt hätten. Auch die Bekennende Kirche sei nicht nur ein Ruhmesblatt in jener dunklen Zeit gewesen. Ihr Kirchenkampf habe mehr den Deutschen Christen als dem NS-System gegolten. Ihr sei es vor allem, nicht anders als der katholischen Kirche, um die kirchliche Selbsterhaltung gegangen. Mit sich selbst befasst, habe sie es versäumt, den Glauben vor der Welt zu bekunden, wie Bonhoeffer dies immer wieder eingefordert habe.

In Polen sei, was Anna Morawska ausdrücklich vermerkt, die Lage eine völlig andere gewesen. „Es gab bei uns in der Okkupationszeit keine 'schiefe Ebene': Der Abgrund war von Anfang an für alle gleichermaßen eindeutig [...] In Deutschland war das schwieriger.“ (98) Im Klartext: Anders als in Deutschland gab es für Polens Kirche nicht einmal die „Chance“ zur Kollaboration.

Auch die deutschen Widerstandskreise hätten versagt. Über lauter Planspielen und moralischen Skrupeln hätte man sich kaum einmal zur Tat entschlossen gezeigt. Die Ursachen für diese zögerliche Haltung sieht Anna Morawska in einem durch Kant und Hegel begründeten, auf Pflicht und absolutem Gehorsam basierenden Staatsdenken, das in einem deutlichen Kontrast zur polnischen politischen Kultur steht. Damit verdeutlicht sie aber auch den schwierigen Prozess deutscher Widerständler, die sich erst aus den Fängen eigener nationaler Tradition befreien mussten, um sich gegen Hitler

verschwören zu können. Ganz nebenbei bricht sie mit ihrer Darstellung ein Tabu, indem sie gegen die offizielle Version eines ausschließlich kommunistischen Widerstandes den durch aristokratisch-bürgerlich militärische Kreise repräsentierten Widerstand, dem Bonhoeffer angehörte, in Polen bekannt machte.

In den einleitenden Ausführungen zum „Sinn einer Begegnung mit Bonhoeffer“ findet sich der Satz: „Alles, was Bonhoeffer geschrieben hat, einschließlich seiner sehr akademischen, frühen theologischen Traktate, war immer zuerst ein Dokument seiner Reaktion auf die ihn umgebende Welt [...]“ (15) Dieser Satz ist wie ein Leitfaden, bestimmt er doch die Vorgehensweise der Autorin, die Bonhoeffers Aussagen durchgehend in einem engen Bezug zu der ihn umgebenden Welt seiner Kirche und des totalitären NS-Systems bespricht. Damit liest sich dieses Buch als Drama eines Christen, der sich – indem er an seinen Idealen eines nicht abstrakten, sondern konkreten Christentums festhält – immer mehr seiner Kirche entfremdet, der sich mit ihren aussichtslosen Protesten nicht zufrieden gibt, der den Weg des Widerstandes wählt und dies im Bewusstsein, dadurch schuldig zu werden, der dafür mit seinem Leben bezahlt und den seine Bekennende Kirche „anfangs nicht einmal auf die Liste jener Gefangenen setzen (wollte), für die in Gottesdiensten Fürbitten gesprochen wurden [...]“. (201)

Die 1970 in einer unansehnlichen Aufmachung und in bescheidener Auflage erschienene polnische Ausgabe wurde vor allem von Dissidenten gelesen. Die katholischen Intellektuellen der sogenannten „Znak-Gruppe“, der auch Anna Morawska angehörte, fanden in dieser Schrift die Grundlagen für einen offenen, gesellschaftskritischen Katholizismus. Die Oppositionellen aus dem linken Lager erkannten in Bonhoeffers Drama eine Analogie zu ihrem eigenen Schicksal. Die Entfremdung, die Bonhoeffer in seiner Kirche erfahren hatte, erlebten sie in ihrer kommunistischen Partei, auf die sie ihre Hoffnung einer besseren Welt gesetzt hatten. Auch sie waren enttäuscht worden, hatten den Boden unter den Füßen verloren, mussten ihren Ort neu finden und hatten für ihre Haltung langjährige Haftstrafen in Kauf genommen. Diese Wirkungsgeschichte von „Ein Christ im Dritten Reich“ blieb Anna Morawska wegen ihres frühen Todes verborgen. Sie ist, angeregt von Professor Szaruga, Gegenstand einer in Kürze zu erwartenden Dissertation.

Anna Morawska wurde selbst von Bonhoeffers Denken stark beeinflusst. Seine Fragen waren auch ihre Fragen: „Was ist das Christentum für uns heute? Anders gesagt: Wie kann es gelingen, die Inhalte unserer Tradition auf eine Weise zu überliefern, damit sie erkennbar werden und für das Leben so vieler unserer Zeitgenossen aufleuchten, für Menschen, die uneigennützig, mutig, sachlich und verantwortungsbewusst sind, und zwar auf eine gänzlich andere Weise, als es uns die egozentrische, juristische und entweltlichte Mentalität [...] klerikaler Gettos beigebracht hat? (253) In ihrem 1966 auf dem Lyoner Pax-Romana-Kongress gehaltenem Grundsatzreferat „Dialog mit Nichtglaubenden“ finden sich ähnliche Fragen und Gedanken: „Ob wir wollen oder

nicht [...], diese Situation zwingt uns oder wird uns früher oder später dazu zwingen, damit aufzuhören, unser eigenes, kleines, individualistisches Leben im Rahmen des Christentums zu führen.“ (284) Sie beruft sich ausdrücklich auf Bonhoeffer, wünscht sich wie er eine Kirche „weniger autoritär, weniger zentralisiert, weniger stark.“ (287)

Anna Morawskas Hoffnung auf einen Dialog mit Nichtglaubenden hat sich in ihrer Heimat wenigstens für eine kurze historische Phase erfüllt. Ihr Buch hat sicher dazu beigetragen, dass sich 1976 mit der Gründung von KOR Christen und Nichtchristen zu einem solidarischen Handeln verbanden und damit für die Solidarność die Grundlage legten sowie einen Prozess einleiteten, der 1989 den europäischen Umbruch möglich machte.

tm



**Mathias Kneip, Manfred Mack (Hg.):
Polnische Gesellschaft. Darstellungen und
Materialien für den Unterricht. Mit CD-ROM.
Cornelsen- Verlag, Berlin 2012, 192 S.**

Diese vom Deutschen Polen Institut herausgegebene Publikation ist für deutsche Schulen und Lehrkräfte konzipiert, die partnerschaftlichen Austausch mit polnischen Schulen pflegen und Materialien an die Hand bekommen sollen, um sich gezielt auf ihre Polenaufenthalte und die damit verbundenen deutsch-polnischen Projekte vorbereiten zu können. Angesprochen werden sollen in erster Linie Schüler/innen der Sekundarstufe II. Dem Buch wurde eine CD-ROM beigegeben, um die Inhalte des Buches leichter in bestehende Unterrichtskonzepte einarbeiten zu können. Dies ist schon deshalb nötig, weil es in zahlreichen deutschen Schulen, die Austauschmaßnahmen mit polnischen Partnerschulen unterhalten, aufgrund gespickter Lehrpläne kaum Zeit gibt, allfällige Polenaufenthalte gründlich vorzubereiten. Vorbereitungsseminare für

Polen finden deshalb nicht selten im Rahmen außerschulischer Bildungsangebote und in Bildungsstätten statt, die – wie das GESW in Vlotho – entsprechende Angebote machen. Hier besteht dann die Möglichkeit, sich zwei Tage lang intensiv mit dem Zielland, den deutsch-polnischen Beziehungen in Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu beschäftigen, ohne der schuleigenen Taktung und den damit verbundenen zeitlichen und curricularen Zwängen zu unterliegen. Neben Vorträgen wird intensiv in Workshops gearbeitet, in denen natürlich auch die polnische Gesellschaft mit all ihren politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragestellungen im Vordergrund steht. Dass die Situation polnischer Jugendlicher dabei einen prominenten Platz einnimmt, versteht sich angesichts der Zielgruppe von selbst.

Insofern macht das vorliegende Buch neugierig. Es besteht aus 13 Kapiteln und einem ausführlichen Anhang. Hier finden sich neben einer Zeittafel Polens 1989-2011 und einem notwendigen und nützlichen Glossar Ausspracheregeln für das Polnische sowie eine Auswahlbibliographie und ein Adressverzeichnis. Für die einzelnen Kapitel zeichnen insgesamt zehn Autoren/innen verantwortlich, die in der Regel recht konzise, verständlich verfasste, gut lesbare „Einleitungen“ geschrieben haben. Die Texte werden von reichhaltigem Bildmaterial (Karikaturen!) sowie aussagekräftigen Tabellen und Statistiken ergänzt.

Jedem Kapitel wurden Quellentexte nachgestellt, die von den Schülern/innen bearbeitet werden können. In den „Arbeitsanweisungen“ finden sich konkrete Fragen, die den Umgang mit den Texten erleichtern sollen. Überdies werden Vorschläge für Referate und Facharbeiten gemacht. Die einzelnen Kapitel sind zwischen zwölf und vierzehn Seiten lang und stecken voller Informationen, Anregungen und Arbeitsaufträge. Die

gründliche Erarbeitung auch nur eines dieser Kapitel würde sicherlich weit mehr als zwei Schulstunden erfordern. Selbst für motivierte Schüler/innen der Sekundarstufe II! Insofern wird das Buch sowohl in Schulen als auch in der außerschulischen Bildung wohl nur nach dem Steinbruch-Prinzip einsetzbar sein. Das inhaltliche Angebot ist dabei vielfältig und deckt ein großes Spektrum wichtiger Fragen und Problemstellungen ab: Politisches System/ Transformation/ Wirtschaft, Arbeit und Soziales/ Internationale Beziehungen/ Gesellschaft im Wandel/ Minderheiten und kulturelle Vielfalt/ Migration/ Polnische Kultur/ Medien/ Jugend und Bildung/ Religion/ Konflikte und Debatten. Dass die zumeist aus den Jahren 2008/2009 stammenden Quellen etwas an Aktualität eingebüßt haben, ist dabei sicherlich der Schnelllebigkeit unserer Zeit geschuldet. Die europäische Dauerkrise sorgt nämlich auch in Polen dafür, dass gerade im Hinblick auf sozioökonomische Themen und die Zukunft der polnischen Gesellschaft immer wieder – und dabei auch recht unerwartet – neue gesellschaftliche und soziale Konflikte aufbrechen und entsprechende Debatten angestoßen werden.

Bekanntlich ist alle Theorie grau und Papier geduldig. Man darf deshalb sehr gespannt sein, was die Nutzer/innen dieses aufwändig gestalteten und hervorragend edierten Bands berichten werden. Entsprechende Rückläufe und Kommentare wird es sicherlich geben. Der Rezensent plant die vorliegende Publikation zumindest in Teilen in den der deutsch-polnischen Partnerschaft gewidmeten und regelmäßig im GESW durchgeführten Multiplikatoren tagungen vorzustellen und beurteilen zu lassen. In den im GESW geplanten deutsch-polnischen Jugendseminaren werden sicherlich einige der hier abgedruckten Text- und Bildquellen oder Statistiken intensiver behandelt werden. Wahrscheinlich wird sich dann in der pädagogischen Praxis erweisen, dass sie sich sowohl für die schulische als auch die außerschulische Arbeit mit Jugendlichen sehr gut eignen.

zw

Peter Steinbach: Geschichte im politischen Kampf. Wie historische Argumente die öffentliche Meinung manipulieren.
Verlag J.H.W. Dietz Nach. Köln 2012, 163 S.

In der politischen Auseinandersetzung über die europäische Finanzkrise wurden oft und gern historische Vergleiche zur Weltwirtschaftskrise ab 1929 und den Währungsreformen in Deutschland gezogen, um die eigenen Argumente für und wider die Rettungspakete für angeschlagene Euro-Länder zu bekräftigen. Besonders vor dem aktuellen Hintergrund regen der provokante Titel und die Einleitung des Essays von Peter Steinbach zum Lesen an. Der Leser erwartet Aufklärung und Antworten auf die Fragen: Wer besitzt die Deutungshoheit über die deutsche Geschichte? Wie erlangt und benutzt er sie? Und auch: Wie wird die öffentliche Meinung manipuliert?

Peter Steinbach, Historiker und Politikwissenschaftler, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Mannheim sowie wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, nähert sich den Fragen und hat dabei vor allem die Geschichtspolitik der Bundesrepublik Deutschland von den 1950er Jahren bis heute im Blick. Drei Akteure stehen in seiner Betrachtung im Mittelpunkt: Politiker, Historiker und Medien. Jeder Akteur spielt nach Steinbach seine eigene Rolle in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Geschichte: Der Politiker nimmt Stimmungen auf und stellt historische Argumente in den öffentlichen Raum, spitzt seine Aussagen zu, um zu überzeugen, zu mobilisieren, den Gegner zu schwächen. Der Historiker bemüht sich, die Vielschichtigkeit der Vergangenheit zu erklären, nicht zu konstruieren, sondern zu dekonstruieren. Jedoch ist auch er immer ein politischer Mensch, von eigenen Wertvorstellungen beeinflusst und auch beeinflussbar. Die Medien nehmen die Debatten auf, wecken Emotionen, können historische Argumente verstärken oder prüfend abschwächen.

Steinbach ist davon überzeugt, dass historische Argumente in der politischen Auseinandersetzung höchst selten den historischen Erkenntnisgewinn fördern. Stattdessen instrumentalisierte man sie, um Erinnerungen und Gefühle der Zuhörenden anzuregen. Historische Schlüsselereignisse zögen so reflexartig gewisse Deutungen der Mit- und Nachlebenden nach sich und legten im politischen Kampf berechenbare Reaktionen der angesprochenen Zeitgenossen nahe.

Doch wie halten es Historiker und Medien aus, im Spannungsverhältnis von Politik, Geschichte und Macht zu bestehen und ein Gegengewicht zur Politik zu bilden? Steinbach sieht die Rolle des Historikers kritisch. Zeithistoriker, die nicht genügend Distanz zur Politik wahren, würden schnell zu gesuchten Mitspielern in geschichtspolitischen Debatten. In medialen Auftritten verkörperten sie eine



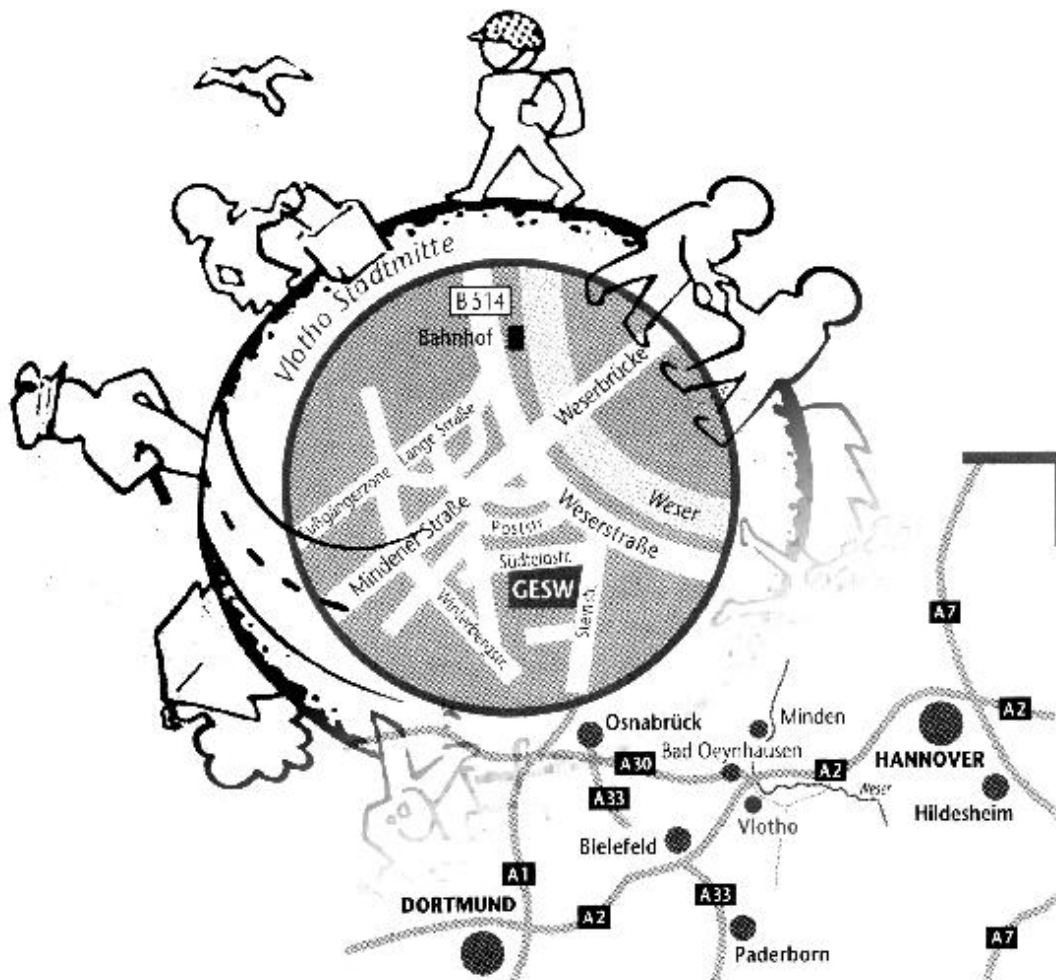
professionelle, der Sache angemessene Nachdenklichkeit. Doch nur selten beeinflusse die fachwissenschaftliche Debatte über die Vergangenheit politische Entscheidungen. Der Autor hinterfragt: „Hätte sich die aufklärende, abwägende Mission des Historikers nicht gerade in der Kritik an vielen dieser emotionalisierenden politischen Argumente zu beweisen?“ (S.26)

Die Funktion der Medien unterschätzt Steinbach nicht, doch seine Ausführungen sind recht knapp gehalten und lassen Neuigkeitswert vermissen. Steinbach thematisiert unter anderem die geschichtspolitische publizistische Separierung seit den 1960er Jahren, die Feuilletondebatten der 1980er (z.B. Historikerstreit) und stellt dabei fest, dass Medien als Sprachrohr politischer Richtungen dienen. Außerdem hinterfragt er die Wirkung des historischen Spiel- und Dokumentarfilms, der durch Emotionalisierungen nicht nur in obrigkeitstaatlichen, sondern auch in demokratischen Systemen Weltansicht, Wertevorstellungen und politische Optionen präge. Schließlich befeuerten und entzündeten Filme immer wieder geschichtspolitische Debatten, so nicht zuletzt die Debatte über die Einrichtung eines „Zentrums für [sic!] Vertreibung“.

Steinbachs Leitfragen regen zur Reflexion an – auch zur Selbstreflexion über die Rolle der historisch-politischen Bildung, doch Steinbachs Antworten auf die eingangs gestellten Fragen bleiben an der Oberfläche. Auf nur 163 Seiten widmet er sich zu vielen unterschiedlichen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen 60 Jahre. Davon seien hier einige exemplarisch genannt: die Debatten um Widerstand und Exil im Nationalsozialismus, Flucht und Vertreibung, die Ostverträge Brandts und der Wahlkampf 1972, der Historikerstreit, Gründe für den Mauerfall, die Hauptstadtfrage, Museumspläne und Denkmalskontroversen in Berlin nach 1989. Eine Konzentration auf weniger Themen, bei denen aber das Wechselspiel zwischen den genannten Akteuren und der Öffentlichkeit deutlicher würde, hätte dem Leser einen höheren Erkenntnisgewinn ermöglicht. Statt einer weiteren inhaltlichen Vertiefung im zweiten Teil des Buches wiederholt Steinbach die früheren Thesen. Die Lesbarkeit des Buches wird durch sprunghafte Gedankengänge, Nebensätze und Einschübe erschwert. Der Autor spricht mit diesem Buch Wissenschaftler, Historiker, Sozialwissenschaftler und Politologen an. Vorwissen ist für das Verständnis des Buches notwendig. Das Buch fasst den Forschungsstand gut zusammen, doch eigene weiterführende Thesen des Autors wären durchaus wünschenswert gewesen. Der provokante Titel des Buches versprach mehr.

Navina Engelage

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale
Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro
Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de